D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 40 · 9. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

2. Oktober · Preis 1 DM

Polen

Ein Schritt zurück, zwei Schritte vorwärts

Von Gerd Koenen

Wieder einmal ist ein sowjetisches Ultimatum verstrichen, ohne daß die polnische Partei- und Staatsführung, an die es gerichtet war, „unverzüglich entschiedene und radikale Maßnahmen" gegen die unabhängige Gewerkschaft „Solidarität" und die ganze gesellschaftliche Bewegung ergriffen hätte. War alles nicht so gemeint?

Das wäre ein grober Trugschluß. Die Sache ist nur die, daß die Sowjetunion ein Stück weit ihre Macht über Polen verloren hat. Es heißt, im Politbüro der PVAP hätten die Repräsentanten der äußersten Parteirechten, der Sicherheitsbeauftragte Milewski und der Branchengewerkschafter Siwak, nach Erhalt des sowjetischen Briefs den Antrag gestellt, „Solidarność" zu verbieten und zu zerschlagen. Sie seien nicht durchgekommen. Und als der neue Mann der Mitte profiliere sich gerade der Konservative Stefan Olszowski, der im Fernsehen am selben Abend auch öffentlich zur „Einheitsfront aller patriotischen Kräfte zur Rettung des Vaterlandes" aufrief – ein Bündnis zwischen Partei, Kirche und der Gewerkschaft, *wenn* „Solidarność" sich ein- und unterordne.

In demselben Sinne Ministerpräsident Jaruzelski, wieder in vollem Generalslametta, vor dem Parlament. Der befürchtete staatliche Notstand wurde *nicht* ausgerufen, jedoch erneut mit dem Einsatz der Armee gegen „staatsfeindliche und antisowjetische Exzesse" gedroht und die unabhängige Gewerkschaft aufgefordert, ihre auf dem ersten Kongreß gefaßten Be-

War alles nicht so gemeint?

Das wäre ein grober Trugschluß. Die Sache ist nur die, daß die Sowjetunion ein Stück weit ihre Macht über Polen verloren hat. Es heißt, im Politbüro der PVAP hätten die Repräsentanten der äußersten Parteirechten, der Sicherheitsbeauftragte Milewski und der Branchengewerkschafter Siwak, nach Erhalt des sowjetischen Briefs den Antrag gestellt, „Solidarność" zu verbieten und zu zerschlagen. Sie seien nicht durchgekommen. Und als der neue Mann der Mitte profiliere sich gerade der Konservative Stefan Olszowski, der im Fernsehen am selben Abend auch öffentlich zur „Einheitsfront aller patriotischen Kräfte zur Rettung des Vaterlandes" aufrief – ein Bündnis zwischen Partei, Kirche und der Gewerkschaft, *wenn* „Solidarność" sich ein- und unterordne.

In demselben Sinne Ministerpräsident Jaruzelski, wieder in vollem Generalslametta, vor dem Parlament. Der befürchtete staatliche Notstand wurde *nicht* ausgerufen, jedoch erneut mit dem Einsatz der Armee gegen „staatsfeindliche und antisowjetische Exzesse" gedroht und die unabhängige Gewerkschaft aufgefordert, ihre auf dem ersten Kongreß gefaßten Be-

schlüsse einer demokratischen Umgestaltung des Staates und der Gesellschaft zurückzunehmen – quasi ein Ultimatum der Regierung an „Solidarność".

Aber wie ernst war das zu nehmen, und wer zog da oder wurde gezogen? Eine „Einheitsfront der patriotischen Kräfte" funktioniert in der Praxis, und Regierung und Parteiführung müssen ihr Rechnung tragen. Jaruzelski stand vor einem Parlament, das ihm zwar formgerecht applaudierte, und das dennoch zum ersten Mal der Parteiführung den Gehorsam verweigerte. Mehr als 200 Mitglieder des Parlaments sollen mitgeteilt haben, sie würden dem Entwurf des Politbüros zur Arbeiter-Selbstverwaltung ihre Zustimmung verweigern und stattdessen dem vom Gewerkschaftsvorstand (nach langen Verhandlungen im zuständigen Ausschuß des Parlaments) als Kompromiß vorgelegten Vorschlag zustimmen. Hatte das Politbüro am *Prinzip* der Ernennung der Direktoren durch den Staat festgehalten, bei Gewährung von Einspruchsrechten für die Belegschaften, so forderte der Entwurf des Gewerkschaftsvorstandes das *Prinzip* der Wahl der Direktoren durch die Belegschaften, bei Einspruchsrechten des Staates, und mit der Ausnahme (noch zu definierender) Schlüsselbetriebe.

Bei der Fortsetzung des „Solidarność"-Kongresses in Danzig stand dieser Kompromiß im Mittelpunkt heftiger Auseinandersetzungen. War die Gewerkschaftführung berechtigt gewesen und hatte sie recht getan, die Gelegenheit beim Schopf zu nehmen und den Kompromiß auszuhandeln? Wieder einmal ging es um den bonapartistischen Führungsstil Lech Walesas, den dieser ja offen praktiziert und verteidigt, als der Notnagel, an dem die rasche Handlungsfähigkeit dieser noch jungen 10-Millionen-Organisation eben noch immer hängt. Vorstandsmitglied Cielinski rief die Delegierten auf, das revolutionäre Element in dieser Beschlußfassung des Parlaments nicht zu verkennen. Die Nomenklatura als das innere Organisationsprinzip der herrschenden bürokratischen Klasse ist in der Tat durchbrochen; und starke, eigentlich in *keinem* Land der Welt bekannte Rechte wachsen den überall gebildeten Betriebsräten bzw. den Belegschafts-Vollversammlungen und den Gewerkschaften zu, nicht nur in der Verteidigung sozialer Belange, sondern in der Wirtschaftsführung selbst.

Letzlich (nach dem Stand vom Mittwoch) hat der Gewerkschaftskongreß – bei Mißbilligung der Verfahrensweise des Vorstands – in der Sache den Kompromiß gebilligt, unter dem Vorbehalt, eine Neufassung des Gesetzes zu verlangen, wenn die Praxis die Notwendigkeit dazu erweise.

Zugleich hat der Gewerkschaftskongreß mit Forderungen nach einer weitreichenden demokratischen Umgestaltung von Staat und Gesellschaft auf anderen Gebieten den Vormarsch angetreten. In einem neuformulierten Programmentwurf definiert sich „Solidarność" als „Organisation, die die Eigenschaften einer Gewerkschaft und einer großen Gesellschaftsbewegung in sich vereinigt". Als oberstes Ziel wird die Selbstverwaltung des arbeitenden Volkes auf allen Ebenen, im Staat, in der Region bzw. Kommune und im Betrieb, proklamiert. Das Prinzip des

innere Organisationsprinzip der herrschenden bürokratischen Klasse ist in der Tat durchbrochen; und starke, eigentlich in *keinem* Land der Welt bekannte Rechte wachsen den überall gebildeten Betriebsräten bzw. den Belegschafts-Vollversammlungen und den Gewerkschaften zu, nicht nur in der Verteidigung sozialer Belange, sondern in der Wirtschaftsführung selbst.

Letzlich (nach dem Stand vom Mittwoch) hat der Gewerkschaftskongreß – bei Mißbilligung der Verfahrensweise des Vorstands – in der Sache den Kompromiß gebilligt, unter dem Vorbehalt, eine Neufassung des Gesetzes zu verlangen, wenn die Praxis die Notwendigkeit dazu erweise.

Zugleich hat der Gewerkschaftskongreß mit Forderungen nach einer weitreichenden demokratischen Umgestaltung von Staat und Gesellschaft auf anderen Gebieten den Vormarsch angetreten. In einem neuformulierten Programmentwurf definiert sich „Solidarność" als „Organisation, die die Eigenschaften einer Gewerkschaft und einer großen Gesellschaftsbewegung in sich vereinigt". Als oberstes Ziel wird die Selbstverwaltung des arbeitenden Volkes auf allen Ebenen, im Staat, in der Region bzw. Kommune und im Betrieb, proklamiert. Das Prinzip des

Pluralismus, der Freiheit der politischen Betätigung und der Presse wird bekräftigt. Und in diesem Zusammenhang forderte die Gewerkschaft die Durchführung völlig freier Wahlen zu den (regionalen) Volksräten sowie eine Reform der Wahlordnung des Sejm, zu dem gegenwärtig nur Kandidaten der sogenannten Blockparteien zugelassen sind. Eine neue zweite Kammer des Sejm als „Selbstverwaltungskammer" soll entscheidenden Einfluß auf die Wirtschaftsführung erhalten. Ein einziges Zugeständnis wird dem Oberherrn des Landes gemacht: Die Bündnisse mit der Sowjetunion sollen nicht in Frage gestellt werden.

Werden sich die Sowjetunion und ihre engsten Vasallen damit „abfinden", wie jetzt verschiedentlich wieder in Optimismus gemacht wird? Man glaube doch nicht, das „Neue Deutschland" sehe die Lage anders, als es schreibt, so im großaufgemachten Korrespondentenbericht vom 23. September: „Die politische Lage in Polen wird von Tag zu Tag explosiver. Frontal greift die Konterrevolution die sozialistische Staatsmacht an. Offen und öffentlich betreiben die ‚Solidarność'-Führer seit dem Gdansker Kongreß die Übernahme der Macht ... Wann – und das ist tatsächlich jetzt in Polen die Frage aller Fragen – wird sich die Führung des Landes endlich entschlossen an die Spitze des konsequenten Kampfes gegen die konterrevolutionäre Gefahr ... stellen?" Immer, wenn in Polen sich ein neuer nationaler Kompromiß herausschält, steigt das Fieberthermometer der Konterrevolution in Moskau, Ost-Berlin und Prag. Wachsamkeit ist mehr denn je notwendig.



Am 10. Oktober in Bonn:

Demonstration gegen den drohenden Krieg

Von Hans-Gerhart Schmierer

Nach Initiative von Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden sind jetzt breite Anstrengungen im Gang, die Demonstration in Bonn am 10.10. zur bisher größten Demonstration gegen den drohenden Krieg zu machen. Fast alle Organisationen der Linken haben den Aufruf zur Demonstration unterschrieben, ebenso fast alle Friedensinitiativen und etliche gesellschaftliche Vereinigungen. Überall wird in den Gewerkschaften für die Teilnahme

der Atomwaffen der beiden Supermächte von europäischem Boden. Daß das einen entschiedenen Kampf der europäischen Völker gegen beide Supermächte, also auch die Sowjetunion voraussetzt, ist selbstverständlich. Daß nicht alle, die diese Forderung unterschreiben, dazu bereit sind, weiß man. Deshalb ist für die Demonstration in Bonn zwar Einheit der Aktion möglich, aber vorher, während und nach der Demonstration ist auch Freiheit der Debatte notwendig, um die Schwachstellen in dieser Einheit der

schaft in Westeuropa abfinden können.

Daß die Sowjetunion bei ihren Aufmarschplänen und Atomwaffenstationierungen die osteuropäischen Völker nicht nach ihren Interessen und Meinungen fragt, ist ohnehin klar. Wer sich das Recht auf jederzeitige militärische Intervention herausnimmt zwecks Verteidigung des „Sozialismus", kümmert sich um solche Kleinigkeiten wie Unabhängigkeit und Souveränität der Völker natürlich nicht, da es um „Höheres" geht.



Am 10. Oktober in Bonn:

Demonstration gegen den drohenden Krieg

Von Hans-Gerhart Schmierer

Nach Initiative von Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden sind jetzt breite Anstrengungen im Gang, die Demonstration in Bonn am 10.10. zur bisher größten Demonstration gegen den drohenden Krieg zu machen. Fast alle Organisationen der Linken haben den Aufruf zur Demonstration unterschrieben, ebenso fast alle Friedensinitiativen und etliche gesellschaftliche Vereinigungen. Überall wird in den Gewerkschaften für die Teilnahme an der Demonstration mobilisiert, obwohl der Bundesvorstand des DGB die Gewerkschaften heraushalten wollte. Über Jusos und Linke in der Sozialdemokratie reicht die Mobilisierung bis weit in die Reihen der SPD hinein.

Einheitliche Forderungen der Demonstration werden sein: Rücknahme der Zustimmung der Bundesrepublik zum „NATO-Doppelbeschluß", atomwaffenfreies Europa. Sicherlich werden auf der Kundgebung die langjährigen halbamtlichen Sprecher und Verwalter der Friedensbewegung weitgehend das Sagen haben und wird die Vielfalt der Strömungen in der Friedensbewegung nicht ausreichend zu Wort kommen. Aber das sollte niemand daran hindern, an dieser Demonstration teilzunehmen, sich mit anderen zusammenzuschließen und zu demonstrieren, daß die Friedensbewegung noch wesentlich breiter ist, als durch das Spektrum der Sprecher zum Ausdruck gebracht, und daß beträchtliche Teile der Bewegung mit dem Kampf gegen den drohenden Krieg politische Vorstellungen verbinden, wie die Bedingungen verändert werden können, die die Kriegsgefahr produzieren. Alternative Blöcke oder sowas sind dazu überhaupt nicht notwendig, weil solche politischen Vorstellungen und entsprechende politische Forderungen fast in der ganzen Friedensbewegung wenigstens debattiert werden und die Forderungen nach Rücknahme der Zustimmung zum NATO-Doppelbeschluß und ein atomwaffenfreies Europa von allen geteilt werden, wenn auch die zweite Forderung von manchen vielleicht nur den Worten nach.

Ein atomwaffenfreies Europa verlangt schließlich als erstes den Abzug der Atomwaffen der beiden Supermächte von europäischem Boden. Daß das einen entschiedenen Kampf der europäischen Völker gegen beide Supermächte, also auch die Sowjetunion voraussetzt, ist selbstverständlich. Daß nicht alle, die diese Forderung unterschreiben, dazu bereit sind, weiß man. Deshalb ist für die Demonstration in Bonn zwar Einheit der Aktion möglich, aber vorher, während und nach der Demonstration ist auch Freiheit der Debatte notwendig, um die Schwachstellen in dieser Einheit der Aktion zu überwinden.

Die beiden Supermächte sind dabei, Europa als ihr atomares Gefechtsfeld um die Weltherrschaft vorzubereiten. Dazu sind sie in der Lage, weil sie die Völker Europas gespalten und ihrer jeweiligen Vorherrschaft unterworfen haben. Deshalb können die europäischen Völker auch nicht bei der Forderung nach einem atomwaffenfreien Europa stehenbleiben. Sie werden nicht darum herumkommen, ihre *Unabhängigkeit* gegenüber den beiden Supermächten zu erringen und zu verteidigen. Das wiederum können sie nur durch gemeinsamen Kampf. Die Forderung nach Unabhängigkeit ist nicht nur einer der wichtigsten Inhalte der polnischen Arbeiter- und Volksbewegung, sie findet auch in der westeuropäischen Bewegung gegen den drohenden Krieg einen Ausdruck. Wer dagegen ist, daß die beiden Supermächte Europa zum Objekt ihrer Kriegsvorbereitungen machen und es als ihr atomares Gefechtsfeld präparieren, der wird für die Änderung der politischen Verhältnisse eintreten müssen, unter denen die beiden Supermächte in Europa diktieren. Mit der US-Entscheidung, die Neutronenbombe zu produzieren, ist nachdrücklich in Erinnerung gerufen worden, daß die USA auf Grund der bestehenden Verträge die Neutronenwaffen ohne weiteres auch hier stationieren können. Sowieso hängt der Einsatz der bereits in Westdeutschland stationierten Atomwaffen allein von der Entscheidung des US-Präsidenten ab. Haig hat gesagt, es gebe Wichtigeres als den Frieden. Sicherlich. Die westeuropäischen Völker werden sich nicht des lieben Friedens mit den USA zuliebe mit deren Vorherrschaft in Westeuropa abfinden können.

Daß die Sowjetunion bei ihren Aufmarschplänen und Atomwaffenstationierungen die osteuropäischen Völker nicht nach ihren Interessen und Meinungen fragt, ist ohnehin klar. Wer sich das Recht auf jederzeitige militärische Intervention herausnimmt zwecks Verteidigung des „Sozialismus", kümmert sich um solche Kleinigkeiten wie Unabhängigkeit und Souveränität der Völker natürlich nicht, da es um „Höheres" geht.

Nach dem II. Weltkrieg und der Niederschlagung des Faschismus haben die alliierten Siegermächte die Welt aufgeteilt. Die Sowjetunion schuf das „sozialistische Lager" und war lange damit beschäftigt, ihren Herrschaftsbereich zu konsolidieren. Die Militärinterventionen in der DDR, in Ungarn und in der CSSR wie die wiederholte bewaffnete Niederschlagung von Arbeiter- und Volksbewegungen in Polen sind dafür beredtes Zeugnis. Die USA gingen daran, ihre westlichen Alliierten, die Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich, zu beerben und stießen dabei auf den immer entschiedeneren und erfolgreicheren Widerstand der Dritten Welt. Mit dem Vietnamkrieg scheiterten sie vollends bei diesem Versuch, nicht nur am bewaffneten Befreiungskampf der Völker von Vietnam, Laos und Kampuchea, sondern vor allem auch am wachsenden Widerstand des eigenen Volkes. Zwischen den beiden Supermächten kam es zu keiner entscheidenden Konfrontation, da sie bis in die 70er Jahre hinein damit beschäftigt waren, die unter ihnen aufgeteilte Welt zu konsolidieren. Diese Situation ist vorbei.

Auf dem Rücken der Befreiungskämpfe der Völker der Dritten Welt ist die Sowjetunion inzwischen zu einem großangelegten Versuch der Neuaufteilung der Welt übergegangen. Das Schüren des Bürgerkriegs in Angola und die dann folgende bewaffnete Einmischung in diesen Bürgerkrieg, der Überfall des in sowjetische Abhängigkeit geratenen Vietnam auf das Demokratische Kampuchea, der Überfall auf Afghanistan durch die Sowjetunion selber und Bemühungen der SU, sich

Fortsetzung Seite 2

Eine selbständige Opposition gegen den CDU-Senat muß aufgebaut werden

wat.Westberlin. Daß Lummer irgendwann räumen lassen würde, war zu befürchten gewesen, aber das Ausmaß an Brutalität und Hetze nicht. Während Klaus Jürgen Rattay noch blutend auf der Erde lag, ging der Polizeieinsatz weiter, ließen Polizisten einen Medizinstudenten, der mit Blutplasma helfen wollte, nicht durch. „Wenn hier einer stirbt, was geht uns das an." Kaum waren Blumen niedergelegt, wurden sie von Polizeistiefeln zertreten. Am gleichen Nachmittag gingen durch das Radio Falschmeldungen, ein Polizist sei niedergestochen worden. Die Trauerdemonstration am Abend wurde auf dem Rückweg immer wieder von allen Seiten mit Tränengas angegriffen, ein Demonstrant starb in einer derartigen Situation durch Herzversagen. Am erschütterndsten war aber für alle, in welchem Maß es CDU und Springer gelungen ist, in großen Teilen der Bevölkerung eine Progromstimmung gegen die Besetzer zu erzeugen. Ich war während der Räumungsaktionen in Schöneberg in zahlreiche Gespräche mit Schaulustigen verwickelt, und wie oft gerade vor dem Todesfalls Sprüche fielen wie „alle vergasen" oder „die sollten am besten gleich eine Bombe reinwerfen", war schon niederschmetternd. Die Springerpresse hatte sofort ihr Feindbild parat: Rattay sei nur Sonderschüler gewesen, zu Hause abgehauen, er habe vorher Barrikaden angezündet, die Demonstranten seien selbst schuld an dem Todesopfer.

An der Todesstelle ist eine Mahnwache aufgestellt. Ganze Schulklassen sind hingegangen. Am Sonntag demonstrierten trotz aller Pressehetze und obwohl sich nun auch die Jusos aus Angst vor Gewalt von dem Aufruf zurückgezogen hatten, über 25000. In den vergangenen Tagen wurden zwei Häuser neu besetzt. Durch die Räumung wurde die Polarisierung erheblich vergrößert. Die Unterstützung der Hausbesetzer ist trotz allem deutlich gewachsen. Das größte Problem für den Aufbau einer Opposition gegen die CDU liegt aber im Umfallen der SPD. Zu sehr ist sie in den Zwang verstrickt, die Krisenpolitik der Bundesregierung zu decken, zu sehr ist sie insbesondere über die Gewerkschaftsführer mit den Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften und deren Politik verfilzt. In der Stunde der härtesten Schläge von seiten der Reaktion sieht sich die Bewegung schlagartig vor die Aufgabe gestellt, ohne die SPD eine selbständige Opposition aufbauen zu müssen. Vogel ist nicht weniger verhaßt als Lummer.

Der Widerstand hat sich stark genug gezeigt, die CDU daran zu hindern, mit einer Welle von Räumungen fortzufahren. Eine Woche nach der Räumung mußte Bausenator Rastemborski ein Angebot machen: Die zur Zeit 148 besetzten Häuser werden vorerst nicht geräumt, 10 Häuser sollen probeweise zur Nutzung angeboten werden, die Mittel zur Instandsetzung werden erhöht. Bis 1985 sollen mit 481 Mio. DM 21000 Wohnungen instandgesetzt oder modernisiert werden. Besetzungen sollen aber weiter als Rechtsbruch gelten und können daher jederzeit verfolgt werden.

Besetzer, Paten, AL, Landesjugendring haben bisher alle Verhandlungen abgelehnt, solange Lummer im Amt ist. Angesichts der schwierigen Situation halte ich es jetzt jedoch für nötig, auf Verhandlungsangebote unter folgenden Bedingungen einzugehen: Räumungsstopp; Ersatzwohnraum und Schadensersatz für den zerstörten Hausrat für die geräumten Besetzer; Rücknahme des Strafantrages gegen den Busfahrer, der Rattay tödlich verletzt hat, stattdessen volle Übernahme der Verantwortung für den Todesfall durch den Senat. In den Verhandlungen muß die gesamte Wohnungspolitik zur Sprache kommen, es muß eine klare Opposition gegen den CDU-Senat sichtbar werden, die die sozialen Interessen des Volkes vertritt. Nur auf diese Weise kann eine auch gegenüber der SPD selbständige Opposition mehrheitsfähig werden und können die Positionen der Hausbesetzer gesichert werden. Am 29.9. fand die lange geplante Veranstaltung über die Konzeptionen der Hausbesetzer statt, der Lummer mit Gewalt durch die Räumungen hatte zuvorkommen wollen. Mehrere tausend nahmen teil. Zwar verlief sie etwas chaotisch, aber der Wunsch war deutlich, trotz der Räumungen weiterzuarbeiten und die Mietergemeinschaften sowie die Zusammenarbeit mit den Nachbarn zu stärken.

Fortsetzung von Seite 1

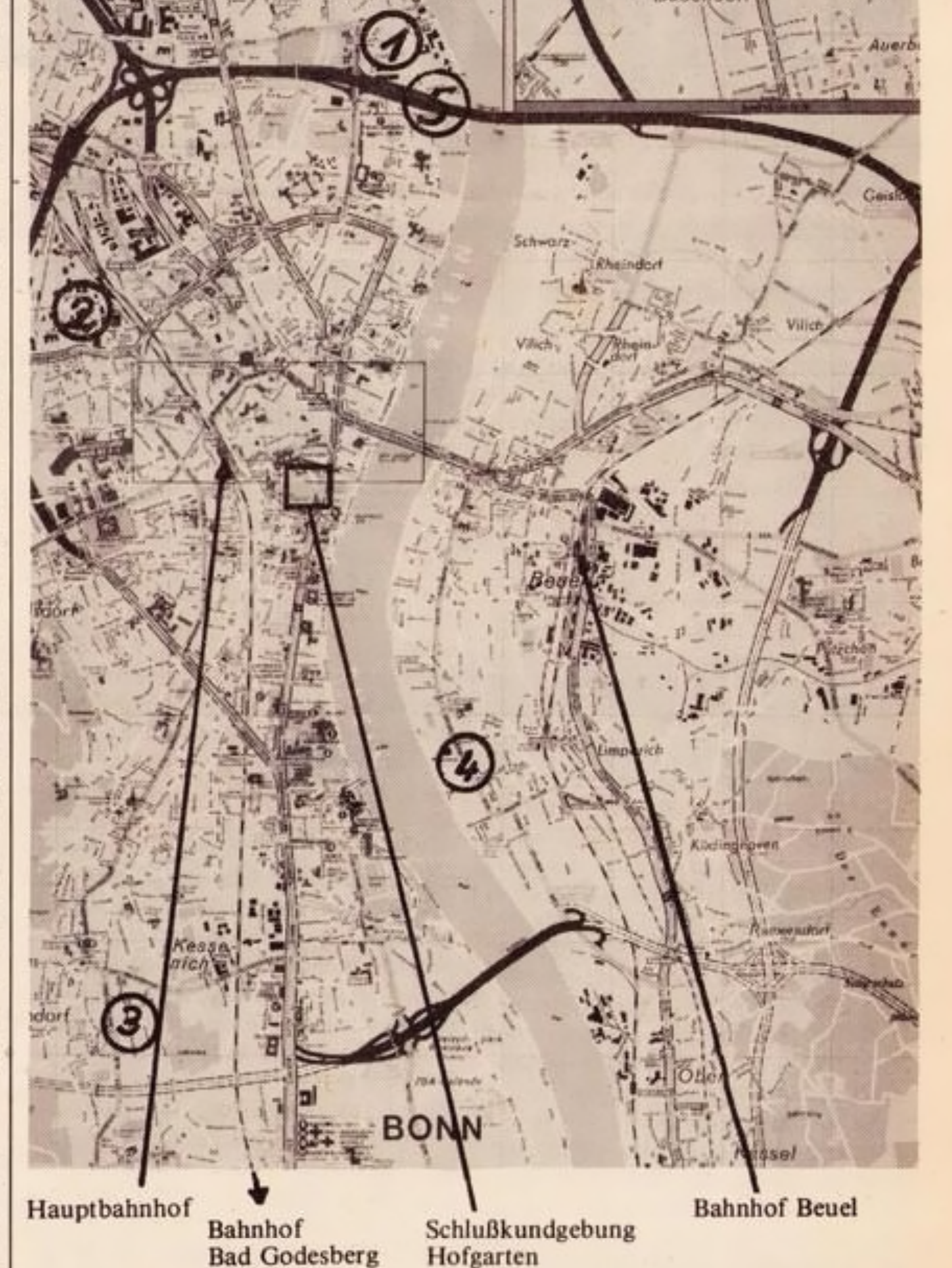
durch Vernichtung des eritreischen Volkes die Vorherrschaft am Roten Meer zu sichern, sprechen eine deutliche Sprache. Die USA ihrerseits zeigen seit Regierungsantritt Reagans erst recht keine Neigung, ihre Stellung als Supermacht zu verlieren und eine Neuaufteilung der Welt hinzunehmen. An den Flanken Europas hat der jetzt drohende Krieg mit den Aggressionen der Sowjetunion bereits begonnen. Die Verschärfung der Lage in Europa ist notwendige Konsequenz.

Die Völker der Dritten Welt verfolgen in dieser Situation im großen und ganzen den Kurs, sich die USA weiter vom Leib zu schaffen und die Sowjetunion bei ihrem Vordringen zurückzuschlagen. Das ist die Hauptströmung in der Blockfreienbewegung. Ganz ähnlich stellt sich die Lage auch für die Völker in Westeuropa dar, bloß daß sie in ihrem Bestreben, die Vorherrschaft der USA zu brechen, ohne die Sowjetunion zu stärken, in den seltensten Fällen auf ihre Regierung und in keinem Fall auf die herrschende Klasse zählen können. Weltweit sieht sich der westdeutsche Kapitalismus auf die Garantie der US-Supermacht angewiesen, in Osteuropa sieht er in der Vorherrschaft der Sowjetunion die Garantie dafür, daß die Kredite an Polen etc. mit Zinsen und Zinseszinsen wieder hereinkommen. Unabhängigkeit und Blockfreiheit kann nur durch die europäischen Völker selber erkämpft werden. Diese Perspektive ergibt sich, wenn man der drohenden Kriegsgefahr auf den Grund geht.

Von den Supermächten fordern wir *Abrüstung*, die westeuropäischen Völker brauchen eine von den USA unabhängige *Umrüstung* in Richtung demokratischer Volksmilizen, die Blitzkriegerfolge unmöglich macht und die Androhung von Atomschlägen gegen Truppenkonzentrationen wenigstens zum Teil unterläuft. Ein solcher Kampf für allgemeine Volksbewaffnung läßt sich mit den Forderungen der Wehrpflichtigen und Soldaten nach heimatnaher Stationierung, demokratischen Rechten usw. verbinden. Auch wenn es paradox klingt: Will die Friedensbewegung den Krieg verhindern, dann muß sie sich auch überlegen, wie notfalls gegen die Supermächte ein Verteidigungskrieg geführt werden kann.

Rüstung runter, Bildung rauf und ähnliche Forderungen sind nur dann nicht illusionär, wenn sie auf die Volksbewaffnung zielen, statt auf Entwaffnung. Dann aber sind sie auf die Dauer auch durchsetzbar.

In der Perspektive eines blockfreien Europa unterstützen wir die Forderungen gegen die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Westdeutschland und nach atomwaffenfreiem Europa, die Forderungen der Bonner Demonstration, ohne Vorbehalt.



Hauptbahnhof | Bahnhof Bad Godesberg | Schlußkundgebung Hofgarten | Bahnhof Beuel

kvz. Im folgenden eine Zusammenfassung der wichtigsten Hinweise der Veranstalter der Demonstration.

● Die Demonstration wird als ein *Sternmarsch* durchgeführt; die Aufstellung soll in regionalen Blöcken erfolgen, für die jeweils verschiedene Sammelplätze angegeben sind, denen Farben zugeordnet sind (siehe Karte). Die Sammelplätze sind:

(1) **Josefshöhe (Rot):** Ruhrgebiet, Ostwestfalen, Westberlin
(2) **Schlachthof (Blau)** bzw. Bahnhof Bonn-West: Rheinland
(3) **Südfriedhof (Grün)** bzw. Bahnhof Bonn-Bad Godesberg: Baden-Württemberg, Rhld-Pfalz, Saarland
(4) **Beuel (Orange)** bzw. Bahnhof Bonn-Beuel: Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen
(5) **Nordbrücke (Gelb)** bzw. Friedrich-Ebert-Brücke: Bayern, Hessen

● Die *Aufstellung* erfolgt an diesen Plätzen von 9.00–10.00 Uhr. *Auftaktkundgebungen* von 10.00–11.00 Uhr. *Sternmarsch zum Hofgarten von 11.00–14.00 Uhr. Schlußkundgebung* von 14.00–16.30 Uhr. Danach Rückfahrt.

● *Gesangs- und Musikgruppen* sollen zur Vermittlung der Ziele der Demonstration nach außen, aber auch wegen der unvermeidlichen langen Wartezeiten zahlreich vertreten sein und ihre Texte möglichst vervielfältigt mitbringen. Auch sonst ist jede Form phantasievoller Gestaltung der Pausen erwünscht.

● *Finanzierung:* Die Demonstration wird über 200.000 DM kosten. Die Veranstalter fordern alle auf, eine Plakette zu tragen und sie weiterzuverkaufen. Ansonsten ist zu Geldspenden aufgerufen: Stichwort „Demo 10.10." auf das Konto der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, PA Köln, Nr. 2490 83-508, BLZ 370 100 50

● *Koordination und Kontakt:* Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/229506

wie „alle vergasen" oder „die sollten am besten gleich eine Bombe reinwerfen", war schon niederschmetternd. Die Springerpresse hatte sofort ihr Feindbild parat: Rattay sei nur Sonderschüler gewesen, zu Hause abgehauen, er habe vorher Barrikaden angezündet, die Demonstranten seien selbst schuld an dem Todesopfer.

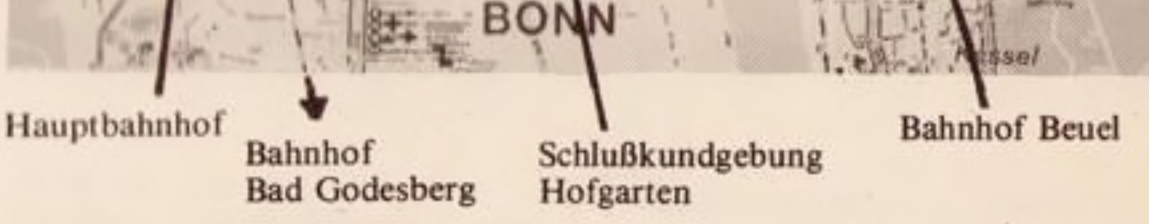
An der Todesstelle ist eine Mahnwache aufgestellt. Ganze Schulklassen sind hingegangen. Am Sonntag demonstrierten trotz aller Pressehetze und obwohl sich nun auch die Jusos aus Angst vor Gewalt von dem Aufruf zurückgezogen hatten, über 25000. In den vergangenen Tagen wurden zwei Häuser neu besetzt. Durch die Räumung wurde die Polarisierung erheblich vergrößert. Die Unterstützung der Hausbesetzer ist trotz allem deutlich gewachsen. Das größte Problem für den Aufbau einer Opposition gegen die CDU liegt aber im Umfallen der SPD. Zu sehr ist sie in den Zwang verstrickt, die Krisenpolitik der Bundesregierung zu decken, zu sehr ist sie insbesondere über die Gewerkschaftsführer mit den Gemeinnützigen Wohnungsbau-

gehen: Räumungsstopp; Ersatzwohnraum und Schadensersatz für den zerstörten Hausrat für die geräumten Besetzer; Rücknahme des Strafantrages gegen den Busfahrer, der Rattay tödlich verletzt hat, stattdessen volle Übernahme der Verantwortung für den Todesfall durch den Senat. In den Verhandlungen muß die gesamte Wohnungspolitik zur Sprache kommen, es muß eine klare Opposition gegen den CDU-Senat sichtbar werden, die die sozialen Interessen des Volkes vertritt. Nur auf diese Weise kann eine auch gegenüber der SPD selbständige Opposition mehrheitsfähig werden und können die Positionen der Hausbesetzer gesichert werden. Am 29.9. fand die lange geplante Veranstaltung über die Konzeptionen der Hausbesetzer statt, der Lummer mit Gewalt durch die Räumungen hatte zuvorkommen wollen. Mehrere tausend nahmen teil. Zwar verlief sie etwas chaotisch, aber der Wunsch war deutlich, trotz der Räumungen weiterzuarbeiten und die Mietergemeinschaften sowie die Zusammenarbeit mit den Nachbarn zu stärken.

Von den Supermächten fordern wir *Abrüstung*, die westeuropäischen Völker brauchen eine von den USA unabhängige *Umrüstung* in Richtung demokratischer Volksmilizen, die Blitzkriegerfolge unmöglich macht und die Androhung von Atomschlägen gegen Truppenkonzentrationen wenigstens zum Teil unterläuft. Ein solcher Kampf für allgemeine Volksbewaffnung läßt sich mit den Forderungen der Wehrpflichtigen und Soldaten nach heimatnaher Stationierung, demokratischen Rechten usw. verbinden. Auch wenn es paradox klingt: Will die Friedensbewegung den Krieg verhindern, dann muß sie sich auch überlegen, wie notfalls gegen die Supermächte ein Verteidigungskrieg geführt werden kann.

Rüstung runter, Bildung rauf und ähnliche Forderungen sind nur dann nicht illusionär, wenn sie auf die Volksbewaffnung zielen, statt auf Entwaffnung. Dann aber sind sie auf die Dauer auch durchsetzbar.

In der Perspektive eines blockfreien Europa unterstützen wir die Forderungen gegen die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Westdeutschland und nach atomwaffenfreiem Europa, die Forderungen der Bonner Demonstration, ohne Vorbehalt.



Hauptbahnhof | Bahnhof Bad Godesberg | Schlußkundgebung Hofgarten | Bahnhof Beuel

kvz. Im folgenden eine Zusammenfassung der wichtigsten Hinweise der Veranstalter der Demonstration.

● Die Demonstration wird als ein *Sternmarsch* durchgeführt; die Aufstellung soll in regionalen Blöcken erfolgen, für die jeweils verschiedene Sammelplätze angegeben sind, denen Farben zugeordnet sind (siehe Karte). Die Sammelplätze sind:

(1) **Josefshöhe (Rot):** Ruhrgebiet, Ostwestfalen, Westberlin
(2) **Schlachthof (Blau)** bzw. Bahnhof Bonn-West: Rheinland
(3) **Südfriedhof (Grün)** bzw. Bahnhof Bonn-Bad Godesberg: Baden-Württemberg, Rhld-Pfalz, Saarland
(4) **Beuel (Orange)** bzw. Bahnhof Bonn-Beuel: Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen
(5) **Nordbrücke (Gelb)** bzw. Friedrich-Ebert-Brücke: Bayern, Hessen

● Die *Aufstellung* erfolgt an diesen Plätzen von 9.00–10.00 Uhr. *Auftaktkundgebungen* von 10.00–11.00 Uhr. *Sternmarsch zum Hofgarten von 11.00–14.00 Uhr. Schlußkundgebung* von 14.00–16.30 Uhr. Danach Rückfahrt.

● *Gesangs- und Musikgruppen* sollen zur Vermittlung der Ziele der Demonstration nach außen, aber auch wegen der unvermeidlichen langen Wartezeiten zahlreich vertreten sein und ihre Texte möglichst vervielfältigt mitbringen. Auch sonst ist jede Form phantasievoller Gestaltung der Pausen erwünscht.

● *Finanzierung:* Die Demonstration wird über 200.000 DM kosten. Die Veranstalter fordern alle auf, eine Plakette zu tragen und sie weiterzuverkaufen. Ansonsten ist zu Geldspenden aufgerufen: Stichwort „Demo 10.10." auf das Konto der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, PA Köln, Nr. 2490 83-508, BLZ 370 100 50

● *Koordination und Kontakt:* Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/229506

SPD Schleswig-Holstein zu Frieden, Kernkraft, Sozialabbau

kvz. Im Mittelpunkt des Parteitages der SPD Schleswig-Holstein stand die Diskussion über die Sparbeschlüsse der Bundesregierung, das Kernkraftprogramm sowie die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen. Der Landesvorsitzende Jansen forderte ein Beschäftigungsprogramm und sagte über die politischen Möglichkeiten der SPD: „Diese Koalition ist nicht der einzige Weg und Hans Dietrich Genscher nicht der einzige Partner, mit dem Sozialdemokraten Politik machen können ... Viele Sozialdemokraten werden wie ich nicht bereit sein, das Selbstwertgefühl von Millionen Arbeitnehmern in diesem Land auf dem Altar marktwirtschaftlicher Ideologien der Zehn-Prozent-FDP zu opfern ... Letztlich wird es für die Sozialdemokratie wichtiger sein, den Dialog mit der Ökologie- und Friedensbewegung aufrechtzuerhalten ..." – Der Parteitag beschloß fast einstimmig, auf dem Münchener Bundesparteitag für einen Verzicht auf den Bau weiterer Kernkraftwerke einzutreten; und eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung in Schleswig-Holstein werde einen Baustopp bzw. die Abschaltung des KKW Brokdorf verfügen. – Weiter wird der Landesverband Schleswig-Holstein in München auch zu denen gehören, die gegen die Stationierung der US-Raketen eintreten. In dem Antrag zur Friedenspolitik, der eine große Mehrheit fand, wird gefordert, es müßten über das gesamte in Europa vorhandene Atomwaffenpotential Verhandlungen eingeleitet werden mit dem Ziel einer atomwaffenfreien Zone, die zugleich auch die Lagerung und den Einsatz von biologischen, chemischen und Neutronenwaffen ausschließt. Gegen die Stationierung der Neutronenwaffe wurde eine eigene Resolution verabschiedet. Gefordert wird eine Militärpolitik, die „Alternativen zum sogenannten Gleichgewicht des Schreckens auf immer höherer Ebene darstellt". Jansen wurde als Vorsitzender mit solider Mehrheit wiedergewählt.

Volksbegehren: 118500 beglaubigte Unterschriften

löh.Frankfurt. Am 25.9.81 meldete die Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren „Keine Startbahn West", daß die erforderlichen Unterschriften von 3% der hessischen Wahlberechtigten unter den Antrag auf ein Volksbegehren zusammen sind, weitere ca. 50000 Unterschriften liegen noch zur Bestätigung auf den Ämtern. Die Startbahngegner wollen bis Ende Oktober weiter sammeln, um die Unterschriften dann in einer Großdemonstration am 14.11. in Wiesbaden der Landesregierung zu übergeben. Folgt die Landesregierung dem Antrag, dann müssen sich zum Gelingen des Volksbegehrens über 20% der hessischen Wahlberechtigten in kurzer Frist in Listen eintragen – eine hohe Hürde. Die BI gegen die Startbahn West fordert das Aussetzen jeder Bau- oder Rodungsmaßnahme während des Verfahrens – zudem, weil der Flugverkehr strukturell zurückgeht und die Bedingungen des DGB nicht erfüllt sind. Karry-Nachfolger Hoffie droht jedoch weiterhin, daß dem sofortigen Baubeginn „rechtlich nichts entgegenstehe".

„Deutscher Mietertag '81" stellt vernünftige Forderungen

kvz. Der „Deutsche Mieterbund", der 1 Mio. Haushalte vertritt, hat in Freiburg seinen „Deutschen Mietertag '81" durchgeführt. In einer Diskussion zu Eingang des Kongresses legte Mieterbundpräsident Schlich 21 Thesen vor: Einem Mangel von 1 Mio. Wohnungen standen in der BRD immerhin 700000 gutausgestattete Zweitwohnungen begüterter Bevölkerungsschichten gegenüber. Die Wohnungspolitik bewirke gerade eine solche Vermögensbildung der Einkommensstärkeren und garantiere nicht die Versorgung mit preiswertem Wohnraum. Der DMB fordert die Besteuerung des Wertzuwachses von Grund und Boden und verstärkten Mieterschutz. Weitere Forderungen sind: der Bau von 50000 Sozialwohnungen jährlich, die Umverteilung staatlicher Wohnbaufördermittel zugunsten des Mietwohnbaus (statt bisher des Eigenheimbaus), verschärftes Vorgehen gegen Wohnungsleerstand und -zerstörung zu Spekulationszwecken, und die Übernahme der Maklergebühr durch die Vermieter statt durch die Mieter. Eine Amnestieforderung für die Westberliner Hausbesetzer, wie vom Berliner Mieterverein gefordert, stieß auf Hindernisse; stattdessen wurde friedliche Konfliktlösung „durch Beseitigung der Ursachen" gefordert. – Die anwesenden Bonner Wohnungspolitiker hatten es schwer in der Diskussion, da sie – nach den Worten des Oberhausener Vereinsvorsitzenden – allesamt nicht verstünden, daß „Wohnungen nun einmal keine Marktware sind".

Köln: Schwerer Angriff auf Demonstrationsrecht

osh.Köln. Am Freitag, dem 25.9. riefen die Kölner Hausbesetzer – über 30 besetzte Häuser – zu einer Demonstration für Solidarität mit den Berliner Besetzern auf. Motto: „Häuser fallen in Scherben. Menschen müssen sterben. Schluß damit!" Ca. 600–700 folgten dem Aufruf. Die Demonstration war wegen kurzer Vorbereitung nicht angemeldet. Schon bald nach Abmarsch sperrte die Kölner Polizei die beabsichtigte Marschstrecke. Die Antwort waren einige Steine, die sich im Schaufenster einer Sparkasse wiederfanden. Die Polzei nahm brutal einige Verhaftungen vor. Nach einem weiteren Kilometer wurde der Demonstrationszug von 2 Hundertschaften in einer wenig bewohnten Straße eingekesselt. Ca. 150 Demonstranten gelang es nicht mehr, den Kessel zu verlassen. Hauseingänge wurden abgesperrt, Flure durchsucht und die Demonstranten fast durchweg zur Herausgabe der Personalien gzwungen. An die hundert Namen wurden registriert, ca. 10 vorläufig festgenommen. Drei wurden am nächsten Morgen dem Haftrichter vorgeführt, einer wurde unter der Anklage schwerer Körperverletzung und schwerer Landfriedensbruch in U-Haft genommen. Mit dem provokativen Vorgehen der Kölner Polizei scheint die „Kölner Linie" – keine gewaltsamen Polizeieinsätze, keine Verhaftungen, vereinzelte Räumung nur bei unmittelbarer Neunutzung durch den Eigentümer – beendet.

Gespräch vds – Engholm

jöf.Bonn. Zu Beginn des Gesprächs am 29.9. zwischen Bundesbildungsminister Engholm und Vertretern der Vereinigten Deutschen Studentschaften (vds) zogen die Vertreter der Basisgruppenfraktion in der vds aus, nachdem sie unter den entgeisterten Blicken der Vertreter der Juso-, LHV-, SHB- und MSB-Fraktionen in einer Erklärung ihre Nichtteilnahme begründet und Engholm einen „alternativen Polizeiknüppel" überreicht hatten. Die BG-Vertreter lehnten ein Gespräch ab, weil es bloß dem „taktischen Kalkül der Sozialdemokratie" diene, „sich den aufkeimenden oppositionellen Bewegungen als kleineres Übel zu verkaufen, sich ‚dialogfähig' erscheinen zu lassen".

Das Ergebnis der Kommunalwahlen in Niedersachsen





Betreten blickt Herbert Schmalstieg, SPD-Oberbürgermeister von Hannover. Daneben: Strahlende Gesichter bei den Mitgliedern der GABL

ghe.Hannover. Die SPD hat bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen am vergangenen Sonntag eine schwere Niederlage erlitten. Gegenüber der Kommunalwahl 1976 verlor sie 6,4% der Stimmen, gegenüber der Bundestagswahl vor 11 Monaten fast 10%. Das vorläufige amtliche Endergebnis lautet:

CDU	50,2% (48,0%)
SPD	36,9% (43,5%)
FDP	6,4% (6,3%)
Grüne und Wählergruppen	5,7% (–)
DKP	0,4% (0,3%)

(Zahlen in Klammern: Kommunalwahlen 1976; die Wählergruppen umfassen fast ausschließlich alternative oder grünalternative Listen)

Besonders krass ist das Ergebnis in den größeren Städten: In Hannover verlor die SPD die absolute Mehrheit, die sie seit dem II. Weltkrieg hatte. Sie hat jetzt ebenso wie die CDU 28 Sitze, die FDP hat 4 Sitze, die Grüne Alternative Bürgerliste mit 6,4% Stimmen ebenfalls 4 Sitze und die DKP einen Sitz. In Braunschweig ging die SPD von 49,9% (1976) auf 40,6% zurück, die CDU stieg von 41,3% auf 45,9%, die Grünen erhielten 6,4%. In Salzgitter, Wolfsburg, Lüneburg, Delmenhorst, Emden, Oldenburg, Wilhelmshaven verlor die SPD gegenüber den Wahlen 1976 jeweils über 10%, gegenüber den Bundestagswahlen 1980 noch mehr.

Die Sozialdemokratie spricht vom „Bundestrend", der in Niedersachsen durchgeschlagen habe, und es gibt viele bittere Stimmen von sozialdemokratischen Kommunalpolitikern. Die CDU spricht von einem Votum gegen die Politik der Bundesregierung und für die Politik der Landesregierung. Die „Neue Hannoversche Presse" sieht „den schwersten Schlag für den Bundeskanzler seit der Bundestagswahl, schlimmer als der Koalitionsstreit um den Haushalt, die Kritik an den Sparbeschlüssen, das Genossengezänk um NATO-Raketen." Natürlich hat der „Bundestrend durchgeschlagen", aber darunter kann man zwei völlig entgegengesetzte Dinge verstehen: entweder hat die SPD verloren, weil sie die Sparbeschlüsse, den NATO-Nachrüstungsbeschluß usw. „zuwenig geschlossen" durchgezogen hat; oder diese Beschlüsse werden von den Lohnabhängigen abgelehnt, und die SPD hat dafür von ihnen die Quittung gekriegt. Um diesen Widerspruch gibt es schon Streit in der SPD: der Vorsitzende des SPD-Bezirks Hannover von Oertzen und der frühere Juso-Bundesvorsitzende und jetzige Bundestagsabgeordnete Schröder haben die „unsozialen Sparbeschlüsse" für den Stimmenrückgang verantwortlich gemacht. Der Bundesgeschäftsführer der SPD Glotz und der SPD Landesvorsitzende in Niedersachsen Ravens haben das ausdrücklich zurückgewiesen.

Dabei sind die Tatsachen recht deutlich. Die eher konservative „Hannoversche Allgemeine Zeitung" stellt fest, daß sich „die gewaltige Kräfteverschiebung ... fast ausschließlich links von der Mitte abgespielt hat". Zur CDU mit ihrem offen reaktionären Programm sind kaum Wähler der SPD übergelaufen. Bei der absoluten Stimmenzahl hat die CDU kaum gewonnen; sie hat ihren *relativen* Stimmenanteil etwas erhöhen können, weil die Wahlbeteiligung gesunken ist – und zwar durch viele Lohnabhängige, die vorher SPD gewählt haben und jetzt gar nicht zur Wahl gingen. Insbesondere in den großen Städten liegt die Wahlbeteiligung unter dem Landesdurchschnitt von 76,2%: Braunschweig 69,9%, Salzgitter 73,2%, Wolfsburg 72,6%, Hannover 72%, Delmenhorst 66,5%, Emden 67,7%, Oldenburg 68,0%, Osnabrück 70,9%., Wilhelmshaven 68,7%. In Wilhelmshaven sank die Wahlbeteiligung gegenüber den letzten Kommunalwahlen um 20%, und nur dadurch konnte die CDU gegenüber der SPD, die 7 Sitze verlor, gleichziehen. In Hannover erhielt die CDU 20000 Stimmen weniger als bei der letzten Landtagswahl, und konnte dennoch ihren Prozentanteil von 46,9 (Landtagswahl 78) auf 48,0% erhöhen. In Braunschweig war es ähnlich.

Von wegen eine „Bestätigung der Albrecht-Politik"! Im Landkreis Lüchow-Dannenberg, wo Albrecht zusammen mit dem Bund das Atommülllager durchsetzen will, verlor nicht nur die SPD 9,1%, sondern auch die CDU 3,2%, und die Grünen und verschiedene Wählergruppen stiegen von 9% auf 20,9%. Im Emsland in Aschendorf bekam die CDU eine Quittung für die Kreisreform: eine „Aschendorfer Interessengemeinschaft" errang bei der Ortsratswahl 58,7% der Stimmen, die CDU fiel von 70,5 auf 27,6%. Sicher sind dies Einzelfälle geblieben, und die CDU hat im großen und ganzen nicht Stimmen verloren, und ihren relativen Stimmenanteil in Niedersachsen über 50% steigern können. Aber das Entscheidende an diesen Wahlen ist das nicht.

Viel bedeutender als der relative Zuwachs der CDU ist der absolute und relative Zuwachs der Grünen und Alternativen Listen. In Hannover erreichte die Grüne Alternative Bürgerliste (GABL) 6,4%, in Braunschweig die Grünen 6,4%, im Göttinger Stadtrat erreichte die AGIL 6,4%, und die Grüne Liste (eine Abspaltung aus der AGIL) nochmal 4,4%. Zieht man die Stimmergebnisse für Grüne und Wählergemeinschaften zusammen, so wurde in 4 Landkreisen über 10% der Stimmen erreicht: Lüchow-Dannenberg, Wilhelmshaven, Ammerland, Friesland. In 20 Landkreisen und Städten wurden Prozentergebnisse von 5–10% erzielt. In fast allen anderen Landkreisen lag das Ergebnis über 4%. Die Grünen und Alternativen Listen haben also nicht allein einige herausragende Ergebnisse, sondern auch eine große Breite über ganz Niedersachsen erreicht. Die Grünen und Alternativen Listen haben zum Großteil über Forderungen des Umweltschutzes hinaus soziale Forderungen zur Wohnungsfrage, zu sozialen Leistungen, zur Kriegsgefahr, zu demokratischen Rechten erhoben, und oft sind Aktionseinheiten über den Organisationsrahmen der Grünen hinaus geschlossen worden.

Die Stimmen, die z.B. die GABL in Hannover bekommen hat, sind, mehr als die bisherige Bewegung für Umweltschutz mobilisieren konnte. Etliche Stimmen sind aus der Gewerkschaftsbewegung bekommen, soweit wir das einschätzen können. Man muß aber auch sehen, daß die alternative Bewegung noch nicht so weit und so stark war, um zu verhindern, daß viele von der SPD enttäuschte Lohnabhängige überhaupt nicht wählen gingen, oder doch noch der SPD als „kleinerem Übel" die Stimme gaben.

Immerhin ist jetzt in zahlreichen Städten die Situation entstanden, daß die SPD nicht mehr so weiterregieren kann wie bisher, aber die CDU auch keine Mehrheit aus eigener Kraft erreichen kann. Die „Neue Hannoversche Presse" fragt bereits besorgt, ob die niedersächsische Landeshauptstadt „unregierbar" geworden ist. Es werden bereits Spekulationen über „Wahlen mit Überläufern" oder „Große Koalition" angestellt. Albrecht hat von einer „äußerst unangenehmen Situation für alle" gesprochen und die SPD gewarnt, auf „Biegen und Brechen" zu versuchen Herbert Schmalstieg durchzubringen, weil das nur einen „Scheinerfolg" brächte. Vielleicht fürchtet er, daß die Sozialdemokraten sich auf Verhandlungen mit der GABL einlassen, wie bereits in Kassel in ähnlicher Form geschehen. SPD- von Oertzen hat geheimnisvoll von einer Lösung durch „Ausschließung des Unmöglichen" gesprochen und darauf verwiesen, daß die OB-Wahlen gemeint seien. Das deutet eher darauf hin, daß überprüfbare öffentliche Verhandlungen über Forderungen und Beschlüsse des zukünftigen Stadtrats zugunsten von Geheimdiplomatie der bürgerlichen Parteien vermieden werden sollen. Die Grünen und Alternativen Listen beraten gegenwärtig ihr Vorgehen. Dabei gibt es unterschiedliche Positionen, wie weit man um bestimmte Forderungen mit der SPD verhandeln soll, und ob überhaupt. Die GABL in Hannover hat am Montag beschlossen, einige Forderungen aufzustellen, die ihr wichtig als nächste Schritte im Stadtrat sind, und diese dann auch als Grundlage für Verhandlungen zu nehmen.

Die Bildung einer Alternativen Liste in Hamburg stößt auf Schwierigkeiten

cld.Hamburg. Die Notwendigkeit der Bildung einer Alternativen Liste zu den Bürgerschaftswahlen nächsten Juni in Hamburg ist eigentlich nicht umstritten. Die vielfältigen Bewegungen in der Stadt gegen die Zerstörung der Umwelt

ebenfalls 4 Sitze und die DKP einen Sitz. In Braunschweig ging die SPD von 49,9% (1976) auf 40,6% zurück, die CDU stieg von 41,3% auf 45,9%, die Grünen erhielten 6,4%. In Salzgitter, Wolfsburg, Lüneburg, Delmenhorst, Emden, Oldenburg, Wilhelmshaven verlor die SPD gegenüber den Wahlen 1976 jeweils über 10%, gegenüber den Bundestagswahlen 1980 noch mehr.

Die Sozialdemokratie spricht vom „Bundestrend", der in Niedersachsen durchgeschlagen habe, und es gibt viele bittere Stimmen von sozialdemokratischen Kommunalpolitikern. Die CDU spricht von einem Votum gegen die Politik der Bundesregierung und für die Politik der Landesregierung. Die

in Hamburg stößt aber auf erhebliche Schwierigkeiten. Das hat einmal historische Gründe. Die Erfahrungen mit der Bunten Liste, einem Wahlbündnis von Bürgerinitiativen und Organisationen zu den letzten Bürgerschaftswah-

SPD Landesvorsitzende in Niedersachsen Ravens haben das ausdrücklich zurückgewiesen.

Dabei sind die Tatsachen recht deutlich. Die eher konservative „Hannoversche Allgemeine Zeitung" stellt fest, daß sich „die gewaltige Kräfteverschiebung ... fast ausschließlich links von der Mitte abgespielt hat". Zur CDU mit ihrem offen reaktionären Programm sind kaum Wähler der SPD übergelaufen. Bei der absoluten Stimmenzahl hat die CDU kaum gewonnen; sie hat ihren *relativen* Stimmenanteil etwas erhöhen können, weil die Wahlbeteiligung gesunken ist – und zwar durch viele Lohnabhängige, die vorher SPD gewählt haben und jetzt

gen. Sollten sie daran festhalten, werden sie zum Aufbau einer AL nichts mehr beitragen können.

Eine größere Gruppe von Unabhängigen (meint hier Leute, die nicht organisiert sind) und verschiedene Leute

hielt die CDU 20000 Stimmen weniger als bei der letzten Landtagswahl, und konnte dennoch ihren Prozentanteil von 46,9 (Landtagswahl 78) auf 48,0% erhöhen. In Braunschweig war es ähnlich.

Von wegen eine „Bestätigung der Albrecht-Politik"! Im Landkreis Lüchow-Dannenberg, wo Albrecht zusammen mit dem Bund das Atommülllager durchsetzen will, verlor nicht nur die SPD 9,1%, sondern auch die CDU 3,2%, und die Grünen und verschiedene Wählergruppen stiegen von 9% auf 20,9%. Im Emsland in Aschendorf bekam die CDU eine Quittung für die Kreisreform: eine „Aschendorfer Interessengemeinschaft" errang bei der Ortsratswahl 58,7% der Stimmen, die

Grünen 6,4%, im Göttinger Stadtrat erreichte die AGIL 6,4%, und die Grüne Liste (eine Abspaltung aus der AGIL) nochmal 4,4%. Zieht man die Stimmergebnisse für Grüne und Wählergemeinschaften zusammen, so wurde in 4 Landkreisen über 10% der Stimmen erreicht: Lüchow-Dannenberg, Wilhelmshaven, Ammerland, Friesland. In 20 Landkreisen und Städten wurden Prozentergebnisse von 5–10% erzielt. In fast allen anderen Landkreisen lag das Ergebnis über 4%. Die Grünen und Alternativen Listen haben also nicht allein einige herausragende Ergebnisse, sondern auch eine große Breite über ganz Niedersachsen erreicht. Die Grünen und Alternativen Listen haben zum Großteil über Forderungen des Umweltschutzes hinaus soziale Forderungen zur Wohnungsfrage, zu sozialen Leistungen, zur Kriegsgefahr, zu demokratischen Rechten erhoben, und oft sind Aktionseinheiten über den Organisationsrahmen der Grünen hinaus geschlossen worden.

Die Stimmen, die z.B. die GABL in Hannover bekommen hat, sind, mehr als die bisherige Bewegung für Umweltschutz mobilisieren konnte. Etliche Stimmen sind aus der Gewerkschaftsbewegung bekommen, soweit wir das einschätzen können. Man muß

„unregierbar" geworden ist. Es werden bereits Spekulationen über „Wahlen mit Überläufern" oder „Große Koalition" angestellt. Albrecht hat von einer „äußerst unangenehmen Situation für alle" gesprochen und die SPD gewarnt, auf „Biegen und Brechen" zu versuchen Herbert Schmalstieg durchzubringen, weil das nur einen „Scheinerfolg" brächte. Vielleicht fürchtet er, daß die Sozialdemokraten sich auf Verhandlungen mit der GABL einlassen, wie bereits in Kassel in ähnlicher Form geschehen. SPD- von Oertzen hat geheimnisvoll von einer Lösung durch „Ausschließung des Unmöglichen" gesprochen und darauf verwiesen, daß die OB-Wahlen gemeint seien. Das deutet eher darauf hin, daß überprüfbare öffentliche Verhandlungen über Forderungen und Beschlüsse des zukünftigen Stadtrats zugunsten von Geheimdiplomatie der bürgerlichen Parteien vermieden werden sollen. Die Grünen und Alternativen Listen beraten gegenwärtig ihr Vorgehen. Dabei gibt es unterschiedliche Positionen, wie weit man um bestimmte Forderungen mit der SPD verhandeln soll, und ob überhaupt. Die GABL in Hannover hat am Montag beschlossen, einige Forderungen aufzustellen, die ihr wichtig als nächste Schritte im Stadtrat sind, und diese dann auch als Grundlage für Verhandlungen zu nehmen.

Die Bildung einer Alternativen Liste in Hamburg stößt auf Schwierigkeiten

cld.Hamburg. Die Notwendigkeit der Bildung einer Alternativen Liste zu den Bürgerschaftswahlen nächsten Juni in Hamburg ist eigentlich nicht umstritten. Die vielfältigen Bewegungen in der Stadt gegen die Zerstörung der Umwelt durch AKW's, für ausreichenden Wohnraum, gegen die Zerstörung der Lebensbedingungen durch Industrieansiedlung, Hafenerweiterung etc., für mehr und bessere Kindergärten, Frauenhäuser etc. sind seit langem mit dem Problem konfrontiert, daß ihre Forderungen zum größten Teil schon in den Bezirksparlamenten und dem Landesparlament abgeschmettert werden, bzw. überhaupt nicht bis hierher vordringen. Alle bürgerlichen Parteien im Parlament unterdrücken die Forderungen und verhindern im großen und ganzen, daß sie überhaupt Gegenstand der Debatte werden. Die SPD, die unter Klose noch in gewissem Umfang und verstümmelt Forderungen, wie kein Bau des AKW Brokdorf, aufgenommen hatte, ist auf ihrem Landessonderparteitag am letzten Freitag endgültig nach rechts gegangen. Klose als Symbolfigur der Linken konnte noch nicht mal zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt werden. Er unterlag klar dem Rechten Voscherau. Mit seiner Regierungserklärung und der Vorlage des Haushaltsentwurfs 1982 hat Dohnanyi klar gemacht, wo er hin will: Abbau der sozialen Ausgaben für Kindergärten, Behinderte etc. und Lohnabbau und Stellenkürzungen im Öffentlichen Dienst. Der Staatshaushalt soll auf Kosten der Ärmsten saniert werden. Auf die SPD zu setzen wird in dieser Situation wohl keiner mehr vorschlagen. Es wird eine Parlamentsvertretung gebraucht, die von den vorhandenen und artikulierten Interessen der Massen ausgeht. Positive Erfahrungen liegen mit den Wahlen in Hessen, in Westberlin und jetzt auch in Niedersachsen genug vor.

Die Bildung einer Alternativen Liste in Hamburg stößt aber auf erhebliche Schwierigkeiten. Das hat einmal historische Gründe. Die Erfahrungen mit der Bunten Liste, einem Wahlbündnis von Bürgerinitiativen und Organisationen zu den letzten Bürgerschaftswahlen, sind schlecht. Dominiert war die BuLi von Anfang an vom KB, und seine Spaltung in „Z" und KB führte zur Spaltung der BuLi selbst, die heute kaum noch eine Rolle spielt.

Aus diesen schlechten Erfahrungen wurde vor allem von unabhängigen Mitgliedern einiger BI's der Schluß gezogen, eine Alternative Liste als eigenständige Organisation mit Einzelmitgliedschaft etc. zu initiieren.

Alle politischen Organisationen haben diesen Vorschlag aufgegriffen und im allgemeinen befürwortet. An den Diskussionen waren von DKP, Grünen, KB, SOST, BWK, GIM, KBW alle Organisationen beteiligt, die sich als sozialistische, demokratische oder kommunistische verstehen. Allerdings waren die Zielsetzungen verschieden.

DKP, Grüne und KB treten vor allem für ein Bündnis von Organisationen und Initiativen ein, bzw. wollen in das Statut einer AL bestimmte Proporzregelungen aufgenommen haben, die sicherstellen, daß jede Gruppe oder Organisation in der Führung bzw. auf der Liste einer AL personell vertreten ist. Die Grünen haben Anfang September auf ihrer Mitgliederversammlung dazu den Beschluß gefaßt, daß sie sich an einer Liste beteiligen, wenn sie 50% der Mandate und Führungspositionen erhalten. Ansonsten würden sie alleine kandidieren. Damit sind die Grünen zwar nicht endgültig ausgestiegen, weil auch dieser Beschluß nur eine Strömung ausdrückt, die z.B. in einigen Bezirken nicht vertreten wird, aber günstig für das Zustandekommen auf Stadtebene ist der Beschluß nicht.

BWK, GIM, Volksfront treten für eine sozialistische Liste ein und führen darüber wohl auch schon Verhandlungen. Sollten sie daran festhalten, werden sie zum Aufbau einer AL nichts mehr beitragen können.

Eine größere Gruppe von Unabhängigen (meint hier Leute, die nicht organisiert sind) und verschiedene Leute aus allen genannten Organisationen treten für eine AL mit Einzelmitgliedschaft, ohne Proporzregelung etc. ein. Wieweit sie sich durchsetzen können, ist noch offen.

Der nächste wichtige Termin für die Bildung einer AL in Hamburg ist das Wochenende 17./18.10., an dem ein Kommunalpolitischer Kongreß stattfinden wird, der vor allem auch über die Inhalte eines Programms der Alternativen Liste diskutieren soll, was bisher insgesamt zu kurz kam. Es sind zwar eine Reihe von Arbeitsgruppen sowohl auf Stadtebenen, wie in einzelnen Bezirken eingerichtet worden, aber sie arbeiten nur schleppend oder gar nicht. Inhaltliche Vorstellungen zum Programm einer AL hat bisher außer der SOST noch keine Organisation oder Initiative vorgelegt. Und das Programm der SOST ist auch eher ein grün angemaltes Industrialisierungsprogramm für die SPD als der Vorschlag für eine Alternative Liste in Hamburg, die einmal in ihrem Programm alle Punkte aufnehmen muß, an denen Teile der Massen ihre Interessen formuliert haben und versuchen durchzusetzen, und zweitens besteht wohl weitgehende Einigkeit, daß ohne genaue Klärung der Auswirkungen auf Natur und Mensch eine weitere Industrialisierung in Anknüpfung an bestehende Konzeptionen der Kapitalisten und der bürgerlichen Parteien nicht in Frage kommen.

Zusammengefaßt läßt sich feststellen, daß die politische Lage für die Bildung einer AL in Hamburg günstig ist, daß das aber unter den Linken in Hamburg bisher noch zu wenig gesehen wird.

Hannoversche Allgemeine Zeitung, 29. 9.81. In Niedersachsen hat sich an diesem Sonntag ein politischer Erdrutsch ereignet. Für sich allein ist diese Tatsache jedoch weniger bemerkenswert als der Umstand, daß sich die gewaltige Kräfteverschiebung – von Ausnahmen wie Salzgitter abgesehen – fast ausschließlich links von der Mitte abgespielt hat. Gewiß, auch die CDU hat aus dem dramatischen Niedergang der Sozialdemokraten ihren Nutzen gehabt und Stimmen zu sich herübergezogen. Doch die eigentlichen Einbrüche bei der SPD haben die Grünen verursacht, die gleichzeitig noch ein bißchen bei den Freien Demokraten mitgefleddert und hier und da wohl auch die DKP mit nach vorn gezogen haben.

Es gibt eine ganze Reihe von Ursachen für dieses nicht ganz unerwartete Ergebnis. Neben hausgemachter landespolitischer und viel zu oft auch kommunalpolitischer Unattraktivität ist einer der wichtigsten Gründe die Bundespolitik, die gegenwärtig nicht gerade für die SPD wirbt. Aber es hieße, das tiefere und grundlegende Problem der SPD verkennen, wenn man nur die aktuellen Widrigkeiten verantwortlich machte, wie das viele Sozialdemokraten jetzt allzu behende tun. Dieses Problem besteht darin, daß sich eine wachsende Zahl vorwiegend junger Menschen, die bisher in der SPD so etwas wie eine politische Hoffnung für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben sahen, enttäuscht und ernüchtert abwendet.

Das Ausmaß dieser Ernüchterung läßt sich an den hohen Stimmenzahlen der Grünen messen. Dies gibt dem Wahlausgang seine besondere Bedeutung und macht ihn auch bundespolitisch interessant. Sechs bis acht Prozent der Wähler, in manchen Landesteilen sogar 15 Prozent und mehr, sind im Begriff, das herkömmliche Parteienangebot dankend abzulehnen. Sie setzen ihr Zutrauen in eine neue politische Bewegung, eben in die Grünen, die ihrem Lebensgefühl und ihrer Lebenseinstellung mehr entsprechen als die Etablierten – obgleich die neue Bewegung noch lange nicht ihr endgültiges Programm gefunden und ihre Ziele klar abgesteckt hat.

BILD–Kommentar

SPD verlor, nicht Schmidt

Wer ist schuld, daß die SPD in Niedersachsen etwa 300 000 Wähler verloren hat?

Bundeskanzler Schmidt sagen linke Sozialdemokraten. Nein.

Die SPD hat verloren, weil viele Genossen mehr daran arbeiten, Schmidt zu stürzen als ihn zu stützen.

Die Bürger ärgert, daß manchen Genossen ein Hausbesetzer wichtiger ist als ein Bauarbeiter, daß sie Breschnews Friedensbeteuerungen mehr glauben als den Worten Reagans.

Schmidts Popularität ist ungebrochen, das beweisen alle Umfragen. Aber die Wähler sehen, daß die SPD sich immer mehr von ihm entfernt. Deswegen laufen sie ihr weg.

Zur „Richtung der Produktivkraftentwicklung“

(Zum Bericht über die Diskussionsveranstaltung mit W. Maier von W.P., Frankfurt, in KVZ 36/81)

Wenn die Frage der Kritik an der Richtung der Produktivkraftentwicklung „völlig zu Unrecht“ diskutiert wurde, dann hätte sich W.P. seinen Artikel auch sparen können. Die Diskussion dieses „Begriffes“ wird aber nicht verkürzt, indem man bemerkt, daß es „m.E. in dieser Frage keine grundlegenden Widersprüche gibt“. Ob grundlegend oder nicht, es gibt sie halt (auch wenn wir „im Grunde“ alle dasselbe wollen).

Meiner Meinung nach ist der Versuch, die „Kritik an der Richtung der Produktivkraftentwicklung“ zur Leitlinie revolutionärer Politik zu machen, entweder der Versuch einer Sammlung hinter etwas Falschem und ganz und gar nicht Revolutionärem *oder* hinter einer hohlen Phrase (wo Begriffe fehlen, stellt zur rechten Zeit ein Wort sich ein), wobei ich das letztere das größere Übel finde. Das letztere wäre der Fall, wenn es nicht so gemeint würde, wie es gesagt wird.

Nimmt man den Begriff so, wie er aufgestellt wurde, ist er sowieso eine Tautologie. Soweit sich die Produktivkräfte *entwickeln*, ist ja damit die *Richtung* schon angegeben (nämlich: vorwärts). Wenn man die Richtung kritisiert, kritisiert man auch die Entwicklung. Und da bleibt halt nur Rückwärts oder, wie bei A. Gorz, ein Schritt nebenraus. Für W.P. mag der Vorwurf des Gen. Maier, „der KBW betrachte jegliche Entwicklung der Produktivkräfte als a priori fortschrittlich“, eine „Unterstellung“ sein. Mich z.B. trifft der Vorwurf, weil ich es nämlich genauso betrachte.

Für mich blieb auf der Veranstaltung unaufgeklärt, woher die Begriffsverwirrung kam, um die es sich ja handeln muß, wenn der Gen. Maier erklärt, daß er es ja eigentlich gar nicht so meint, wie er es sagt.

Der Begriff „Produktivkraft“ hat eigentlich nur Sinn in bezug auf den stofflichen Reichtum, den die Gesellschaft zu ihrem Bedarf produziert. Eine *Entwicklung* der Produktivkraft ist es also, wenn dieser Reichtum mit geringerem Arbeitsaufwand oder wenn mit demselben Arbeitsaufwand größerer stofflicher Reichtum produziert wird. Ich finde so etwas fortschrittlich, und zwar „a priori“.

Was der Gen. Maier vielleicht meint, ist ein wichtiges, aber doch ein *besonderes* Problem. Im Kapitalismus kommt es bzgl. der Produktion des stofflichen Reichtums zwangsläufig zu Verzerrungen, von deren Perversion man sich (ich jedenfalls) nur eine vage Vorstellung machen kann. Der Stoffwechsel der ganzen Gesellschaft vollzieht sich nur unter der Bedingung, daß die Kapitalisten sich den Mehrwert aneignen. Folglich muß die Produktion des stofflichen Reichtums nicht nur den konsumtiven Bedürfnissen der Gesellschaft entsprechen, sondern auch und vor allem dem Bedürfnis des Kapitals nach Akkumulation um der Akkumulation willen. Das Kapital muß die Produktivkräfte entwickeln und ist zugleich innere Schranke ihrer Entwicklung. Je höher die Produktivkräfte in dieser widersprüchlichen Form entwickelt sind, desto offensichtlicher und absurder springen bestimmte Perversitäten im gesellschaftlichen Stoffwechsel und der entsprechenden Bezie-

der Gen. Maier erklärt, daß er es ja eigentlich gar nicht so meint, wie er es sagt.

Der Begriff „Produktivkraft“ hat eigentlich nur Sinn in bezug auf den stofflichen Reichtum, den die Gesellschaft zu ihrem Bedarf produziert. Eine *Entwicklung* der Produktivkraft ist es also, wenn dieser Reichtum mit geringerem Arbeitsaufwand oder wenn mit demselben Arbeitsaufwand größerer stofflicher Reichtum produziert wird. Ich finde so etwas fortschrittlich, und zwar „a priori“.

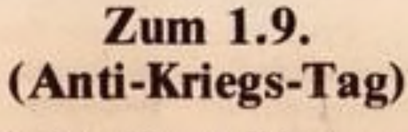
Was der Gen. Maier vielleicht meint, ist ein wichtiges, aber doch ein *besonderes* Problem. Im Kapitalismus kommt es bzgl. der Produktion des stofflichen Reichtums zwangsläufig zu Verzerrungen, von deren Perversion man sich (ich jedenfalls) nur eine vage Vorstellung machen kann. Der Stoffwechsel der ganzen Gesellschaft vollzieht sich nur unter der Bedingung, daß die Kapitalisten sich den Mehrwert aneignen. Folglich muß die Produktion des stofflichen Reichtums nicht nur den konsumtiven Bedürfnissen der Gesellschaft entsprechen, sondern auch und vor allem dem Bedürfnis des Kapitals nach Akkumulation um der Akkumulation willen. Das Kapital muß die Produktivkräfte entwickeln und ist zugleich innere Schranke ihrer Entwicklung. Je höher die Produktivkräfte in dieser widersprüchlichen Form entwickelt sind, desto offensichtlicher und absurder springen bestimmte Perversitäten im gesellschaftlichen Stoffwechsel und der entsprechenden Bezie-
hungen der Menschen untereinander, auf deren Grundlage sich wieder ein ganzer Rattenschwanz von neuen Bedürfnissen und Produktionszweigen entwickelt, ins Auge.

Die Entwicklung der Produktivkräfte in dieser widersprüchlichen Form ist auch die Grundlage für die Entwicklung des Interessengegensatzes zwischen Kapital und Produzenten. Es entwickelt sich das Bedürfnis der Produzenten nach Revolution mit dem Ziel der Aneignung der Produktionsbedingungen als Bedingung für die Entfaltung ihrer ganzen produktiven Fähigkeiten. Wobei die ganzen vielfältigen Probleme des gesellschaftlichen Stoffwechsels jeweils konkrete Antworten verlangen, die man sich auch schon unter Bedingungen überlegen muß, wo die Produzenten noch nicht die unumschränkte politische Macht haben, das zu entscheiden. Anders kann ich mir auch gar nicht vorstellen, wie die Arbeiter ihre eigenen Interessen im Gegensatz zum Kapital formulieren sollen und von daher auch erst das Interesse entwickeln, diese Fragen entscheiden zu können und nicht der blinden Entwicklung des Kapitalismus zu überlassen.

Mit hohlen Phrasen ist da sowieso nichts geholfen! Die Debatte auf der Veranstaltung hat meiner Meinung nach aber auch gezeigt, daß die Tendenz besteht, bei der Lösung konkreter Fragen des gesellschaftlichen Stoffwechsels abstrakte Dogmen aufzustellen. Z.B. das Dogma der Dezentralisierung. Ich hätte jedenfalls keine Lust, bloß um der Verwirklichung dieses Dogmas willen auch nur 1 Stunde länger als nötig zu arbeiten. Daß bei der Zentralisierung der Produktion im Kapitalismus die Kapitalisten die Vorteile monopolisieren und versuchen, der Gesellschaft die Nachteile und die Kosten aufzulasten, ist ein besonderes Problem. Kämpfe dagegen finden ja statt. Die Produzenten selber haben eben bereits jetzt konkrete Vorstellungen davon, was für sie produktiv ist im Gegensatz zu den Kapitalisten, für die nur die mehrwertproduzierende Arbeit und die Akkumulation um der Akkumulation willen als produktiv zählt. Bei der Auspowerung von Produzent und Produktionsbedingungen zugunsten der Anhäufung von toter Arbeit handelt es sich eben um eine beschränkte Entwicklung der Produktivkraft auf Kosten der Hauptproduktivkraft (des Produzenten). Demgegenüber mit der Parole gegen die Produktivkraftentwicklung anzutreten (was ja noch das einzig Positive daran ist), kann die verzerrten Proportionen des Stoffwechsels auch nicht wieder ins Lot bringen.

Aber auch wenn die Produzenten die Macht haben, solche Fragen zu entscheiden, brauchen sie die *Fähigkeiten* dazu, das zu ihrem Vorteil zu tun. Mit Entwicklung des Kapitalismus wird aber auch in dieser Beziehung das Instrumentarium geschaffen, z.B. zu berechnen, ob der Einsatz der





Produktionsmittel dezentral oder zentral erfolgen soll. Das muß halt im konkreten Fall danach entschieden werden, was der Gesellschaft im Verhältnis zum gewünschten Nutzen mehr Aufwendungen erspart, und so wird es dann gemacht. Die Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus macht die Produktion planbarer und durchschaubarer (inwieweit die Arbeiter in die Planung einbezogen sind oder nur „Hände“ sind, ist ja *wieder* ein besonderes Problem).

Jedenfalls wäre es schwachsinnig, in einer Lage, wo es für die Produzenten darauf ankommt, den *industriellen* Produktionsprozeß entsprechend ihren Bedürfnissen zu beherrschen bzw. umzugestalten (was halt ganz *andere* Fähigkeiten als die des Handwerkers oder Facharbeiters von früher erfordert), demgegenüber den speziellen Fähigkeiten der Arbeiter von früher nachzutrauern und zwecks deren Wiederbelebung die Rückkehr oder den Schritt nebenraus

Zum 1.9. (Anti-Kriegs-Tag)

Ihr habt den schlimmen Krieg vergessen?
Ihr duldet wieder Kerls mit Tressen?
Ihr seid zu träge und zu faul!
Schlagt nicht auf's Wehrexpertenmaul?
Die Firma Apel will mehr Sprit
und Du fährst zwecks Ersparnis Schritt!?
Vergessen habt Ihr Witwentränen
und der Gefang'nen Heimatsehnen?
die Ohnmacht an der Feuerpatsche, –
des Luftschutzwartes Dummgequatsche?
Und schreit nicht auf, wenn sie den Sohn
zur Musterung „erfassen“ schon!
Tretet nicht ein Behördentüren,
wenn sie Sirenen ausprobieren?
Und fragt nicht, wieviele überleben,
wenn sie uns die Neutronen „geben“?
Ihr habt den großen Krieg vergessen, –
Ihr duldet Kerls mit großen Fressen!
Wird schießen wieder Bürgerpflicht?



Produktionsmittel dezentral oder zentral erfolgen soll. Das muß halt im konkreten Fall danach entschieden werden, was der Gesellschaft im Verhältnis zum gewünschten Nutzen mehr Aufwendungen erspart, und so wird es dann gemacht. Die Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus macht die Produktion planbarer und durchschaubarer (inwieweit die Arbeiter in die Planung einbezogen sind oder nur „Hände“ sind, ist ja *wieder* ein besonderes Problem).

Jedenfalls wäre es schwachsinnig, in einer Lage, wo es für die Produzenten darauf ankommt, den *industriellen* Produktionsprozeß entsprechend ihren Bedürfnissen zu beherrschen bzw. umzugestalten (was halt ganz *andere* Fähigkeiten als die des Handwerkers oder Facharbeiters von früher erfordert), demgegenüber den speziellen Fähigkeiten der Arbeiter von früher nachzutrauern und zwecks deren Wiederbelebung die Rückkehr oder den Schritt nebenraus
zur Handwerkelei zu propagieren.

B. Köhler, Bad Kreuznach

Zum 1.9. (Anti-Kriegs-Tag)

Ihr habt den schlimmen Krieg vergessen?
Ihr duldet wieder Kerls mit Tressen?
Ihr seid zu träge und zu faul!
Schlagt nicht auf's Wehrexpertenmaul?
Die Firma Apel will mehr Sprit
und Du fährst zwecks Ersparnis Schritt!?
Vergessen habt Ihr Witwentränen
und der Gefang'nen Heimatsehnen?
die Ohnmacht an der Feuerpatsche, –
des Luftschutzwartes Dummgequatsche?
Und schreit nicht auf, wenn sie den Sohn
zur Musterung „erfassen“ schon!
Tretet nicht ein Behördentüren,
wenn sie Sirenen ausprobieren?
Und fragt nicht, wieviele überleben,
wenn sie uns die Neutronen „geben“?
Ihr habt den großen Krieg vergessen, –
Ihr duldet Kerls mit großen Fressen!
Wird schießen wieder Bürgerpflicht?
Verfehlt wenigstens die Wörners nicht!!

Palve

Punk – nichts für KulturBÜRGER

(Zum Artikel „Rinks und Lechts, die kann man nicht velwechsern – werch ein Illtum!“ von Harry Assenmacher, KVZ Nr. 26/81)

Sehr geehrte Genossen,

erstmal vielen Dank für die Aufmerksamkeit, die Ihr meinem Buch gewidmet habt. Aber der Kritik Harry Assenmachers habe ich doch einiges zu erwidern.

Zum Beispiel, daß NO FUN RECORDS noch immer nicht der Kleinkonzern ist, wie ihn sich Harry wünscht. Auch verfügen wir über kein Tonstudio und was die Promotion betrifft, haben es ‚unsere‘ Bands zumeist schwerer als andere. Die ‚richtige Besprechung zur richtigen Zeit im Stadtmagazin‘ verkauft jedenfalls nicht 5000 Platten – vielleicht sollte sich Harry erst einmal etwas näher mit dem music business beschäftigen, bevor er EMI oder No Fun Records über seinen Kamm schert. Damit die qualitativen Unterschiede deutlicher zum Vorschein kommen ...

Fälschlich ist auch Harrys Annahme, das Buch sollte eine Punk-Persiflage auf eine Magisterarbeit sein. So einfach, wie es sich hinterher für den Kritiker darstellt, war das leider nicht. Persiflagen dürften nicht akzeptiert werden, wenn ihnen nicht auch Ideen zu Grunde lägen.

Womit ich bei dem mir sehr wichtigen Begriff „PUNK“ angelangt wäre. Harry reitet auf der – m.E. fatalistischen und alle Hoffnungen auf Veränderungen verbauenden – Definition von Punk herum, derzufolge Punk nicht erklärt, sondern nur gefühlt werden kann. Gerade dagegen habe ich in meiner Arbeit ein anderes Verständnis von Punk entwickelt, eines, das noch Veränderungen zuläßt und nicht nur den „individuellen Kampf gegen das System“ ohnmächtig bejubelt.

Völlig absurd wird's jedoch gegen Schluß: „Es gibt gute Punk-Bands, die es sich lohnt zu hören, die wirklich IDEAL (!?) was rüber bringen von Musik und Text und es gibt gepushte Gruppen, die über Promotion gejubelt werden. Vielleicht auch eine Frage des Geschmacks, aber der No Fun Label bürgt auch hier nicht gerade für Zerstreuung – eher für Mittelmaß.“ – Vielleicht solltest Du erstmal bestimmte Kapitel meines Buches lesen (z.B. über Produktionsbedingungen von Gruppen), Dich etwas näher informieren (z.B. daß IDEAL a) keine Punk-Band ist und b) nicht unabhängig), bevor Du ausgerechnet von uns ZERSTREUUNG erwartest. No Fun macht keine Musik für selbstzufriedene KulturBÜRGER. Nimm Deine Filzpantoffel vom Tisch und beginne, Dich zu bewegen, Harry!

Mit freundlichen Grüßen

Hollow Skai, Hannover

Sieg oder Niederlage?

(Zum Artikel „Lummer ist verantwortlich“, KVZ Nr. 39/81)

In dem Artikel beschreibt der Genosse söh die Ereignisse im Gefolge der Räumung der acht besetzten Häuser in Westberlin. Ja, Lummer ist verantwortlich, aber wie weiter? Die Probleme, die die Bewegung jetzt gegen die politische Reaktion von seiten des CDU-Senates hat, sind in dem Artikel leider nicht ausreichend aufgeworfen. Da heißt es zum Abschluß des Artikels (wohl in bezug darauf, daß der Mißtrauensantrag gegen Lummer im Parlament nicht durchkommen wird): „Trotzdem, die Räumungsaktion bleibt eine politische Niederlage der CDU. Die Forderung nach Rücktritt von Lummer und Rastemborski wird bestehen bleiben. Man kann ihr auf der Straße Nachdruck verleihen.“

Wiewohl die Rücktrittsforderungen weiter im Zentrum stehen, es auch weitere Demonstrationen geben wird, um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, worin besteht die Niederlage der CDU, worin der Sieg der Bewegung? Kann denn die Niederlage der CDU, wenn man das Begriffspaar Sieg-Niederlage jetzt so überhaupt benutzen will, in etwas anderem bestehen als in dem erzwungenen Rücktritt von Lummer? Gen. söh schreibt richtig, daß es dem Senat darauf ankam, seine militärische Macht zu demonstrieren, um die Bewegung zu demütigen und ihre Machtlosigkeit zu demonstrieren. Diese Schlacht hat der Senat gewonnen und mußte er z.Zt. auch gewinnen – fragt sich allerdings, um welchen politischen Preis. Diesen politischen Preis – den Rücktritt Lummers – hat die Reaktion bis jetzt noch nicht zahlen müssen.

Gen. söh weist auch richtig auf die Absicht hin, daß versucht wird, einen Keil zwischen die Gewerkschaften und die Bewegung zu treiben. Doch dieser Keil ist bereits ein weites Stück weit getrieben, bedenkt man, daß jetzt der DGB-Vorstand in Westberlin mit der DAG und den Arbeitgeberverbänden und der Industrie- und Handelskammer gemeinsam für den Frieden der Stadt vor Gewalt appelliert. Ferner gibt es zur Zeit auch nicht unerhebliche Widersprüche zwischen den DGB-Gewerkschaften, so etwa zwischen den Industriegewerkschaften und den Öffentlichen Dienst Gewerkschaften. So gibt es für die Hausbesetzter Unterstützung in Form von Patenschaften aus den Bereichen GEW, ÖTV, HBV, Schriftsteller in der IG Druck, Gewerkschaftsjugend etc. Da hat also das Zitat des Gen. söh vom „Tagesspiegel“ einen wunden Punkt getroffen.

Der Senat, wie auch ein Gutteil der Presse (ausgenommen die Berichterstattung im SFB-Hörfunk), arbeiten energisch an der Schaffung einer reaktionären Stimmung und wollen dazu die Fensterscheiben und Steineschmeißerei benutzen. Das Potential reicht noch keineswegs, um damit wieder größere „Freiheitskundgebungen“ zu veranstalten. Aber offensichtlich sollen hier auch politische Schlappen, wie sie anläßlich des Haig-Besuches zu Tage getreten sind, wieder ausgemerzt werden.

Meines Erachtens entscheidet sich die Frage von Sieg oder Niederlage an der Frage, ob es gelingt, Lummer zu kippen. Das ist nicht ausgeschlossen, aber bisher hat es die Bewegung nicht vermocht, die dazu notwendige politische Kraft zu entwickeln. Im Gegenteil ist es der SPD als möglich erschienen, sich von ihrem Mißtrauensantrag wieder abzuseilen.

Die Bewegung wird ihre politische Kraft, die sie jetzt entfalten muß, aber nicht allein über wiederholte machtvolle Demonstrationen erreichen. Sondern die genannten Spaltungen müssen als Hindernisse überwunden werden. Ich glaube, das wird nur gehen, wenn man sich nicht die „Gewaltdebatte“ aufzwingen läßt, stattdessen aber Teile der Gewerkschaften und der SPD die Debatte um die Konzepte, die die Hausbesetzer haben, und die ja am 29. September vorgestellt werden sollten, aufzwingt. Ferner wird dann auch deutlich, daß der Senat durch die Räumungen dieser Debatte sich entziehen wollte; daß es Möglichkeiten zu Übereinkünften gibt, aber nicht mit einem Senat, dem Lummer angehört.

Michael R., Westberlin

Forderungen für eine moderne Medizin sind nötig

(Zum Artikel von H. Veil „Warum läßt sich die Medizin nicht abschaffen?“, in KVZ Nr. 36/81)

Aus dem Artikel ist gut ersichtlich, daß sich die Medizin in einer Art Kulturrevolution befindet mit fortschrittlichen und reaktionären Tendenzen und unklarem Ausgang. Was in dem Artikel gänzlich fehlt, das sind Vorstellungen eines Kommunisten zu den aufgegriffenen Fragen. Was sonst KBW-Genossen regelmäßig schrieben, nämlich ihre konkreten Forderungen bis hin zu „Vorwärts im Kampf gegen ...“, das wird nun abgelöst vom anderen Extrem, der Bewegung alles zu überlassen. Ich möchte kurz darauf eingehen, daß der Verfasser sowohl von den Kassen getragene Ambulatorien als auch eine Krankenscheinpauschale für die Ärzte ablehnt. Mir scheint, daß die erste Lösung mit der zweiten nur gemeinsam hat, daß lediglich die Bezahlung der Ärzte beleuchtet wird. Ein Ambulatorium könnte jedoch alles das beinhalten und aufnehmen, was heute von privat organisierten Gesundheitszentren und Gemeinschaftspraxen erarbeitet wird und sich als brauchbar heraus-

dersetzungen, was an dem Fehlen demokratischer Kontrolle und Kritik liegen mag.

Diese demokratische Kontrolle und Kritik müßte von den Mitarbeitern eines Ambulatoriums und den Versicherten zusammen ausgeübt werden. Wie ein Ambulatorium instrumentell ausgerüstet sein müßte und welche Bezahlung die Mitarbeiter bekommen, das entscheiden dann öffentliche Versammlungen der Versicherten mit ihren Vertretern in der entsprechenden Kasse und den Gesundheitsarbeitern. Die Forderung nach Einheitskasse ist Voraussetzung und immer noch richtig. Die von den Kassen getragenen Ambulatorien hat es ja sehr erfolgreich nach dem 2. Weltkrieg schon gegeben! Sie sind den staatlichen Ambulatorien meiner Meinung nach vorzuziehen, weil sie möglichst nah an der Basis arbeiten könnten und einer Kontrolle viel eher zugänglich sind. – Es wird Zeit, daß wir Kommunisten, aber nicht nur die Westdeut-

gung zu treiben. Doch dieser Keil ist bereits ein weites Stück weit getrieben, bedenkt man, daß jetzt der DGB-Vorstand in Westberlin mit der DAG und den Arbeitgeberverbänden und der Industrie- und Handelskammer gemeinsam für den Frieden der

wird dann auch deutlich, daß der Senat durch die Räumungen dieser Debatte sich entziehen wollte; daß es Möglichkeiten zu Übereinkünften gibt, aber nicht mit einem Senat, dem Lummer angehört.

Michael R., Westberlin

Forderungen für eine moderne Medizin sind nötig

(Zum Artikel von H. Veil „Warum läßt sich die Medizin nicht abschaffen?“, in KVZ Nr. 36/81)

Aus dem Artikel ist gut ersichtlich, daß sich die Medizin in einer Art Kulturrevolution befindet mit fortschrittlichen und reaktionären Tendenzen und unklarem Ausgang. Was in dem Artikel gänzlich fehlt, das sind Vorstellungen eines Kommunisten zu den aufgegriffenen Fragen. Was sonst KBW-Genossen regelmäßig schrieben, nämlich ihre konkreten Forderungen bis hin zu „Vorwärts im Kampf gegen ...“, das wird nun abgelöst vom anderen Extrem, der Bewegung alles zu überlassen. Ich möchte kurz darauf eingehen, daß der Verfasser sowohl von den Kassen getragene Ambulatorien als auch eine Krankenscheinpauschale für die Ärzte ablehnt. Mir scheint, daß die erste Lösung mit der zweiten nur gemeinsam hat, daß lediglich die Bezahlung der Ärzte beleuchtet wird. Ein Ambulatorium könnte jedoch alles das beinhalten und aufnehmen, was heute von privat organisierten Gesundheitszentren und Gemeinschaftspraxen erarbeitet wird und sich als brauchbar heraus-
stellt. Diese Gesundheitszentren und Praxen scheitern z.Zt. früher oder später an zu hohen Investitionen und inneren Auseinan-

dersetzungen, was an dem Fehlen demokratischer Kontrolle und Kritik liegen mag.

Diese demokratische Kontrolle und Kritik müßte von den Mitarbeitern eines Ambulatoriums und den Versicherten zusammen ausgeübt werden. Wie ein Ambulatorium instrumentell ausgerüstet sein müßte und welche Bezahlung die Mitarbeiter bekommen, das entscheiden dann öffentliche Versammlungen der Versicherten mit ihren Vertretern in der entsprechenden Kasse und den Gesundheitsarbeitern. Die Forderung nach Einheitskasse ist Voraussetzung und immer noch richtig. Die von den Kassen getragenen Ambulatorien hat es ja sehr erfolgreich nach dem 2. Weltkrieg schon gegeben! Sie sind den staatlichen Ambulatorien meiner Meinung nach vorzuziehen, weil sie möglichst nah an der Basis arbeiten könnten und einer Kontrolle viel eher zugänglich sind. – Es wird Zeit, daß wir Kommunisten, aber nicht nur die Westdeut-
schen (KBW), konkrete Forderungen herausarbeiten!

F. Janssen

Sonderverfahren unter Belagerungszustand

Deutliche Widersprüche im Justizapparat wegen scharfer Kontrollen beim Prozeß gegen Sieglinde Hofmann

gkr. Unter schärfsten Sicherheitsvorkehrungen begann am 22. September, nur kurz nach der Eröffnung des Verfahrens gegen Rolf Heissler in Düsseldorf, in Frankfurt ein weiteres Verfahren gegen ein RAF-Mitglied, Sieglinde Hofmann. Sie soll sich an der Ermordung Pontos beteiligt haben. Vorgeworfen wird ihr allerdings „nur" erpresserischer Menschenraub. Das französische Gericht, das über die Auslieferung hatte entscheiden müssen, hatte den Mordvorwurf als nicht stichhaltig angesehen.

Mitten in Frankfurt liegen die vier Trakte des Gerichts, im Gebäudekomplex A findet das Verfahren statt. Aber nicht nur dies Gebäude ist abgeriegelt, auch in die anderen kommt man nur nach Ausweiskontrolle, Durchleuchten der Taschen, wie dies in Flughäfen üblich ist, und vorbei an maschinengewehrbewaffneten Polizisten. In Gebäude A muß sich jeder, der eintreten will, einer gründlichen Leibesvisitation unterziehen lassen, mit elektromagnetischen Detektoren wird er auf Metallgegenstände untersucht. Besonders scharf zwar werden die Besucher des Prozesses kontrolliert, aber beileibe nicht nur sie. Sie müssen vor dem Eintritt die Personalausweise abgeben, während sie in einer Kabine gefilzt werden. Die Verteidiger von Sieglinde Hofmann verlangten Auskunft, was mit den Ausweisen geschieht, ob sie abgelichtet werden. Als wisse er dies nicht und müsse sich erst erkundigen, unterbricht der Vorsitzende Richter Schäfer die Verhandlung – und erklärt im Anschluß, die Angaben würden nur mit Sichtgeräten überprüft, keinesfalls aber gespeichert. Im Zuhörerraum glaubt ihm das keiner.

An Verhandlungstagen gleicht das Gerichtsgebäude von außen einer Festung (die Gebäude selbst sehen schon ohne die dann aufgefahrenen Wasserwerfer, die Videokameras, die Straßen- und Polizeisperren eher wie Gefängnisse aus). Und die Kontrollen gibt es nicht einmal nur an Verhandlungstagen. Ein Jahr lang, auf diese Dauer wird der Prozeß geschätzt, das Gerichtsgebäude als Festung – damit wollen sich auch Teile der Richter und Rechtsanwälte nicht abfinden. Schon drei Richter haben Prozesse vertagt, weil die Durchführung eines rechtsstaatlich einwandfreien Verfahrens nicht mehr gewährleistet sei. Referendare wurden nicht eingelassen, ein Rechtsanwalt sollte einen zeitaufwendigen Umweg über die Straße, verbunden mit neuen Kontrollen, anstatt eines Durchgangs benutzen, trotz Intervention des beteiligten Richters. Das sind einige Gründe der Richter gewesen.

Am vergangenen Dienstag, kurz bevor der zweite Verhandlungstag gegen Sieglinde Hofmann begann, hatte eine große Zahl von Strafverteidigern die Kontrollen in Gebäude B verweigert, etwa eine Stunde lang kam niemand mehr in das Gerichtsgebäude. In einem offenen Schreiben an die „Präsidenten des Landgerichts und des Oberlandesgerichts in Frankfurt/Main" forderte die „Vereinigung Hessischer Strafverteidiger e.V." die Justizverwaltung auf, die Kontrollen aufzuheben, um so „1. die Tätigkeit der Frankfurter Justiz wieder dem gesetzlich gebotenen Prinzip der Öffentlichkeit zu unterstellen (§ 169 GVG);
2. den in den Gebäuden täglich ihrer Arbeit nachgehenden Rechtsanwälten freien und unkontrollierten Zugang zu gewähren (Art. 2, 12 GG);
3. die durch die sogenannten Sicherheitsmaßnahmen eingetretene Verunsicherung und Veränstigung unter vielen Richtern und Justizbediensteten zu beseitigen." In dem Schreiben heißt es zum Schluß: „Kein Wunder, daß Justitia, die angeblich geschützt werden soll, selbst schon Neigung zeigt, aus der Zwingburg ins Exil zu gehen." (Mindestens ein Richter, der einen Prozeß vertagt hat, hat angeboten, auch an einem anderen Ort zu verhandeln.)

Die Verteidiger von Sieglinde Hofmann stützten auf die polizeilichen Schikanen, die schon einen militärischen Charakter annahmen, und auf die Erklärung der Strafverteidiger hierzu (wie auch auf die Vertagungsbeschlüsse einiger Richter) einen Antrag auf Einstellung des Verfahrens: Offensichtlich habe der Senatsvorsitzende keinen Einfluß auf diese Sicherheitsmaßnahmen, unter den gegebenen Bedingungen aber sei kein ordnungsgemäßes Verfahren möglich. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" hatte schon am 5. September festgestellt: „Oberlandesgerichtspräsident Friedrich Karl zur Megede allerdings sagte zu solchen Argumenten: ‚Wir wollen den Anschein eines Sonderverfahrens vermeiden.' Das nun ist zwar ein verständliches, doch ein kaum haltbares Argument, denn das Verfahren gegen Sieglinde Hofmann erfordert derart viele Sondermaßnahmen, daß auch nicht einmal der Schein eines üblichen Verfahrens übrigbleiben kann." Die Herren Richter (fünf an der Zahl) lehnten diesen Antrag ab. Ebenfalls den am 1. Prozeßtag von den Verteidigern gestellten, der die Einstellung des Verfahrens wegen Fehlern im Eröffnungsbeschluß verlangte.



Eine lange Schlange von Richtern, Rechtsanwälten, Gerichtsbesuchern bildete sich am 29.9. vor dem Frankfurter Gericht bei der Aktion einiger Rechtsanwälte.

Zur Entbindung des Pflichtverteidigers hat das Gericht noch nicht Stellung genommen. Am 2. Prozeßtag saß Fritz Steinacker, ohne ein Wort zu sagen, am Rande der Verteidigerbank, ohne seine Augen von den Richtern zu wenden. Schon seine Bestellung war eine Provokation, ist er doch „wegen seiner extensiven Wahrnehmung von Verteidigerrechten in NS-Prozessen bundesweit bekannt" („Frankfurter Rundschau", 23.9.). „Als überzeugte Antifaschistin und antiimperialistische Kämpferin, die sich auf Marx, Engels, und Lenin beruft", so hatten die Wahlverteidiger angeführt, könne die Angeklagte kein Vertrauen zu einem Anwalt haben, „der als Verteidiger von Naziverbrechern einschlägig bekannt ist". Steinacker selbst mußte schließlich, da die Farce einer Verteidigung von Sieglinde Hofmann durch ihn allzu deutlich wurde, seine Entpflichtung beantragen, nachdem er zuvor noch einige klägliche Rechtfertigungsversuche unternommen hatte.

Auch am zweiten Prozeßtag machten die Richter schon deutlich, daß sie die Rechte der Angeklagten zugunsten einer möglichst reibungslosen Prozeßführung bereitwillig einschränken werden: S. Hofmann wurde auf Antrag der Bundesanwälte für das Verfahren an diesem Tag ausgeschlossen, wegen „ungebührlichen Verhaltens", und da ihre Anwesenheit nicht erforderlich sei. Sie hatte versucht, eine Erklärung zu ihren Haftbedingungen und denen der anderen RAF-Gefangenen zu verlesen und zu dem angekündigten Hungerstreik. Nach nur fünf Worten wußte der Senatsvorsitzende schon Bescheid: nicht zur Sache gehörig. Er verbot ihr das Wort.



Veranstaltung in Wilster am 26. September gegen die Anklage gegen Michael und Markus, die beschuldigt werden, auf der letzten Brokdorf-Großdemonstration auf einen im Graben liegenden Polizisten eingeschlagen zu haben. Der Prozeß hat am 1.10. begonnen. Ebenfalls am 26. September demonstrierten in Itzehoe etwa 800 AKW-Gegner gegen den Prozeß, die die Polizei erneut zu einem massiven Einsatz nutzte.

Hamburg: Spekulant Ruppert gegen Instandbesetzer – Instandbesetzer gegen Ruppert

Veranstaltungen

Hamburg. Im Frühjahr wurden in Hamburg-Eppendorf drei Häuser des … Wohnungen frei wurden – den Mietern wurde gekündigt. Auf Druck einer … durch Büro- bzw. Eigentumshäuser zu höherem Gewinn zu kommen (Mopo-

den. Die Verteidiger von Sieglinde Hofmann verlangten Auskunft, was mit den Ausweisen geschieht, ob sie abgelichtet werden. Als wisse er dies nicht und müsse sich erst erkundigen, unterbricht der Vorsitzende Richter Schäfer die Verhandlung – und erklärt im Anschluß, die Angaben würden nur mit Sichtgeräten überprüft, keinesfalls aber gespeichert. Im Zuhörerraum glaubt ihm das keiner.

An Verhandlungstagen gleicht das Gerichtsgebäude von außen einer Festung (die Gebäude selbst sehen schon ohne die dann aufgefahrenen Wasserwerfer, die Videokameras, die Straßen- und Polizeisperren eher wie Gefängnisse aus). Und die Kontrollen gibt es nicht einmal nur an Verhandlungstagen. Ein Jahr lang, auf diese Dauer wird der Prozeß geschätzt, das Gerichtsgebäude als Festung – damit wollen sich auch Teile der Richter und



Eine lange Schlange von Richtern, Rechtsanwälten, Gerichtsbesuchern bildete sich am 29.9. vor dem Frankfurter Gericht bei der Aktion einiger Rechtsanwälte

Nürnberg
Droht ein neuer Weltkrieg, wie dagegen

gegen Sieglinde Hofmann erfordert derart viele Sondermaßnahmen, daß auch nicht einmal der Schein eines üblichen Verfahrens übrigbleiben kann." Die Herren Richter (fünf an der Zahl) lehnten diesen Antrag ab. Ebenfalls den am 1. Prozeßtag von den Verteidigern gestellten, der die Einstellung des Verfahrens wegen Fehlern im Eröffnungsbeschluß verlangte.

Zur Entbindung des Pflichtverteidigers hat das Gericht noch nicht Stellung genommen. Am 2. Prozeßtag saß Fritz Steinacker, ohne ein Wort zu sagen, am Rande der Verteidigerbank, ohne seine Augen von den Richtern zu wenden. Schon seine Bestellung war eine Provokation, ist er doch „wegen seiner extensiven Wahrnehmung von Verteidigerrechten in NS-Prozessen bundesweit bekannt" („Frankfurter Rundschau", 23.9.). „Als überzeugte Antifaschistin und antiimperialistische

Rundreise mit Vertretern der Sinn Fein/IRA:

ihn allzu deutlich wurde, seine Entpflichtung beantragen, nachdem er zuvor noch einige klägliche Rechtfertigungsversuche unternommen hatte.

Auch am zweiten Prozeßtag machten die Richter schon deutlich, daß sie die Rechte der Angeklagten zugunsten einer möglichst reibungslosen Prozeßführung bereitwillig einschränken werden: S. Hofmann wurde auf Antrag der Bundesanwälte für das Verfahren an diesem Tag ausgeschlossen, wegen „ungebührlichen Verhaltens", und da ihre Anwesenheit nicht erforderlich sei. Sie hatte versucht, eine Erklärung zu ihren Haftbedingungen und denen der anderen RAF-Gefangenen zu verlesen und zu dem angekündigten Hungerstreik. Nach nur fünf Worten wußte der Senatsvorsitzende schon Bescheid: nicht zur Sache gehörig. Er verbot ihr das Wort.

Hamburg: Spekulant Ruppert gegen Instandbesetzer – Instandbesetzer gegen Ruppert

Hamburg. Im Frühjahr wurden in Hamburg-Eppendorf drei Häuser des Kaputtbesitzers Heinz Ruppert besetzt. Bei diesen Besetzungen wurden ca. 25 Personen namentlich erfaßt. Gegen neun von ihnen, alle am 21.3.81 bei der Besetzung des Hauses Kellinghusenstr. 10 vorläufig festgenommen, läuft der erste Hamburger Instandbesetzerprozeß an.

Bei den in Eppendorf besetzten Häusern handelt es sich um drei- bis viergeschossige Altbauten, in der Kellinghusenstraße, Lenhardtstraße und Eppendorfer Landstraße. Beispiel Eppendorfer Landstraße 89:

Hier stehen nach ca. sechsjähriger Entwicklung von acht Wohnungen à 135 qm fünf leer. Systematisch wird versucht, die Bausubstanz dem Verfall zu überlassen. Das Dach wurde von den Noch-Bewohnern in eigener Regie repariert, die Türrahmen sind vor längerer Zeit zur „Reparatur" entnommen worden und nicht zurückgekehrt.

Beispiel Kellinghusenstraße 10:
Dieses Haus gehört zum Komplex Kunhardtstraße/Kellinghusenstraße. In diesem Komplex stehen inzwischen vier Häuser leer und sind weitgehend unbrauchbar. In mindestens drei Häusern sind ca. die Hälfte der Wohnungen unbewohnt und werden nicht weitervermietet.

Diese wohnraumzerstörende Vorgehensweise Rupperts ist ein seit elf Jahren andauernder und stetig wachsender Skandal. Dies wird besonders deutlich am Beispiel Kunhardtstraße. 1970 beantragte Ruppert für seine vier kurz vorher geerbten Häuser eine Umbaugenehmigung. Nach Erteilung dieser Genehmigung baute er allerdings nicht um, sondern sorgte dafür, daß alle Wohnungen frei wurden – den Mietern wurde gekündigt. Auf Druck einer Mieterinitiative erließ das Bezirksamt Hamburg-Nord zwischen 1974 und 1976 verschiedene Aufforderungen zur Mängelbeseitigung an den Häusern zur unverzüglichen Wiedervermietung. Ruppert legte Widerspruch ein.

In den Revisionsverhandlungen erklärt das Bundesverwaltungsgericht 1979, daß zwar Zwangseinweisungen nicht rechtlich seien, daß das Bezirksamt aber Bußgeldbescheide erlassen könne (welch Trost für alle Wohnungssuchenden).

Allerdings zahlt Ruppert nicht einmal die angesetzten DM 8000. Und wird für die Häuser der Kunhardtstraße sogar freigesprochen, da dem Amtsgerichtsurteil zufolge die Möglichkeit der Bußgelder erst mit Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes bestünde, seitdem seien die Häuser aber in einem derart schlechten Zustand, daß Ruppert sie gar nicht weiter vermieten könne und somit auch nicht gegen die Zweckentfremdungsverordnung verstoße. Mittlerweile gehören Ruppert ca. 150 leerstehende Wohnungen in 36 Häusern. Bußgelder gegen Ruppert sind in einer Höhe von DM 490000 anhängig, es wundert schon fast nicht mehr, daß Ruppert lieber vors Bundesverfassungsgericht zieht als zu zahlen.

Nur im Falle Eppendorfer Landstr. 89 (dort hatte eine zweitägige Besetzung stattgefunden) erklärte er sich bereit, die entstandenen Schäden zu beheben. Seit Mai steht dort ein einsames Gerüst, Arbeiter wurden noch nicht gesehen. Bußgelder müßten inzwischen neu erlassen werden.

H. Ruppert, dessen Bemühungen, durch die systematische Zerstörung von Wohnraum und dessen Ersetzung durch Büro- bzw. Eigentumshäuser zu höherem Gewinn zu kommen (Mopo-Interview vom 13.8.81), ihn schon häufiger vor den Kadi brachte, ist auch in der Frage Instandbesetzung unerweichlich. Als bislang einziges Hamburger „Opfer" von Hausbesetzungen besteht er darauf, daß derartige Fälle von Eigeninitiative Betroffener als Angriffe auf sein Eigentum verfolgt und bestraft werden. Recht auf Wohnen u.ä. interessiert ihn offensichtlich nicht. Selbst die SAGA hat alle Anzeigen auf Hausfriedensbruch zurückgenommen.

Wir meinen, daß Instandbesetzungen von seiten Betroffener ein geeignetes und notwendiges Mittel sind, gegen H. Rupperts „rechtswidrige Maßnahmen" (SPD-Flugblatt von 1976) vorzugehen und derzeitig eher dazu dienen, den Hausfrieden wieder herzustellen als ihn zu stören. Das übernimmt Ruppert schon alleine, indem er ihn mit den Häusern zerstört.

Deshalb: Nicht Instandbesetzer gehören vor Gericht, sondern Rupperts Wohnraumzerstörungen. Wir fordern alle mit den Hamburger Wohnverhältnissen Unzufriedenen auf, sich mit uns gegen die Kriminalisierung von Instandbesetzern zu wenden, indem sie die Mängel und Skandale auf dem Hamburger Wohnungsmarkt aufzeigen und anprangern und gleichzeitig gegen Verurteilungen und Prozesse gegen Instandbesetzer öffentlich Stellung nehmen.

Obligatorische Bitte: Wir brauchen Spenden für die Prozeßkosten.

Sonderkonto Initiative Wohnungssuchender, Hamburg-Nord, Haspa Kto Nr.: 1208/110146, BLZ 20050550

Angeklagte im ersten Instandbesetzerprozeß

Veranstaltungen

Nürnberg
Droht ein neuer Weltkrieg, wie dagegen kämpfen? – Diskussionsveranstaltung mit Hans-Gerhart Schmierer, Gaststätte Paumgartner, Paumgartnerstraße
Montag, 12. Oktober, 19.30 Uhr

Duisburg
Öffentliche Mitgliederversammlung zur „Kritik des Programms und der strategischen Konzeption des KBW – Stellung zu den Dokumenten der VI. o. DK", Gaststätte Columbus, Blütenstr. 68, Duisburg-Hamborn
Sonntag, 4. Oktober, 14.00 Uhr

Osnabrück
Diskussionsveranstaltung über „Stellung zum drohenden Krieg und Kampf dagegen" (KUK 6/81) mit Hans-Gerhart Schmierer, Uni-Erweiterungsgebäude, Raum 130
Mittwoch, 7. Oktober 1981, 19.30 Uhr

Göppingen
Veranstaltung des DGB-Kreis Göppingen mit Jakob Moneta, „Polen heute", Hotel „Goldenes Rad", Poststr. 37
Dienstag, 13. Oktober, 19.30 Uhr

Rundreise mit Vertretern der Sinn Fein/IRA:

Frankfurt, 2.10., Uni Frankfurt, 19.30 h (Raum wird noch bekannt gegeben) – **Kassel,** 3.10., Philipp-Scheidemann-Haus, Holländ. Str., 19.30 h – **Westberlin,** 5.10., Spektrum, Gneisenaustr. 42, 20.00 h – **Bremen,** 6.10., Konsul-Hackfeld-Haus, Birkenstr. 34, vorr. 20.00 h – **Hamburg,** 7.10., wird örtlich bekanntgegeben – **Kiel,** 8.10., wird örtlich bekanntgegeben – **Münster,** 9.10., Kath. Studentengemeinde, Frauenstr., 19.00 h – **Aachen,** 11.10., wird örtlich bekanntgegeben – **Marburg** 13.10., zu erfahren über Th. Bruns, Tel. 06421 /27688 – **Karlsruhe,** 14.10., Gaststätte Ziegler, Baumeisterstr., vorr. 20.00 h – **Offenburg,** 15.10., Gasthaus Brandeck, Zellerstr., vorr. 20.00 h – **Bochum,** 16.10., Haus der kath. Jugend, Humboldtstr., 19.30 h – **Stuttgart,** wird örtlich bekanntgegeben

Münster, 17.10., Zentrale Demonstration
10.30 Uhr, Hindenburgplatz

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Politik, Gesellschaft, Ideologie: Gerd Koenen, Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Lutz Plümer, Chérifa el-Masri, Gerd Koenen · Betrieb, Gewerkschaften, Sozialversicherungen: Michael Ackermann, Günther Kruse · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur, Wissenschaft: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1 DM, Jahresabonnement 50 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 8,40 DM); Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 4,20 DM); Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 2,30 DM) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234 · ISSN 0720-8898

Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

Neue Heimat als Vorreiter der „Linie der Vernunft“



Bild rechts: Knobelsdorffstraße 40, Instandbesetzungsarbeiten an den Fenstern trotz drohender Räumung.

nia. Westberlin. Sechs der acht in der vergangenen Woche vom Westberliner Senat geräumten Häuser gehören der gewerkschaftseigenen Neuen Heimat. Als vom Land Berlin beauftragter Sanierungsträger hatte sie die Häuser im Rahmen von Stadterneuerungsmaßnahmen mit öffentlichen Mitteln aufgekauft und entmietet, um sie kostenaufwendig zu sanieren.

In der Bülowstraße 89 zum Beispiel will sie aus 22 Wohnungen, die zwischen 2 DM/m² und 2,50 DM/m² Miete kosten und mit Gasetagenheizung, WCs und z.T. sogar Bädern ausgestattet sind, 29 Wohnungen mit Neubaustandard und einer Kaltmiete von 4,37 DM/m² machen. Dieses Haus hätte mit wenig Aufwand renoviert werden können; aber um staatliche Förderung nach §17, II. Wohnungsbaugesetz zu erhalten, sind „umfassende bauliche Veränderungen“ notwendig, was bei Häusern mit derart gutem Standard zu so unsinnigen Maßnahmen führt, wie Bäder an der einen Stelle herauszureißen und an einer anderen wieder einzubauen, oder aus der Gasetagenheizung eine Zentralheizung zu machen – was dann zu einer Kostenmiete von (in diesem Haus) 23,50 DM/m² führt, die aus unseren Steuern finanziert wird. Den Profit machen die Banken, bei denen die Neue Heimat die Kredite für die Baukosten aufnehmen muß.

Gegen diese Sanierung wandten sich die von den Instandbesetzern entwickelten Konzepte (S. KVZ 35/81). Aber die Durchführung dieser Konzepte hätte die Profite der Neuen Heimat vermindert; darum war sie nicht bereit, sich auf eine Diskussion über diese Konzepte einzulassen und ihre Bauanträge zurückzuziehen. Genauso bestand der Bausenator auf der Durchführung der einmal bewilligten Maßnahmen. Aus diesem Grund waren alle Bemühungen des Vermittlerkreises, zu einer friedlichen Lösung zu kommen, eigentlich von vorneherein zum Scheitern verurteilt.

Im Frühjahr war mit dem SPD-Senat die Möglichkeit einer Gesamtlösung durch ein Treuhandmodell diskutiert worden, doch der Senat zog die Verhandlungen solange hin, bis er nach den Wahlen sagen konnte: „Ich bin nur noch fünf Tage im Amt; jetzt kann ich es nicht mehr unterschreiben.“ Und gleichzeitig herauskam, daß bis zu diesem Zeitpunkt mit den Wohnungsbaugesellschaften überhaupt noch nicht über das Modell gesprochen worden war – so daß diese ganzen „Verhandlungen“ praktisch im luftleeren Raum stattgefunden hatten und sich als Wahlmanöver des Senats entpuppten.

Der neugewählte CDU-Senat verkündete dann als Fortsetzung der „Berliner Linie der Vernunft“, daß er „nur“ da räumen werde, wo alle rechtlichen Voraussetzungen für einen sofortigen Baubeginn vorlägen. Darüber hinaus erklärten der Bausenator und die Baustadträte in den Bezirken, sie seien jederzeit zu Gesprächen bereit. Der Bausenator lud sogar den Vermittlerkreis wieder ein, *nachdem* er Ende Juli auf einer Pressekonferenz die geplante Räumung von neuen Häusern bekanntgegeben hatte. Diese verbreitete Verhandlungsbereitschaft aber war nur eine Farce: Sie bestand darin, den Besetzern Angebote für Ersatzwohnraum zu machen, keineswegs aber darin, daß über die besetzten Häuser selber geredet werden durfte. Ein Eingehen der Besetzer auf diese Angebote hätte bedeutet, den Kampf um die besetzten Häuser aufzugeben. Überdies waren die meisten der Ersatzwohnungen entweder noch bewohnt, schon besetzt oder zum Abriß vorgesehen.

Initiator dieser Idee mit dem Ersatzwohnraum waren die Neue Heimat und die SPD im Bezirksamt Charlottenburg. Nach der ersten Besetzung im Sanierungsgebiet Klausener Platz hatten sie, um die in der Nehringstraße 34 geplanten Baumaßnahmen durchführen zu können, den Besetzern zwei Hinterhäuser angeboten, von denen allgemein bekannt war, daß sie für eine Schulerweiterung abgerissen werden sollen. Die Besetzer sollten sie in Eigenleistung instandsetzen und dann für drei oder vier Jahre Nutzungsverträge erhalten. Später sind diese Wohnungen dann den Besetzern in der Knobelsdorffstraße 40, 42 angeboten worden. Noch bevor das vom Innensenator gestellte Ultimatum abgelaufen war, war im Bauausschuß Charlottenburg aber der Abrißantrag der Neuen Heimat für diese Hinterhäuser vorgelegt worden.

Ein großer Teil der besetzten Häuser in Westberlin gehört senatseigenen Wohnungsbaugesellschaften. Aber die Neue Heimat war die einzige gemeinnützige Gesellschaft, die das vom Senat geplante Exempel unterstützte, indem sie die Strafanträge und Räumungsbegehren aufrecht erhielt. Damit hat sich die Neue Heimat zum Vorreiter einer Politik gemacht, die mit Hochmietenmodernisierung und Abriß zu immer größerer Wohnungsnot, zu einer ständigen Verschlechterung der Lebensbedingungen derer führt, zu deren Nutzen sie einstmals als gewerkschaftseigenes Unternehmen gegründet worden war.

Die Neue Heimat ist eine GmbH im Besitz des DGB und seiner Einzelgewerkschaften. Der DGB hat mit ⅓ die größte Beteiligung, dann folgen die IG Metall und die IG Bau Steine Erden, der Rest verteilt sich auf andere Gewerkschaften. Dem Aufsichtsrat gehören – nach dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 gewählt – Gewerkschaftsvorsitzende und Vertreter der Arbeitnehmer an. In der Neuen Heimat Berlin gehören zum Aufsichtsrat u.a. Walter Sickert als Vorsitzender des DGB Berlin, die Vorsitzenden der ÖTV, der GEW, der IG Metall. Das Stammkapital der Unternehmensgruppe von 60 Millionen stammt aus Gewerkschaftsbeiträgen.

In den Auseinandersetzungen um die Instandbesetzungen sind diese Tatsachen wieder in das Bewußtsein vieler Gewerkschafter gerückt. Sie haben versucht, mit Beschlüssen und der Übernahme von Patenschaften die Wohnungspolitik der Neuen Heimat anzugreifen. Diese Bewegung wird bisher vor allem von GEW, ÖTV und HBV getragen, während die Industriegewerkschaften nach wie vor zu großen Teilen die Neue Heimat-Politik unterstützen, obwohl sie den wohnungspolitischen Grundsätzen des DGB zuwiderläuft. In der BSE geht die Demagogie so weit, daß denen gegenüber, die die Instandbesetzer unterstützen, mit Ausschlußverfahren gedroht werden kann. Der Vorsitzende der BSE wagt es sogar zu behaupten, daß die Instandbesetzer an der Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter schuld seien. Und das, obwohl 50% der Arbeitslosen aus dem Tiefbaubereich sind, obwohl nach wie vor 1100 (der Senat am 26.9.) Häuser leer stehen und dort sofort mit Instandsetzung begonnen werden könnte.

Im Aufsichtsrat der Neuen Heimat hat Sickert für Räumung gestimmt; angesichts des Mißtrauensantrags der AL gegen Lummer hat er gemeinsam mit der DAG und der IHK eine Erklärung herausgegeben, die den Senat reinzuwaschen versucht. Von einer Demonstration gegen die Neue Heimat am 11.8. hat er sich noch im Nachhinein distanziert.

Der Aktionskreis der Gewerkschafter im DGB „Für eine Wende in der Wohnungspolitik“ schreibt in einer Broschüre zur Neuen Heimat: „Die Diskussion um die Wohnungspolitik der Neuen Heimat berührt gleichzeitg die Frage innergewerkschaftlicher Demokratie. Wir können es nicht länger hinnehmen, daß wir durch unsere Mitgliedsbeiträge die Praktiken der Neuen Heimat indirekt unterstützen und uns die Einflußnahme auf die wohnungs- und unternehmenspolitischen Aktivitäten verweigert wird. Unser Ziel sollte es sein, die Neue Heimat wieder stärker an die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder und der Mieter zu binden.“

Das ist dringend nötig. Der Senat denkt nicht daran, seine Taktik zu verändern. Aus der Erklärung Weizsäckers nach dem am Samstag stattgefundenen Gespräch zur Herstellung des „inneren Friedens“ ist deutlich geworden, daß er nach wie vor über „alternative Unterbringungsmöglichkeiten“ verhandeln will, und weitere Räumungen nur dann nicht stattfinden, wenn Gespräche *darüber* möglich sind. Bezeichnenderweise waren die Hausbesetzer zu diesem Gespräch nicht eingeladen worden: Nach wie vor findet der Dialog nicht mit ihnen statt, sondern die Regierenden reden *über* sie.

Von Jörg Frank
Fortschritte bei der Entwicklung einer Strategie in der Hochschulpolitik
Am 19. und 20.9. beteiligten sich in Marburg Mitglieder aus ca. 16 ASten und ca. 20 Basis- und Fachschaftsgruppen sowie linksunabhängigen Zusammenschlüssen am Bundesseminar der Basisgruppen. Hauptberatungsgegenstand war die Einschätzung der derzeitigen kapitalistischen Krise in der BRD und ihre Auswirkungen auf Hochschule und Wissenschaft sowie die Einschätzung der daraus resultierenden
lung einer revolutionären Theorie und Strategie in der Hochschule. Neben den erwähnten Themen war ein weiterer Schwerpunkt die Beratung der Vorbereitung der Friedensdemonstration am 10.10. in Bonn. Zugestimmt wurde der Kritik des „Göttin-
tik bestimmt auch die aktuelle Entwicklung des Hochschulsektors ... Es wäre verkürzt, die beschriebenen Verschlechterungen und staatlichen Eingriffe unter dem Stichwort „Rotstiftpolitik“ zusammenzufassen, was eine flächendeckende und allgemeine Ein-
tik, auf die anderen sozialen Bewegungen stützen. Uns Student/inn/en geht es nicht borniert um eine pauschale Erweiterung von Haushaltsposten für den entfremdeten Lehr- und Wissenschaftsbetrieb an der Uni oder pauschal um „mehr Geld“: Wir kämpfen
mus und Solidarität mit der sozialistischen Opposition in Osteuropa (Polen); Diskussion über Gegenmodelle von wissenschaftlicher Ausbildung und gebrauchswertorientierter wissenschaftlicher Qualifikation, Strukturen von Selbstverwaltung an der Hochschule. Den von der derzeitigen Mehrheitsfraktion des vds unter Bruch von Satzungsbestimmungen des Dachverbandes (sog. „AStentreffen“, mit dem der demokratische Beschluß einer vds-MV
träge zurückzuziehen. Genauso bestand der Bausenator auf der Durchführung der einmal bewilligten Maßnahmen. Aus diesem Grund waren alle Bemühungen des Vermittlerkreises, zu einer friedlichen Lösung zu kommen, eigentlich von vorneherein zum Scheitern verurteilt.
Im Frühjahr war mit dem SPD-Senat die Möglichkeit einer Gesamtlösung durch ein Treuhandmodell diskutiert worden, doch der Senat zog die Verhandlungen solange hin, bis er nach den Wahlen sagen konnte: „Ich bin nur noch fünf Tage im Amt; jetzt kann ich es nicht mehr unterschreiben.“ Und gleichzeitig herauskam,
Der Bausenator lud sogar den Vermittlerkreis wieder ein, nachdem er Ende Juli auf einer Pressekonferenz die geplante Räumung von neuen Häusern bekanntgegeben hatte. Diese verbreitete Verhandlungsbereitschaft aber war nur eine Farce: Sie bestand darin, den Besetzern Angebote für Ersatzwohnraum zu machen, keineswegs aber darin, daß über die besetzten Häuser selber geredet werden durfte. Ein Eingehen der Besetzer auf diese Angebote hätte bedeutet, den Kampf um die besetzten Häuser aufzugeben. Überdies waren die meisten der Ersatzwohnungen entweder noch bewohnt, schon besetzt oder zum Abriß vorgesehen.
Noch bevor das vom Innensenator gestellte Ultimatum abgelaufen war, war im Bauausschuß Charlottenburg aber der Abrißantrag der Neuen Heimat für diese Hinterhäuser vorgelegt worden.
Ein großer Teil der besetzten Häuser in Westberlin gehört senatseigenen Wohnungsbaugesellschaften. Aber die Neue Heimat war die einzige gemeinnützige Gesellschaft, die das vom Senat geplante Exempel unterstützte, indem sie die Strafanträge und Räumungsbegehren aufrecht erhielt. Damit hat sich die Neue Heimat zum Vorreiter einer Politik gemacht, die mit Hochmietenmodernisierung und Abriß zu immer größerer Wohnungsnot, zu
mat Berlin gehören zum Aufsichtsrat u.a. Walter Sickert als Vorsitzender des DGB Berlin, die Vorsitzenden der ÖTV, der GEW, der IG Metall. Das Stammkapital der Unternehmensgruppe von 60 Millionen stammt aus Gewerkschaftsbeiträgen.
In den Auseinandersetzungen um die Instandbesetzungen sind diese Tatsachen wieder in das Bewußtsein vieler Gewerkschafter gerückt. Sie haben versucht, mit Beschlüssen und der Übernahme von Patenschaften die Wohnungspolitik der Neuen Heimat anzugreifen. Diese Bewegung wird bisher vor allem von GEW, ÖTV und HBV getragen, während die Industriegewerkschaften nach wie vor zu großen
an die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder und der Mieter zu binden.“
Das ist dringend nötig. Der Senat denkt nicht daran, seine Taktik zu verändern. Aus der Erklärung Weizsäckers nach dem am Samstag stattgefundenen Gespräch zur Herstellung des „inneren Friedens“ ist deutlich geworden, daß er nach wie vor über „alternative Unterbringungsmöglichkeiten“ verhandeln will, und weitere Räumungen nur dann nicht stattfinden, wenn Gespräche darüber möglich sind. Bezeichnenderweise waren die Hausbesetzer zu diesem Gespräch nicht eingeladen worden: Nach wie vor findet der Dialog nicht mit ihnen statt, sondern die Regierenden reden über sie.

Fortschritte bei der Entwicklung einer Strategie in der Hochschulpolitik

Von Jörg Frank

Am 19. und 20.9. beteiligten sich in Marburg Mitglieder aus ca. 16 ASten und ca. 20 Basis- und Fachschaftsgruppen sowie linksunabhängigen Zusammenschlüssen am Bundesseminar der Basisgruppen. Hauptberatungsgegenstand war die Einschätzung der derzeitigen kapitalistischen Krise in der BRD und ihre Auswirkungen auf Hochschule und Wissenschaft sowie die Einschätzung der daraus resultierenden Politik der Regierung und der bürgerlichen Parteien. Im Mittelpunkt stand dabei das Interesse, ausgehend von den umfassenden sozialen und politischen Interessen der Studenten zur Entwicklung einer fortschrittlichen Perspektive und Strategie in der Politik gegenüber Hochschule und Wissenschaft zu kommen und somit auch eine selbständige Position gegenüber den reformistischen und revisionistischen Studentenverbänden beziehen zu können. Die Ergebnisse sind in einer von den Anwesenden verabschiedeten „Erklärung zur Konfrontationspolitik von Staat und Parteien im Hochschulbereich und zur notwendigen Antwort der Studentenbewegung im WS 81/82“ zusammengefaßt, die hier aufgrund mangelnden Platzes nur in kurzen Auszügen wiedergegeben ist. Sie beinhaltet auch eine Perspektive für die Kämpfe der Studenten gegen die Regierungspolitik über das Wintersemester hinaus, betont die Notwendigkeit der Förderung von politischer Bewußtheit in diesen Kämpfen und weist den Vorschlag von „bundesweitem Streik“ seitens MSB/SHB als unernst und nicht den tatsächlichen Bedingungen an den Hochschulen entsprechend zurück. Diese positiven Ansätze überwiegen gegenüber vorhandenen Mängeln bezüglich der Einschätzung der Weltlage, der Regierungssozialdemokratie und Gewerkschaftsführung, der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sowie des internationalen ökonomischen Zusammenhangs mit der Krise in der BRD und bieten so einen guten Ansatz für die weitere Diskussion über die Entwicklung einer revolutionären Theorie und Strategie in der Hochschule.

Neben den erwähnten Themen war ein weiterer Schwerpunkt die Beratung der Vorbereitung der Friedensdemonstration am 10.10. in Bonn. Zugestimmt wurde der Kritik des „Göttinger AKW-Arbeitskreises“ bezüglich der politischen Vorbereitung (Aufruf, Redner) der Demonstration (siehe KVZ 38, S. 5). Beschlossen wurde, den „Göttinger Aufruf“ zu unterstützen und zur Demonstration aufzurufen unter den Forderungen: Weg mit dem „Nach“rüstungsbeschluß, BRD raus aus der NATO, Auflösung aller Blöcke, atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, Vernichtung aller Atom- und Massenvernichtungswaffen.

Im folgenden Auszüge aus der „Marburger Erklärung“:

„... Die Verschärfung der innerimperialistischen Konkurrenz, ... die Beschneidung der Handlungsspielräume des Imperialismus, ... die rücksichtslose Austeritätspolitik der Hauptkonkurrenten, ... die wachsende Staatsverschuldung ... und die politischen Probleme bei der anstehenden Durchsetzung von technologischen Durchbrüchen, ... von denen die wesentlichen „zukunftsträchtigen“ Sektoren der BRD-Ökonomie abhängen, nötigen zu einer härteren Gangart gegen die Bevölkerung der BRD, zu einer umfassenden Weichenstellung in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft ... In den staatlichen Haushalten werden die konsumptiven Ausgaben zugunsten der investiven generell eingeschränkt ... (um) die Investitionstätigkeit durch die Aussicht auf spürbare Erhöhung der Profite anzuregen ...

Im Interesse der Kapitalverwertung werden die Lebens- und Reproduktionsgrundlagen auf breiter Front zerstört ... Die staatliche Sanierungspolitik bestimmt auch die aktuelle Entwicklung des Hochschulsektors ... Es wäre verkürzt, die beschriebenen Verschlechterungen und staatlichen Eingriffe unter dem Stichwort „Rotstiftpolitik“ zusammenzufassen, was eine flächendeckende und allgemeine Einebnung der Mittel für den Hochschulbereich suggeriert ... Die erwähnten Maßnahmen ... und die gegenwärtig verstärkt geführten Diskussionen um „Elitebildung“, „zuviel unqualifizierte Studenten“ und um „Ingenieure statt Lehrer“ weisen darauf hin, mit welchen Methoden Staat und Kapital den Widerspruch zwischen der *Notwendigkeit der Senkung* unproduktiver Ausgaben im Bildungsbereich und der *Ausrichtung* der Unis auf *aktuelle und strategische* Interessen der Kapitalverwertung zu lösen gedenkt: Konzentration auf das Wesentliche ... Die Ausstattung und materielle Absicherung ... wird differenziert (Benachteiligung der Geisteswissenschaften) ... Mit sozial selektiven Maßnahmen werden große Teile der Studentenschaft ausgegrenzt, ... artikulierte und bereits erkämpfte Errungenschaften und Bedürfnisse werden beseitigt und unterdrückt. Ein leistungsfähiger Kern soll an den Unis erhalten bleiben ...

„5. Daraus folgt, daß der Kampf der radikaldemokratischen und sozialistischen Studentenbewegung sich nicht auf bloße Abwehr von Kürzungen im Hochschulbereich und auf ständische Interessenvertretung beschränken darf. Vielmehr ist es notwendig, ihn zu verbinden mit der Artikulation unserer gesellschaftlichen, nicht nur aus dem Studentendasein resultierenden Interessen. Eine zu entwickelnde Widerstandsfront gegen die derzeitige Bildungspolitik kann sich dabei auf das Bündnis und die Verschränkung unseres Protests mit den anderen Betroffenen und Opfern der staatlichen Politik, auf die anderen sozialen Bewegungen stützen. Uns Student/inn/en geht es nicht borniert um eine pauschale Erweiterung von Haushaltsposten für den entfremdeten Lehr- und Wissenschaftsbetrieb an der Uni oder pauschal um „mehr Geld“: Wir kämpfen dafür, daß wir im Interesse der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Bevölkerung, im Interesse der verschiedenen sozialen Bewegungen und oppositionellen Bestrebungen in der BRD als Intellektuelle unsere Fähigkeiten für die Entwicklung einer menschlichen Gesellschaft einsetzen ... Dafür und für die Verwendung des gesellschaftlichen Reichtums in diesem Sinne treten wir ein; dies umfaßt auch unsere materielle Absicherung als Student/inn/en.

6. Die BASISGRUPPEN unterstützen alle Anstrengungen, die in dieser Richtung im Wintersemester und darüber hinaus eine fundamentelle Opposition und Bewegung an den ... Hochschulen gegen die Politik von Kapital, Staat und Parteien ... aufbauen helfen. Im Wintersemester kommt es u.E. darauf an, in breiten Diskussionen die beschriebenen Zusammenhänge bewußt zu machen und in dezentralen, selbstgewählten und möglichst koordinierten Aktionen unsere Perspektive des Widerstands zu fördern. Wir fordern vom vds, daß in einer pluralistischen und demokratischen Form die Auseinandersetzung über die anstehenden Probleme an die Hochschulen getragen wird: Analyse und Kritik der Ursachen der kapitalistischen Krise, vom „Modell Deutschland“ und dem Zusammenhang zur aktuellen Bildungspolitik; Perspektive der Friedensbewegung in Richtung Blockfreiheit und atomwaffenfreier Zone einerseits, direkter Aktionen gegen Kriegsvorbereitung und Militarismus in der BRD andererseits; Unterstützung der Befreiungskämpfe gegen Imperialismus und Solidarität mit der sozialistischen Opposition in Osteuropa (Polen); Diskussion über Gegenmodelle von wissenschaftlicher Ausbildung und gebrauchswertorientierter wissenschaftlicher Qualifikation, Strukturen von Selbstverwaltung an der Hochschule.

Den von der derzeitigen Mehrheitsfraktion des vds unter Bruch von Satzungsbestimmungen des Dachverbandes (sog. „AStentreffen“, mit dem der demokratische Beschluß einer vds-MV umgangen werden soll) betriebenen und angepeilten „bundesweiten Streik“ ohne Angabe konkreter Ziele lehnen wir ab. Er entspricht nicht den unterschiedlichen und ungleichzeitigen Bedingungen der einzelnen Hochschulen ...

– Entsprechend der Bedingungen an den einzelnen Fachbereichen und Hochschulen treten wir ein für direkte Aktionen gegen die Auswirkungen der Spar- und Konfrontationspolitik von oben mit dem Ziel, ohne Illusionen über die Erfolgsmöglichkeiten auf zentraler Ebene durch gezielte Regelverletzungen im Unibetrieb, Boykott- und Aneignungsaktionen, Streiks und z.B. Unterstützung von Hausbesetzungen gegen Wohnraumnot Teilerfolge zu erreichen. Wir suchen dabei das Bündnis mit den anderen Betroffenen der derzeitigen Politik, mit den BIs, Gewerkschaften ...

– Wir treten dafür ein, auf landesweiter Ebene entsprechend der konkreten Ausformung der Austeritätspolitik landesweite Aktionen durchzuführen (wie sie von verschiedenen Landesastenkonferenzen anvisiert werden).

– Wir fordern alle BG-ASten, BG-nahen ASten, linksunabhängigen ASten und oppositionellen ASten innerhalb der anderen Fraktionen auf, trotz unserer Kritik am Zustandekommen dieses Treffens am AStentreffen der vds teilzunehmen. Wir werden dort massiv unsere Kritik und Vorschläge einbringen und uns nicht an den geplanten Rahmen einer parteitagsähnlichen Jubelveranstaltung halten.“

Scharon-Plan soll zurückgestellt werden

chm. Die israelische Regierung hat am Sonntag erklärt, daß sie den von Kriegsminister Scharon vorgelegten Plan für die Verwaltung der besetzten Gebiete zurückstellen will. Der Plan sieht die Trennung von militärischer und ziviler Verwaltung vor; die militärische soll weiterhin in den Händen der israelischen Besatzungsmacht bleiben. Für die zivile Verwaltung hofft Scharon aus den Reihen der palästinensischen Kommunalpolitiker einige herausbrechen zu können, die nicht die PLO unterstützen, sondern bereit sind, an dem im Camp-David-Abkommen ausgearbeiteten Autonomiekonzept mitzuarbeiten – Regelung der kommunalen Angelegenheiten unter israelischer Herrschaft. Die israelische Regierung hatte ja in ihrer Erklärung zum Amtsantritt nach Begins Wahlsieg die Annexion des besetzten Westufers des Jordanflusses und des Gazastreifens nach Ablauf von 5 Jahren zum offiziellen Regierungsprogramm erhoben. Das Scheitern der letzten Runde der Autonomiegespräche mit Ägypten, die offenkundige Instabilität der Sadatregierung, wie sie sich in den Verhaftungswellen der letzten Wochen zeigt, haben die israelische Regierung offensichtlich zum Abwarten bewogen.

Oppositionsführer in Marokko verurteilt

chm. Wegen „Störung der öffentlichen Ordnung" wurde der Vorsitzende der USFP (Sozialistische Union der Volkskräfte), Abderrehim Bouabid, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Das gleiche Urteil erging gegen vier weitere Politbüromitglieder. Im Zentrum des Prozesses stand die Ablehnung des Referendums über die Westsahara durch die USFP(s. KVZ 37/81). Bewußt aus dem Prozeß herausgeklammert wurde die führende Rolle, die die USFP bei den Studenten- und Arbeiterdemonstrationen in Casablanca und in der Hauptstadt Rabat gespielt hat, wonach ihre politische Führung verhaftet worden war.

Meldungen über angebliche Vereinbarungen mit Son Sann

kvz. Die Regierung des Demokratischen Kampuchea hat Pressemeldungen dementiert, denen zufolge bei den Gesprächen in Singapur Einheit darüber hergestellt worden sei, daß Son Sann Premierminister einer künftigen Koalitionsregierung werden solle. Über die veröffentlichte 4-Punkte-Erklärung hinaus seien keine weitergehenden Vereinbarungen getroffen worden. Darüberhinaus kritisiert das Demokratische Kampuchea, daß im Gegensatz zu dieser Vereinbarung die anderen kampucheanischen Parteien ihre Angriffe gegen das Demokratische Kampuchea fortgesetzt hätten. Dies würde die Arbeit des vereinbarten Ad-hoc-Komitees der 3 Parteien keineswegs erleichtern.

Volkskräfte), Abderrehim Bouabid, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Das gleiche Urteil erging gegen vier weitere Politbüromitglieder. Im Zentrum des Prozesses stand die Ablehnung des Referendums über die Westsahara durch die USFP(s. KVZ 37/81). Bewußt aus dem Prozeß herausgeklammert wurde die führende Rolle, die die USFP bei den Studenten- und Arbeiterdemonstrationen in Casablanca und in der Hauptstadt Rabat gespielt hat, wonach ihre politische Führung verhaftet worden war.

Meldungen über angebliche Vereinbarungen mit Son Sann

kvz. Die Regierung des Demokratischen Kampuchea hat Pressemeldungen dementiert, denen zufolge bei den Gesprächen in Singapur Einheit darüber hergestellt worden sei, daß Son Sann Premierminister einer künftigen Koalitionsregierung werden solle. Über die veröffentlichte 4-Punkte-Erklärung hinaus seien keine weitergehenden Vereinbarungen getroffen worden. Darüberhinaus kritisiert das Demokratische Kampuchea, daß im Gegensatz zu dieser Vereinbarung die anderen kam-

Sozialistische Internationale gegen Nachrüstung

kvz. Die Delegierten aus 43 Ländern lehnten letzte Woche auf ihrer Konferenz in Paris die Produktion und Stationierung von Neutronenwaffen ab und forderten die Reduzierung oder den vollständigen Abbau der sowjetischen SS 20 Raketen. Sie sprachen sich auch gegen die ab 1983 geplante Stationierung amerikanischer Pershing-2-Raketen und Marschflugkörper aus. Begrüßt wurden die Bemühungen um die Schaffung atomwaffenfreier Zonen im Pazifik und in Nordeuropa.

Schweizer Regierung unter Druck der Kernkraftgegner

kvz. Mit Massendemonstrationen im ganzen Land, mit einer neuerlichen Besetzung des Baugeländes und mit aktivem Widerstand gegen eine Räumung durch Polizei und Armee haben Kernkraftgegner aus der Schweiz, aus Baden und dem Elsaß gedroht für den Fall, daß der Schweizer Bundesrat den Baubeginn an dem wenige Kilometer oberhalb Basels am Hochrhein geplanten KKW Kaiseraugst genehmigen werde. Kaiseraugst ist das Brokdorf der Schweiz. 1975 hatten hier einige tausend Leute mit einer elf Wochen dauernden Besetzung den vorläufigen Verzicht auf den Baubeginn und eine Verschärfung des Schweizer Atomgesetzes erzwungen. Das Verfahren liegt jetzt dem Parlament als letzter Entscheidungsinstanz vor. Der Bundesrat hat unter dem Druck der Bevölkerung bereits Verhandlungen mit dem Kraftwerkskonsortium aufgenommen mit dem Ziel, den Verzicht auf das Bauvorhaben, das schon jetzt rund eine Milliarde Franken gekostet hat, zu erwirken.

Friedensdemonstration in Italien

kvz. 50000 Menschen beteiligten sich am vergangenen Sonntag an einer Friedensdemonstration im italienischen Assisi, dem Geburtsort des heiligen Franz. Initiiert von pazifistischen Gruppen, hatten sich die KPI, viele Sozialisten, die drei großen Gewerkschaften und auch christlich-demokratische Gruppen dem Aufruf angeschlossen, der sich in der Hauptsache gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen im sizilianischen Comiso richtete. Mit dem Bau des Stützpunktes soll bereits nächstes Jahr begonnen werden, damit er 1984 betriebsfertig ist. Die italienische Regierung hat dem Nachrüstungsbeschluß der NATO voll zugestimmt – ohne dabei bislang auf viel Widerstand (mit Ausnahme der unmittelbar betroffenen Bevölkerung) gestoßen zu sein. Nach dem Friedensmarsch vom Sonntag aber könnte sich das rasch ändern. Der sozialistische Verteidigungsminister hat bereits reagiert und erklärt, die Amerikaner könnten im Emstfall nur dann ihre Cruise Missiles abschießen, wenn sie vorher die Genehmigung der italienischen Regierung eingeholt hätten.

dem Ziel, den Verzicht auf das Bauvorhaben, das schon jetzt rund eine Milliarde Franken gekostet hat, zu erwirken.

Friedensdemonstration in Italien

kvz. 50000 Menschen beteiligten sich am vergangenen Sonntag an einer Friedensdemonstration im italienischen Assisi, dem Geburtsort des heiligen Franz. Initiiert von pazifistischen Gruppen, hatten sich die KPI, viele Sozialisten, die drei großen Gewerkschaften und auch christlich-demokratische Gruppen dem Aufruf angeschlossen, der sich in der Hauptsache gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen im sizilianischen Comiso richtete. Mit dem Bau des Stützpunktes soll bereits nächstes Jahr begonnen werden, damit er 1984 betriebsfertig ist. Die italienische Regierung hat dem Nachrüstungsbeschluß der NATO voll zugestimmt – ohne dabei bislang auf viel Widerstand (mit Ausnahme der unmittelbar betroffenen Bevölkerung) gestoßen zu sein. Nach dem Friedensmarsch vom Sonntag aber könnte sich das rasch ändern. Der sozialistische Verteidigungsminister hat bereits reagiert und erklärt, die Amerikaner könnten im Emstfall nur

Pakistan verbietet Treffen afghanischer Widerstandskämpfer

Lage in Afghanistan und militärische Erfolge im Kampf gegen die SU

chm. Die pakistanische Regierung hat das Treffen, das von verschiedenen afghanischen Stämmen und politischen Organisationen für Ende September in Quetta an der pakistanisch-afghanischen Grenze geplant war, verboten. Die Stadtverwaltung sprach das Verbot aus mit der Begründung, die Afghanen könnten sich zwar als Flüchtlinge auf pakistanischem Territorium aufhalten, sie dürften sich jedoch nicht politisch betätigen. Das Treffen, bei dem eine gemeinsame politische Führung aus den im Exil bestehenden Parteien und den im Inland kämpfenden Stämmen gebildet werden sollte, war von den Stämmen vorgeschlagen worden. In den vergangenen Wochen war es wiederholt zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen der beiden Parteien, Hezb-i-islami und Jamaat-i-islami im Kampfgebiet gekommen, bei denen etwa 600 Menschen umgekommen sind. Die Führungen beider Organisationen sitzen im pakistanischen Peschawar. Beider Anteil an aktiven Kämpfern ist im Vergleich zum ersten Jahr nach der sowjetischen Invasion gestiegen. Die Versuche einer politischen Einigung, der letzte im vergangenen Frühjahr, sind jedoch bisher gescheitert. Die pakistanische Regierung will die Kontrolle über den afghanischen Widerstand nicht lockern. Eine einheitliche politische Führung, in der die im Innern kämpfenden Stämme eine entscheidende Rolle spielen, ist nicht so leicht zu gängeln wie Exilpolitiker.

Daß dieser fünfte Einigungsversuch gescheitert ist, erschwert sowohl die politischen als auch die militärischen Kampfbedingungen. Gegenüber dem vergangenen Jahr wird in allen Provinzen Afghanistans gegen die sowjetischen Invasoren gekämpft. Die Ausrüstung der Moudjahedin hat sich verbessert. Sie verfügen über schwere Maschinengewehre und panzerbrechende RPG 7. Die schweren Maschinengewehre sind nützlich gegen den Kampfhubschrauber MI 21, richten aber nichts aus gegen den MI 24 mit seiner Titaniumpanzerung. (Dafür wären sowjetische SAM 7 Raketen nötig!) Auch die Ausbildung der Kämpfer hat sich verbessert, weil sie immer mehr von ehemaligen (oder auch aktiven) Offizieren der afghanischen Armee durchgeführt wird.

Die afghanische Armee selbst hat inzwischen nicht nur mit dem Problem der Desertion zu kämpfen – inzwischen gibt es manche Bataillone, die nur aus 20 Soldaten bestehen (Im Vergleich dazu: Ein Bataillon der Infanterie in der Bundeswehr besteht aus 400 Soldaten.) Sie wird immer mehr von den Guerillas unterwandert, was z.B. die Sache mit den aktiven Offizieren, die zugleich Widerstandskämpfer ausbilden, verdeutlicht. Die SU muß immer mehr eigene Soldaten in die direkten Einsätze schicken, was auch der erklärten Taktik der Guerillas entspricht.

Die entscheidende Ringstraße, die vom sowjetischen Grenzfluß Amudarja über den Salangpaß um das Hindukuschgebirge herumführt und die wichtigsten Städte des Landes miteinander verbindet, ist nicht mehr zu sichern. Für die Strecke Kabul-Kandahar, das sind 450 km, braucht ein russischer Konvoi über zwei Tage.

Die innenpolitische Lage des Karmalregimes ist nicht besser. Die im Juni groß ins Leben gerufene „Nationale vaterländische Front" ist ein totgeborenes Kind geblieben. Die beiden Regierungsfraktionen der Khalq und der Parcham sind verfeindet wie eh. Offen ist, ob der Bestechungsversuch an die Großgrundbesitzer und Stammesfürsten fruchtet: Sie sollen das Land, was ihnen durch die Landreform abgenommen worden war, nicht nur zurückbekommen, sondern dürfen es auch an ihre Söhne weitervererben, wenn diese Söhne sich in der Armee verpflichten.

Außenpolitisch sieht es auch nicht rosiger aus: In Erwartung der Debatte in der 36. Vollversammlung der Vereinten Nationen und der sicheren Verurteilung der sowjetischen Invasion hat die SU den afghanischen Außenminister nach Indien geschickt. Von dort aus machte er den beiden Nachbarstaaten Iran und Pakistan den Vorschlag zu Dreiergesprächen unter UN-Aufsicht. Als Wink an die EG, die für eine internationale Konferenz plädiert hat, erklärte er die Bereitschaft der Karmalregierung, internationale Garantien der beiden Supermächte zu akzeptieren.

Pakistan und Iran haben den Vorschlag abgelehnt, da sie das Karmalregime nicht anerkennen. Um so ärgerlicher ist die pakistanische Einmischung in die inneren Angelegenheiten des afghanischen Widerstandskampfes, wie sie sich in dem Verbot der Konferenz von Quetta manifestiert.

gescheitert. Die pakistanische Regierung will die Kontrolle über den afghanischen Widerstand nicht lockern. Eine einheitliche politische Führung, in der die im Innern kämpfenden Stämme eine entscheidende Rolle spielen, ist nicht so leicht zu gängeln wie Exilpolitiker.

Daß dieser fünfte Einigungsversuch gescheitert ist, erschwert sowohl die politischen als auch die militärischen

ten Einsätze schicken, was auch der erklärten Taktik der Guerillas entspricht.
Die entscheidende Ringstraße, die vom sowjetischen Grenzfluß Amudarja über den Salangpaß um das Hindukuschgebirge herumführt und die wichtigsten Städte des Landes miteinander verbindet, ist nicht mehr zu sichern. Für die Strecke Kabul-Kandahar, das sind 450 km, braucht ein russischer Konvoi über zwei Tage.

der beiden Supermächte zu akzeptieren.

Pakistan und Iran haben den Vorschlag abgelehnt, da sie das Karmalregime nicht anerkennen. Um so ärgerlicher ist die pakistanische Einmischung in die inneren Angelegenheiten des afghanischen Widerstandskampfes, wie sie sich in dem Verbot der Konferenz von Quetta manifestiert.

Norwegische Regierung läßt in Alta weiterbauen

rbs.Norwegen. Die abtretende Arbeiterparteiregierung hat sich einen Gedenkstein gesetzt. Am Montag, dem 28.9., wurden in einer Nacht- und Nebelaktion die Bauarbeiten in Stilla wieder aufgenommen. Seit über 10 Jahren kämpfen die Samen um das Recht auf Selbstbestimmung über ihr Land. Der Schutz des Alta-Flusses ist dabei zum Kernpunkt geworden. Im Februar mußte die Regierung nach 30tägigem Hungerstreik und starkem Druck aus dem Ausland die Bauarbeiten aussetzen. Jetzt hat die „Volksaktion" erneut Aktionen angekündigt. Die Regierung hat das finnische Schiff „Wiking V" gemietet, um Polizei darin beherbergen zu können. Die finnische Seeleutegewerkschaft protestiert gegen diesen Schritt.



Verteilung der Stämme in Afghanistan

Nawal el Saadawi – eine ägyptische Revolutionärin in Sadats Gefängnissen

chm. Das einzige Buch, das von Nawal el Saadawi auf deutsch existiert, ist der Band „Tschador – Frauen im Islam".

Schon in den ersten Zeilen des Vorworts formuliert sie ihren Standpunkt zur Behandlung der Frauenfrage:

„Die Probleme der Frauen sind durch ihre Klassenzugehörigkeit ebenso bestimmt wie durch ihr Geschlecht." (S. I) Für die Frauen in den islamischen Ländern der Dritten Welt verlaufen die wichtigsten Kampflinien nicht zwischen „Religion und Gedankenfreiheit" oder zwischen „‚Frauenrechten' (im westlichen Sinne) und männlichem ‚Chauvinismus' " (S. XI). Ihr Kampf um Befreiung ist Teil des Kampfes ihrer Völker für die Befreiung ihrer wirtschaftlichen und menschlichen Ressourcen von der Kontrolle des Imperialismus. Diese Kontrolle durch den Imperialismus begünstigt die Herrschaft reaktionärer Klassen, die den Islam als Instrument der Unterdrückung der Frauen einsetzen.

An den zentralen Fragen der besonderen Unterdrückung der Frau: Abtreibungsverbot, ungleiche gesellschaftliche und berufliche Stellung von Mann und Frau, Empfängnisverhütung und Prostitution schildert Nawal anhand von Beispielen aus ihrer Praxis als Ärztin die Lage der ägyptischen Frauen, die durch eine reaktionäre Familiengesetzgebung noch besonders verschärft wird. Als eine spezifische Form der Unterdrückung stellt sie die besonders in Ägypten und im Sudan verbreitete Klitorisbeschneidung der Mädchen im Alter zwischen 7 und 10 Jahren dar. Um sicherzugehen, daß die Mädchen als Jungfrauen in die Ehe gehen, muß ihre natürliche Sexualität unterdrückt werden: 97,5% der Familien ohne Schulbildung und immerhin noch 66% der Familien mit Schulbildung unterwerfen ihre Töchter dieser Tortur, bei der die Klitoris, manchmal aber auch die kleinen und die großen Schamlippen von einer „daya", einer Art Hebamme, mit dem Rasiermesser herausgeschnitten werden.

Da aber die einzige gesellschaftliche Funktion der Frau darin besteht, Ehefrau und Mutter zu sein, wird sie dazu erzogen, ihren Körper als das einzig wertvolle zu betrachten, was ihr die Erfüllung dieser Funktion ermöglicht: – im krassen Widerspruch zur geforderten Unterdrückung der sexuellen Bedürfnisse. Nawal schildert eindringlich diese Widersprüchlichkeit, darin auch eigene Erfahrungen verarbeitend. Die Folgen für das Bewußtsein der Frauen und ihre psychische Gesundheit sind verheerend.

Nawal el Saadawi hat Pionierarbeit geleistet in der Untersuchung der Lage der ägyptischen Frau von einem revolutionären Standpunkt aus. Es ist wichtig, daß sie diese Arbeit fortsetzt und nicht in den Kerkern Sadats umkommt.

Presseerklärung des CON-Verlages (Auszug)

Uns erreichte die inzwischen von verschiedenen Korrespondenten bestätigte Nachricht, daß unsere Autorin Nawal el Saadawi (Titel: „Tschador – Frauen im Islam") der jüngsten Verhaftungswelle in Ägypten zum Opfer fiel.

Frau el Saadawi – Ärztin, Romanautorin und engagierte Schriftstellerin über die Probleme arabischer Frauen – fand sich nicht ab mit den Beschränkungen, die – wie ihr – den meisten Frauen dörflicher Herkunft durch religiöse und koloniale Unterdrückung auferlegt wurden und werden.

Sie gelangte als Ärztin in die Position der Leiterin des ägyptischen Gesundheitswesens. Ebenso engagiert wie in diesem Bereich setzte sie sich seit nunmehr 25 Jahren auch literarisch für die Frauen-Emanzipation ein.

Nachdem die ägyptische Zensur begann, ihre Arbeiten zu unterdrücken, verlegte sie ihren Publikationsort nach Beirut. Dennoch sorgte man dafür, daß sie vom Gesundheitsministerium entlassen wurde. Ihr erstes Sachbuch, „Frau und Sexualität" (1972), hatte die Feindschaft hochgestellter politischer und religiöser Autoritäten hervorgerufen

(...)

Es ist eine erschütternde Erfahrung, Nawal el Saadawi, deren Kampf eben auch der Wiederherstellung und Durchfechtung der ägyptischen nationalen Identität galt, nun in die Kerker des gegenwärtigen Regimes geworfen zu wissen. Sind Frauen wie sie tatsächlich so unerträglich und eine Bedrohung der gegebenen Herrschaft in Ägypten, daß man sich dort anders ihrer nicht mehr zu erwehren weiß?

So sehr dieser Gedanke viele bestärken wird, mit ihrem Kampf für Emanzipation fortzufahren, so sehr betrachten wir es als eine Selbstverständlichkeit der Solidarität, alles uns mögliche für die baldige Freilassung Nawal el Saadawis zu unternehmen.

Wir bitten um Solidaritätsbekundungen zur Weiterleitung an

edition CON
Westerdeich 38
28 Bremen 1
0421/540012
540013

Bremen 22. September 1981

Schwierigkeiten der Revolution in Thailand

Während das von den USA unterstützte Militärregime die politische Unterdrückung verschärft, wird die Souveränität Thailands durch Vietnam bedroht. Die Kommunistische Partei Thailands, die sich auf eine lange Tradition der Unabhängigkeit stützt und über große Erfahrungen im bewaffneten Kampf verfügt, steht vor komplizierten inneren und internationalen Problemen. Sie ist gegenwärtig dabei, ihre Strategie zu überprüfen. Den folgenden Artikel von Richard Frederick haben wir der amerikanischen Zeitung „The Call", herausgegeben von der CP/ML, entnommen.

Die revolutionäre Bewegung in Thailand befindet sich in den Backen eines sich zusammenziehenden Schraubstocks. Auf der einen Seite verschärft die von den USA unterstützte herrschende Klasse die Unterdrückung. Auf der anderen Seite unterminiert die Feindschaft der früheren Verbündeten, der Laoten und der Vietnamesen, die an zwei thailändischen Grenzen 19 von der Sowjetunion unterstützte Divisionen stehen haben, direkt die thailändische Bewegung.

Verwirrung in den eigenen Reihen, hervorgerufen durch die komplizierte Situation, hat zu einer umfassenden Überprüfung ihrer Strategie durch die kommunistische Partei Thailands geführt. Zahlreiche frühere Studenten und Arbeiterführer haben die Stützpunkte im Dschungel verlassen. Das von der Partei unterstützte Koordinationskomitee der Patriotischen und Demokratischen Kräfte ist zusammengebrochen.

Eine Geschichte von Spannungen

Die Spannungen mit Vietnam gehen auf das Jahr 1975 zurück, als sich die Vietnamesen weigerten, den Thailändern eroberte amerikanische Waffen zu geben und ihnen stattdessen russische Ausrüstungen anboten. Aus Sorge vor Ersatzteilproblemen und aus Furcht vor Abhängigkeit von der Sowjetunion wiesen die Thailänder dieses Angebot zurück. Sie wiesen auch das vietnamesische Angebot zurück, chinesische Waffen zu liefern, und zogen es vor, diese direkt von China zu beziehen.

Zu diesem Zeitpunkt kamen vietnamesische Kritiken an wichtigen Elementen der Strategie der Kommunistischen Partei Thailands (CPT) zum Vorschein. Die Vietnamesen sagten, die Thailänder würden die Arbeit in den Städten vernachlässigen, sie hätten die Chance vertan, nach dem demokratischen Sturz der Militärdiktatur 1973 die Macht zu ergreifen, und sie hätten zu Unrecht die Breschnewsche Version des proletarischen Internationalismus zurückgewiesen. Die Vietnamesen beschuldigten die CPT der sklavischen Übernahme chinesischer Positionen.

Interviews mit Kadern der CPT und Quellen in thailändischer Sprache zeigen, daß Vietnam und Laos bis zum Bruch im Jahre 1978 versuchten, die Führung der CPT auf ihre Standpunkte zu verpflichten. Ende 1976 und Anfang 1978 schlug Vietnam gemeinsame thailändisch-laotisch-vietnamesische Militäroperationen vor, um Teile von Thailand zu befreien. Die CPT wies diesen Vorschlag zurück. Sie war der Ansicht, daß ausländische Truppen die Unabhängigkeit ihrer Partei bedrohen würden. Und sie berücksichtige den Widerstand der öffentlichen Meinung in Thailand gegen einen solchen Kurs.

Als die Führung der CPT diesen Vorschlag zurückwies, trat Laos an die nordöstlichen regionalen Streitkräfte der Volksbefreiungsarmee Thailands heran und versuchte, diese Einheiten von der Zentrale abzuspalten. Spätere Berichte erwähnen vietnamesische Vorschläge an Mitglieder von Kulturgruppen der Volksbefreiungsarmee, die Führung der CPT auszuwechseln; nach einem solchen Wechsel würde bestimmt verstärkte vietnamesische politische und personelle Unterstützung einsetzen.

Zum Bruch kam es, als der vietnamesische Premierminister Pham Von Dong 1978 in Bangkok erklärte, daß Hanoi die Unterstützung der CPT einstellen werde und in Zukunft ASEAN, ein regionales Verteidigungsbündnis, dessen Mitglied Thailand ist, unterstützen werde. Im November unterzeichnete Vietnam ein Freundschafts- und Kooperationsabkommen mit der Sowjetunion, und in den folgenden 2 Monaten wurden die Kämpfer der CPT durch die früheren Bruderparteien aus den seit langem genutzten Zufluchtsstätten in Laos und Kampuchea vertrieben (zu diesem Zeitpunkt hatten vietnamesische Truppen bereits Kampuchea besetzt, Red.).

Im April 1979 nahm der laotisch-vietnamesische Widerstand gegen die CPT bewaffnete Formen an. Der Führer der laotischen Partei traf den damaligen thailändischen Ministerpräsidenten Kriangsak und unterzeichnete ein Abkommen, das zur Zusammenarbeit in der Unterdrückung von „Terroristen" entlang der gemeinsamen Grenze verpflichtete. Laos half sogar der thailändischen Regierung, Guerillastützpunkte der CPT auszumachen. Im Juli gab es dann Berichte über die Aufstellung einer pro-vietnamesischen „Nordöstlichen thailändischen Befreiungspartei" in Laos.

Im Anschluß an den Einfall vietnamsischer Truppen im Juni 1980 erließ die CPT einen Aufruf an alle patriotischen Kräfte einschließlich der Armee, sich gegen die vietnamesische Bedrohung zusammenzuschließen.

Was die CPT zu einer Bedrohung für Hanoi macht, ist die Tatsache, daß sie sich gegen die Sowjetunion und die USA gleichermaßen wendet und daß sie die Unabhängigkeit von Ländern und Bewegungen unterstützt. Daß sie in diesen Ansichten mit China übereinstimmt, ist die Grundlage der Beschuldigung Vietnams, die thailändische Partei sei eine Gruppe „maoistischer Banditen".

Meinungsverschiedenheiten mit China

Aber die CPT weist Behauptungen zurück, daß ihr Widerstand gegen Vietnam von blinder Zustimmung zu China herrühre. Während die CPT mit China im Kampf gegen den sowjetischen und dem regionalen vietnamesischen Expansionismus übereinstimmt, weisen die Thailänder auf Meinungsverschiedenheiten mit China in wichtigen Fragen hin.

Zum Beispiel betrachtet die Volksrepublik China die Sowjetunion als Hauptfeind und strategische Bedrohung der Völker der Welt. In diesem Zusammenhang haben die Chinesen diplomatische, politische und wirtschaftliche Schritte in Südostasien unternommen, um der Sowjetunion entgegenzutreten, was die Unterstützung der ASEAN einschließt. Die CPT aber hält daran fest, daß Vietnam und die Sowjetunion gegenwärtig eine mögliche Bedrohung Thailands darstellen, daß aber Bangkok und die USA noch den Hauptfeind für das thailändische Volk darstellen.

Die CPT weist auf diese Differenz hin, greift aber China nicht an. Stattdessen argumentiert die Partei, daß 1. die KP Chinas eine Partei an der Regierung sei, mit einer globalen Strategie, während die CPT eine kämpfende Partei ist, die sich vor allem mit den Problemen Thailands auseinandersetzt, 2. daß sich diese jeweiligen Herangehensweisen nicht notwendig ausschließen. Die Demokratische Front schreibt: „Ohne die Politik Chinas, die der Sowjetunion weltweit entgegentritt, wäre es in jedem bestimmten Teil der Welt schwierig, die Revolution zu verwirklichen."

Die CPT unterstützt auf Basis ihrer eigenen Erfahrungen ebenfalls das Demokratische Kampuchea. Sie respektierte den selbständigen Standpunkt der von Pol Pot geführten Regierung gegen beide Supermächte. Die thailändische Partei hatte von den Kampucheanern alle möglichen Formen an Unterstützung bekommen, Rückzugsgebiete, Schulen, Versorgung. Diese Geschenke waren nicht mit den Bedingungen verbunden, die die erwähnten vietnamesischen und laotischen Hilfsprojekte kennzeichneten. Auf der anderen Seite betrachtete die CPT viele politische Entscheidungen des Demokratischen Kampuchea als ultralinks und abenteuerlich. Ihre Kritik an solchen Maßnahmen wie der Politik der Abschaffung des Geldes, der Methoden bei der Evakuierung Phnom Penhs, Versäumnisse einer Einheitsfrontpolitik und eine unrealistische Einschätzung der Fähigkeit des Demokratischen Kampuchea, die Vietnamesen zurückzuschlagen, wurde aber nicht öffentlich geäußert.

Die Vietnamesen hatten die Strategie der thailändischen Partei kritisiert, die Städte von den Dörfern her einzukreisen. Einige beschlagnahmte Dokumente der CPT deuten darauf hin, daß die CPT die Frage der relativen Bedeutung anderer Kampffronten überprüft und der politischen Arbeit in den Städten und Dörfern eine größere Bedeutung beimißt. Es deutet aber nichts darauf hin, daß sie von einer Strategie abgeht, die sich auf die ländlichen Gebiete stützt, in denen immerhin ¾ der Bevölkerung Thailands leben.

Verschiedene Interviews mit den führenden Kadern in den nordöstlichen Gebieten, die Peter Kistermaker im Frühjahr 1980 durchführte, deuten darauf hin, daß die CPT ihre Linie hinsichtlich der Arbeit auf dem Land weiter ausarbeitet. Die Interviews zeigen zwei wichtige Unterschiede zwischen den thailändischen und den chinesischen Erfahrungen. Einer besteht darin, daß die thailändischen Bauern weniger Erfahrungen in Aufständen haben. Während die chinesische Partei von Anfang an in der Lage war, eine beträchtliche Volksarmee zu führen, mußte die CPT mit Massenarbeit auf unterstem Niveau anfangen und ihre Befreiungsarmee von Grund auf aufbauen. Um bewaffnete Kräfte zusammenzubringen, mußte sie zunächst sehr kleine Einheiten der Volksbefreiungsarmee Thailands aufbauen, um kleine Gebiete zu befreien.

Ein zweiter Unterschied betrifft die natürlichen und geografischen Grenzen der Macht des Feindes. Die chinesische Rote Armee konnte stabile Basen aufbauen, indem sie drei Bedingungen ausnutzte: isolierte Gebiete in Chinas gewaltigem Territorium, Rivalität zwischen den feindlichen imperialistischen Mächten in China und die Zerrüttung aller reaktionären Kräfte in China.

Die thailändische Partei aber steht dem Staat eines Feindes gegenüber, der von einer imperialistischen Macht beherrscht wird, in einem Land, in dem die reaktionäre Armee in der Lage ist, alle Gebiete zu erreichen. Die Thais sehen ihre Aufgabe darin, Stützpunkte in allen Teilen des Landes aufzubauen, um den Feind zu zwingen, seine Kräfte zu zersplittern. Die thailändische Partei wurde dadurch geschwächt, daß einige der Studenten- und Arbeiterführer, die nach dem blutigen Militärputsch 1976 zu den Basen der CPT geflohen waren, diese kürzlich wieder verlassen haben. Damals waren mehrere tausend in den Dschungel gegangen. Berichte sprechen davon, daß einige hundert zurückgegangen sind. Sie unterstützen die CPT in ihrem Widerstand gegen Moskau und Hanoi, kritisieren aber einen Mangel an innerparteilicher Demokratie und die ungenügende Entwicklung einer konkreten Strategie und eines konkreten Programms. In gewissem Umfang zeigen diese Verluste die Schwächen der Partei im Aufbau einer Einheitsfront und in der Nutzung der Fähigkeiten von Intellektuellen. Außerdem zeigen die Austritte die Schwierigkeiten städtischer Kader, sich den harten Bedingungen der Lebensumstände der Guerillas anzupassen.

Viele der Kritiken der Ausgetretenen beziehen sich auf Schwächen der Partei, Schwächen, die die CPT selber eingesteht.

Die heutigen Herausforderungen gehören zu den schwierigsten in der Geschichte der thailändischen Partei. Die Militärkredite der USA an die thailändische Regierung sind auf 80 Millionen angewachsen, ein Zuwachs von 60%. Chinesische Militärhilfe in großem Umfang ist nicht mehr erhältlich. Die Feindschaft von Laos und Vietnam und der Verlust einer Reihe von Kadern sind weitere negative Faktoren.

Aber die thailändische Revolution hat eine lange Geschichte der Unabhängigkeit. Sie hat starke Stützpunkte unter der laotischen Minderheit im Nordosten, unter den Bergstämmen im Norden und unter der muslimischen Bevölkerung im Süden. Heute bezeichnet die thailändische Regierung 45 der 73 Provinzen als „unruhig", was bedeutet, daß hier in bestimmtem Umfang kommunistische Aktivitäten festgestellt werden. Die Partei hat reguläre Streitkräfte von 12000 bis 15000 Mann, und Tausende anderer örtlicher Einheiten.

Wenn die Thailänder weiterhin thailändische Lösungen ihrer Revolution suchen, wird diese Partei mit ihrer unabhängigen Geschichte aus dem Schraubstock von innerer und internationaler Reaktion herauskommen, wie schwierig die Lage gegenwärtig auch sein mag.

Biologische Kriegführung der Sowjetunion

Was die USA jetzt beweisen, war schon länger bekannt / Beide Supermächte halten chemische und biologische Waffen im Arsenal

Demokratischen Kräfte ist zusammengebrochen.

Eine Geschichte von Spannungen

Die Spannungen mit Vietnam gehen auf das Jahr 1975 zurück, als sich die Vietnamesen weigerten, den Thailändern eroberte amerikanische Waffen zu geben und ihnen stattdessen russische Ausrüstungen anboten. Aus Sorge vor Ersatzteilproblemen und aus Furcht vor Abhängigkeit von der Sowjetunion wiesen die Thailänder dieses Angebot zurück. Sie wiesen auch das vietnamesische Angebot zurück, chinesische Waffen zu liefern, und zogen es vor, diese direkt von China zu beziehen.

Zu diesem Zeitpunkt kamen vietnamesische Kritiken an wichtigen Elementen der Strategie der Kommunistischen Partei Thailands (CPT) zum Vorschein. Die Vietnamesen sagten, die Thailänder würden die Arbeit in den Städten vernachlässigen, sie hätten die Chance vertan, nach dem demokratischen Sturz der Militärdiktatur 1973 die Macht zu ergreifen, und sie hätten zu Unrecht die Breschnewsche Version des proletarischen Internationalismus zurückgewiesen. Die Vietnamesen

Aufstellung einer pro-vietnamesischen „Nordöstlichen thailändischen Befreiungspartei" in Laos.

Im Anschluß an den Einfall vietnamsischer Truppen im Juni 1980 erließ die CPT einen Aufruf an alle patriotischen Kräfte einschließlich der Armee, sich gegen die vietnamesische Bedrohung zusammenzuschließen.

Was die CPT zu einer Bedrohung für Hanoi macht, ist die Tatsache, daß sie sich gegen die Sowjetunion und die USA gleichermaßen wendet und daß sie die Unabhängigkeit von Ländern und Bewegungen unterstützt. Daß sie in diesen Ansichten mit China übereinstimmt, ist die Grundlage der Beschuldigung Vietnams, die thailändische Partei sei eine Gruppe „maoistischer Banditen".

chen."

Die CPT unterstützt auf Basis ihrer eigenen Erfahrungen ebenfalls das Demokratische Kampuchea. Sie respektierte den selbständigen Standpunkt der von Pol Pot geführten Regierung gegen beide Supermächte. Die thailändische Partei hatte von den Kampucheanern alle möglichen Formen an Unterstützung bekommen, Rückzugsgebiete, Schulen, Versorgung. Diese Geschenke waren nicht mit den Bedingungen verbunden, die die erwähnten vietnamesischen und laotischen Hilfsprojekte kennzeichneten. Auf der anderen Seite betrachtete die CPT viele politische Entscheidungen des Demokratischen Kampuchea als ultralinks und abenteuerlich. Ihre Kritik an solchen Maßnahmen wie der Politik der

kleine Gebiete zu befreien.

Ein zweiter Unterschied betrifft die natürlichen und geografischen Grenzen der Macht des Feindes. Die chinesische Rote Armee konnte stabile Basen aufbauen, indem sie drei Bedingungen ausnutzte: isolierte Gebiete in Chinas gewaltigem Territorium, Rivalität zwischen den feindlichen imperialistischen Mächten in China und die Zerrüttung aller reaktionären Kräfte in China.

Die thailändische Partei aber steht dem Staat eines Feindes gegenüber, der von einer imperialistischen Macht beherrscht wird, in einem Land, in dem die reaktionäre Armee in der Lage ist, alle Gebiete zu erreichen. Die Thais sehen ihre Aufgabe darin, Stützpunkte in allen Teilen des Landes aufzubauen,

unter der laotischen Minderheit im Nordosten, unter den Bergstämmen im Norden und unter der muslimischen Bevölkerung im Süden. Heute bezeichnet die thailändische Regierung 45 der 73 Provinzen als „unruhig", was bedeutet, daß hier in bestimmtem Umfang kommunistische Aktivitäten festgestellt werden. Die Partei hat reguläre Streitkräfte von 12000 bis 15000 Mann, und Tausende anderer örtlicher Einheiten.

Wenn die Thailänder weiterhin thailändische Lösungen ihrer Revolution suchen, wird diese Partei mit ihrer unabhängigen Geschichte aus dem Schraubstock von innerer und internationaler Reaktion herauskommen, wie schwierig die Lage gegenwärtig auch sein mag.

Biologische Kriegführung der Sowjetunion

Was die USA jetzt beweisen, war schon länger bekannt / Beide Supermächte halten chemische und biologische Waffen im Arsenal

lup. Neu waren die Enthüllungen nicht, die der amerikanische Außenminister Haig über den Einsatz biochemischer Waffen durch die Sowjetunion in seiner Rede in Berlin angekündigt hatte, und die in New York das amerikanische Außenministerium in einer Pressekonferenz und gegenüber der UNO vorgebracht hat. Seit langem hat das Demokratische Kampuchea darauf hingewiesen, daß die vietnamesischen Invasionstruppen im Rahmen ihrer Ausrottungsstrategie auch biologische und chemische Waffen einsetzen. Es wurden auch Beweise vorgelegt: Bilder von Guerillakämpfern in Hospitälern, die Opfer dieser Waffen wurden. ASEAN-Staaten, insbesondere thailändische Militärs, haben diese Berichte bestätigt. Es gibt seit längerem Meldungen über den Einsatz von Giftgas in Laos, wo es vor allem gegenüber den aufständischen Bergstämmen von vietnamesischen Truppen angewandt wird. Auch afghanische Widerstandskämpfer haben über den Einsatz von Giftgas berichtet, wobei Meldungen davon sprachen, daß es sich um die gleichen Gifte handele wie in Kampuchea. Neu ist, daß diese Berichte offiziell durch die amerikanische Regierung aufgegriffen wurden, im Rahmen *ihres* ideologischen Kampfes gegen die Sowjetunion. Daß diese Enthüllungen von einer Macht kommen, die die bisher größten Einsätze von Giftgas in der Geschichte durchgeführt hat, in Vietnam durch Einsatz von Entlaubungsmitteln riesige Wälder vernichtet hat, sollte gleichwohl nicht davon abhalten, sich den Inhalt dieser Enthüllungen vor Augen zu führen: daß Waffen, die in ihren Wirkungen zu den unmenschlichsten gehören, gegen Völker eingesetzt werden, die durch einen Guerillakrieg für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit und Souveränität ihrer Länder, für den Abzug fremder Besatzertruppen kämpfen. Daß in Kampuchea biochemische Waffen von den Truppen eines Landes eingesetzt werden, das selber zu den Opfern ähnlicher Waffensysteme wurde, macht deren Kriegsführung nicht im geringsten humaner.

Als Beweis des Einsatzes solcher Waffen wurde Laub vorgelegt, das aus Kampfgebieten des Demokratischen Kampuchea stammt. Der amerikanischen Regierung zufolge wurden daran hohe Konzentrationen hochwirksamer Mykotoxine gefunden, die in Südostasien weder natürlich vorkommen noch von den dortigen Ländern aus eigener Kraft entwickelt werden können. Daß das Herstellungsland dieser Gifte die Sowjetunion ist, wurde nicht behauptet; man wird es vernünftigerweise nicht bezweifeln können. Die Wirkung dieser Gifte sind Brechreiz, Hautjucken, Nasenbluten und Beulen auf der Haut, gewöhnlich tritt daraufhin der Tod innerhalb einer Stunde ein.

Schon vor ihrem ersten, massenhaften Einsatz im I. Weltkrieg wurden giftige Kampfstoffe und Gase international geächtet, durch die Haager Konferenzen von 1899 und 1907, in Vertragstexten allerdings, die es dem deutschen Imperialismus ermöglichten, Giftgaseinsätze zu beginnen, die zwar den Inhalt, nicht aber den Wortlaut der entsprechenden Abkommen verletzten. Berichte über Giftgaseinsätze von deutscher, englischer, französischer oder russischer Seite gehören zu den erschütterndsten Zeugnissen des I. Weltkrieges. Schätzungen zufolge wurden eine Millionen Menschen Opfer von Giftgasangriffen, 65000 starben daran. Nach dem I. Weltkrieg wurden diese Waffen erneut durch das Genfer Protokoll von 1925 geächtet, was die führenden imperialistischen Mächte nicht daran hinderte, solche Waffen weiter zu produzieren. Insbesondere der deutsche Faschismus hat während des II. Weltkriegs die Entwicklung von Giftkampfstoffen gewaltig forciert, unter anderem durch Versuche an KZ-Häftlingen.

Nach dem II. Weltkrieg wurde vor allem Vietnam, aber auch Kampuchea und Laos zum Haupteinsatzgebiet chemischer Waffen, vor allem von Entlaubungsmitteln. Hier zeigte sich auch, daß heute neben den Kernwaffenpotentialen der beiden Supermächte auch ihre biologischen und chemischen Arsenale gefährliche Waffensysteme bilden, die vor allem Völker der Dritten Welt bedrohen, die durch Guerillakriege gegen fremde Besatzer kämpfen.

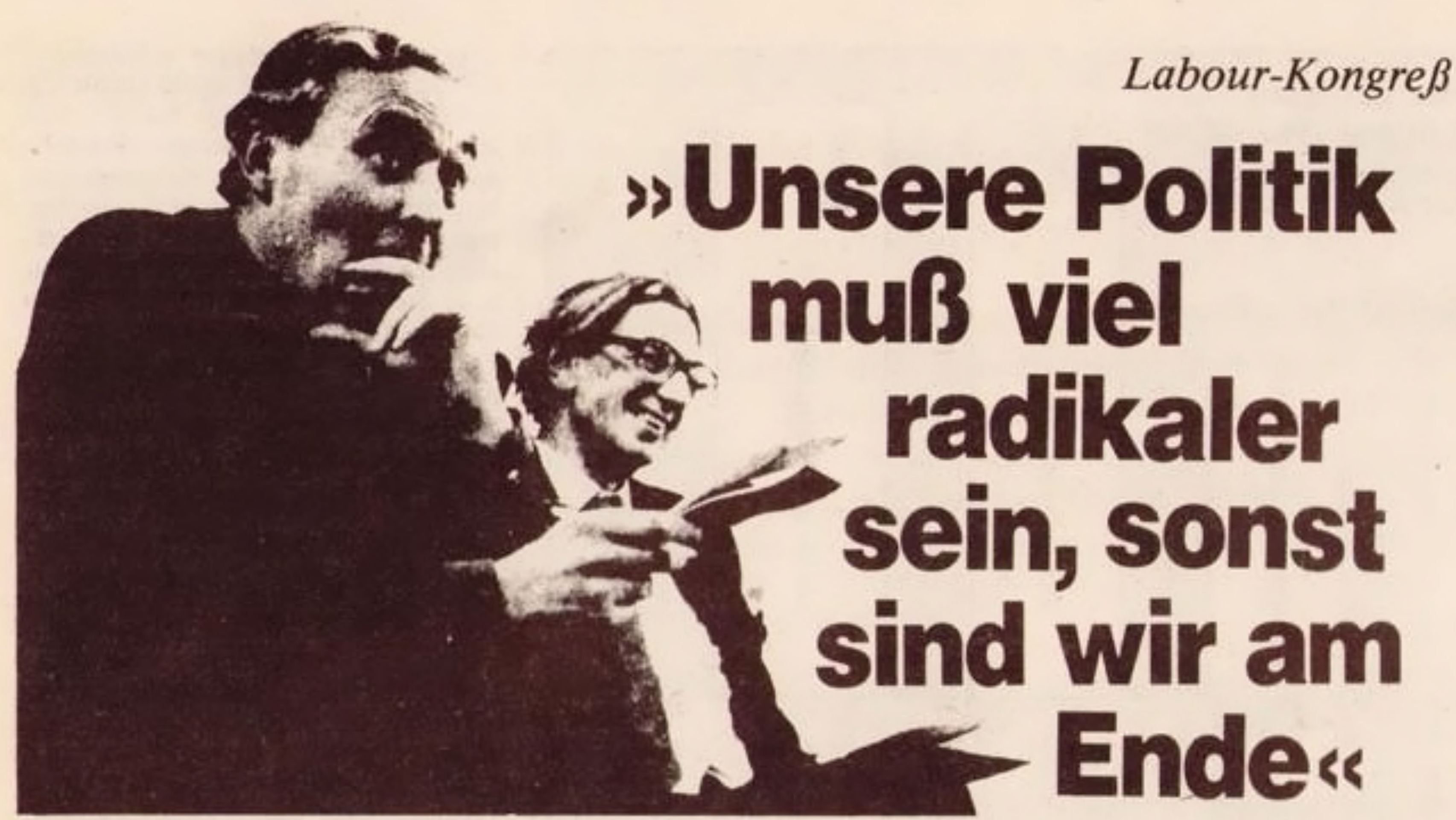
Gestützt auf die Genfer Konvention von 1925 – die nach wie vor gültig, aber u.a. von den USA nicht ratifiziert ist – hat die UNO eine 1975 in Kraft getretene Konvention verabschiedet, die die Herstellung, Lagerung und den Einsatz biologischer Waffen verbietet und deren Vernichtung fordert. In dieser Konvention ist auch die rasche Herbeiführung einer weiteren Konvetion über das Verbot chemischer Waffen gefordert. über die seit Jahren verhandelt wird, was aber angesichts verschiedener Manöver seitens der USA und der Sowjetunion bislang nicht zu Ergebnissen geführt hat. Verbot und Vernichtung aller atomaren *und* chemischen sowie biologischen Waffen bleibt eine aktuelle Forderung.



Breschnew erprobt in Indochina die biologische Kriegsführung. „Ein nützliches Experiment" lautet der Untertext der „Far Eastern Economic Review", der wir die Karikatur entnommen haben.

Labour-Kongreß

»Unsere Politik muß viel radikaler sein, sonst sind wir am Ende«



cof. Kein Grund zum Jubeln für Denis Healey – ehemals Verteidigungsminister, dann Schatzkanzler – nach seinem 0,8%-Sieg über den Kandidaten der Linken bei der Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden der Labour Party. „Besiegt wurde bei dieser Wahl der Mann Tony Benn, nicht aber sein politischer Kurs und sein politisches Programm", kommentiert die Presse. Benn selbst, dem noch Anfang des Jahres kaum eine Chance für diesen Posten des vermutlichen Nachfolgers des gemäßigt linken Parteiführers Michael Foot und damit des Premiers im Fall eines Wahlsiegs von Labour eingeräumt wurde, hält seine knappe Niederlage für einen „großen Sieg", „denn das Duell der Argumente haben wir gewonnen". Schließlich votierten eine starke Minderheit der gewerkschaftlichen Wahlmänner und mehr als drei Viertel der Vertreter der Einzelmitglieder aus den Wahlkreisen für sein Programm, das der Parteitag zumindest in folgenden Punkten bestätigen wird: einseitige Abrüstung, keine amerikanischen Atombasen auf britischem Boden und Abbau britischer Atomwaffen, Austritt aus der EG ohne neues Referendum.

Ob das der Parteilinken aber im nächsten Jahr die Mehrheit in der Partei und in drei oder vier Jahren einen Labour-Wahlsieg bringen wird, hängt von ganz unterschiedlichen Faktoren ab. Daß die Thatcher-Regierung mit ihrer streng monetaristischen Politik, also dem freien Spiel der Marktkräfte bei Senkung staatlicher Investitionen und Subventionen, hohem Zinsniveau, Abbau des öffentlichen Dienstes und der Sozialleistungen, dazu Druck auf die Lohnabschlüsse, weder die Inflation dauerhaft bremsen noch die horrende Arbeitslosigkeit (inzwischen offiziell 3 Mio.) beseitigen und so unter ihren Arbeiterwählern immer kleinere Blumentöpfe gewinnen kann, ist absehbar. – Wieweit das gerade in Gang gekommene Bündnis zwischen den „modernen", aus der Labour Party ausgetretenen Sozialdemokraten der SDP und den Liberalen tragen wird, ist fraglich. Wenigstens in der Frage der Stationierung amerikanischer Atomraketen – die Mehrheit der Liberalen ist dagegen – gibt es hier von Anfang an Risse, wie bei Labour auch. Begünstigt wird diese Kraft der „neuen Mitte" wohl eher durch die Suche nach einer Alternative bei den Kapitalisten, aber auch auf Seiten der Arbeiter. Der Sieg der Tories vor 2 Jahren war weniger ein Erfolg der Rechten, als vielmehr durch die Abstinenz traditioneller Labourwähler zustandegekommen. Hatte doch gerade die Arbeiterklasse mit „ihrer" Partei hauptsächlich schlechte Erfahrungen gemacht: Wilson und Callaghan betrieben den Versuch der Bindung der Gewerkschaften durch Lohnleitlinien und die Einschränkung des Streikrechts, die versprochenen Investitionskontrollen über sogenannte Planungsabkommen blieben aus; man unterwarf sich dem Diktat des IWF, der selbst eine sozialdemokratische Politik mit hohen Staatsausgaben verbot, wie Tony Benn anmerkt. Die „ehrenwerten und hart arbeitenden" Minister und Abgeordneten fühlten sich an kein Wahlprogramm gebunden; bis zur Reform des innerparteilichen Wahlverfahrens vom Januar dieses Jahres entschieden sie allein auch über den Parteivorsitzenden und damit über den Autor der Wahlplattform.

Genau diesen Kurs aber verfolgt ein Denis Healey (weshalb auch Foot über dessen Wahl nicht gerade glücklich ist, obwohl er andererseits für den Fall eines Siegs von Tony Benn mit Rücktritt drohte). Daß Healey die Mehrheitspositionen der Parteitage nicht trägt, gibt er offen zu. Sein Programm: öffentliche Investitionen mit den Geldern, die die Thatcher einzusparen verspricht, keine Importkontrollen, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch „freiwillige Lohn- und Preisbeschränkungen" (die Briten werden sich an die zweifelhaften Erfolge dieses famosen Vorschlags aus den 60er Jahren erinnern) – und auf keinen Fall Bindung der Unterhausfraktion an die Beschlüsse der Mitglieder. Als „Versuch, den Kapitalismus besser zu handhaben als die Tories", hat Benn das vor seiner in der „Kampagne für Demokratie in der Labour Party" zusammengeschlossenen Basis gebrandmarkt.

Wird es der Partei- und Gewerkschaftslinken gelingen, einerseits die teilweise arg verknöcherten Strukturen all der vielen Berufsgewerkschaften und die damit einhergehenden ständischen Elemente (z.B. lehnen die Bankangestellten die Verstaatlichung der Banken aus Furcht um ihre Privilegien ab) mit Hilfe eines alternativen Programms umzukrempeln, und andererseits die angestrebte Sammlungsbewegung, das Bündnis mit „der Frauenbewegung, der Bewegung der Schwarzen, der Ökologiebewegung, der Friedensbewegung, den ländlichen radikalen Bewegungen und den religiösen Bewegungen, die Monetarismus und Militarismus ablehnen", herzustellen und „diejenigen Sozialisten miteinzubeziehen, die in sektiererischer Einsamkeit isoliert worden sind"? Die Stärkung der Demokratie in der Partei, Ehrlichkeit und Optimismus allein werden das nicht bringen. Die Konkretisierung dessen, was z.B. Benn unter dem „Kampf um Demokratie – plus Analyse und einem richtigen Sinn für Moral – die Hauptinhalte des Sozialismus" versteht, zeichnet sich erst allmählich ab. Aufbau von Betriebsgruppen und politischen Schulungen, Dezentralisierung zugunsten der Regionen und Kommunen, Übertragung der Macht der Unternehmen „auf die Seite der Arbeit" durch Planungsabkommen, die den Beschäftigten als ersten Schritt auf dem Weg zur Selbstbestimmung Mitbestimmungsrechte auch in der Unternehmensführung sichern sollen – schön und gut, aber halt vage. Eine Einschätzung des Feindes, des Widerstands der herrschenden Klasse und überhaupt des Mechanismus ihrer Herrschaft – das erscheint bislang bei den Linken allzu unterbelichtet.

„Die sozialistischen Alternativen"
(aus dem Entwurf des Labour-Vorstands)

Die Werte des Sozialismus werden von vielen Leuten nur verzerrt und durch den verhangenen Filter der Medien wahrgenommen. Viele verbinden mit Sozialismus eine nicht funktionierende Verwaltung und eine gesichtslose Bürokratie, zentralisierte Macht und hohe Steuern. Deshalb ist es wichtig, daß wir einfach und klar sagen, was Sozialismus für uns bedeutet. Wir treten ein für:

Arbeit für alle: Wir glauben, daß das Recht zu arbeiten ein fundamentales demokratisches Recht ist, und daß deshalb Arbeit für alle vorhanden sein sollte, die arbeiten wollen. Die Arbeit sollte gesichert und erfüllend sein, sie sollte angemessen gezahlt werden und es ermöglichen, verschiedene Bedürfnisse miteinander zu vereinbaren; besonders das Bedürfnis derjenigen, die bezahlte Arbeit mit der Kindererziehung kombinieren wollen.

Gemeinschaftseigentum: Wir halten es für falsch, das private Individuen mittels ihres Eigentums an den Produktionsmitteln den Nutzen aus der kollektiven Anstrengung anderer ziehen und eine unerträgliche Macht über das Leben anderer ausüben können. Gemeinschaftseigentum kann verschiedenen Formen annehmen – öffentliche Unternehmen, Arbeiterkooperativen, kommunale Genossenschaften und Eigentum, das auf einem Kapitalfonds der Arbeiter beruht. Unser langfristiges Ziel ist es, durch diese einzelnen Formen das Privateigentum durch kolektives Eigentum zu ersetzen.

Planung der Ressourcen: Die Basis der kapitalistischen Ökonomie ist das freie Streben der Konzerne und Banken nach dem höchst privaten Profit, und die Arbeiter werden als ersetzbare und willkürlich abschiebbare Kräfte behandelt. Wir glauben, daß die Allgemeinheit ein Recht hat, ihre Ressourcen nach ihren Bedürfnissen einzusetzen und zu verplanen, indem sie sowohl unsere Interessen als Verbraucher als auch unsere Rechte als Produzenten berücksichtigt. Wir treten für die gesellschaftliche Kontrolle der Produktion ein und nicht für die Anarchie des Marktes.

Eine demokratische Wirtschaft: Unsere großen Kapitalgesellschaften erheben sich wie feudale Enklaven aus unserer politischen Demokratie. Wir halten es für verkehrt, daß wir jedes Recht über unsere Lebensweise verlieren, wenn wir in das Fabriktor oder die Bürotür treten, außer auf den Gebieten, wo wir uns durch gewerkschaftliche Organisation verteidigen können. Demokratie in der Arbeit ist das wesentliche Gegenstück zur politischen Demokratie.

Wirtschaftliche und soziale Gleichheit: Unserer gegenwärtige Gesellschaft ist zerrissen durch systematische und sich gegenseitig verstärkende Unterschiede des Einkommens und des Wohlstands – und im Zugang zu Wohnungen, zur Gesundheitsversorgung und zur Erziehung. Fortschritt zu besserer Gleichstellung verlangt eine andere Verteilung und die Öffnung des Zugangs zu kollektiven Einrichtungen.

Rechte der Frauen: Während die Tories versuchen, die untergeordnete Stellung der arbeitenden Frauen aufrechtzuerhalten und das traditionelle Rollenverhältnis zu stärken, tritt Labour für wirkliche Rechte der Frauen ein. Wir wollen die gleichen Rechte und den gleichen Status zwischen Frauen und Männern vervollständigen – in der Beschäftigung, in der Bezahlung, in der Kindererziehung und in der Besteuerung. Diese Forderung verlangt positive Aktionen, um immer noch bestehende Ungleichheiten zu beseitigen und die sozialen Verhaltensweisen zu überwinden, die sie verstärken.

Ein besseres Leben: Wir glauben, daß ein größerer Teil der gesellschaftlichen Ressourcen für die Verbesserung der Lebensqualität im weitesten Sinne und die Erhaltung der Umwelt, für bessere Freizeiteinrichtungen und zur Unterstützung von Kunst und Kultur verwendet werden sollte.

Internationale Zusammenarbeit in der Entwicklungshilfe: Im Gegensatz zum aggressiven Nationalismus der Außenpolitik der Tories und der Pfennigfuchserei ihres Hilfsprogramms ist die Labour Party für die internationale Zusammenarbeit zwischen unabhängigen Ländern, für die Unterstützung der Entwicklung und eine massive Übertragung von Hilfsquellen an die dritte Welt.

chael Foot und damit des Premiers im Fall eines Wahlsiegs von Labour eingeräumt wurde, hält seine knappe Niederlage für einen „großen Sieg", „denn das Duell der Argumente haben wir gewonnen". Schließlich votierten eine starke Minderheit der gewerkschaftlichen Wahlmänner und mehr als drei Viertel der Vertreter der Einzelmitglieder aus den Wahlkreisen für sein Programm, das der Parteitag zumindest in folgenden Punkten bestätigen wird: einseitige Abrüstung, keine amerikanischen Atombasen auf britischem Boden und Abbau britischer Atomwaffen, Austritt aus der EG ohne neues Referendum.

Ob das der Parteilinken aber im nächsten Jahr die Mehrheit in der Partei und in drei oder vier Jahren einen Labour-Wahlsieg bringen wird, hängt von ganz unterschiedlichen Faktoren ab. Daß die Thatcher-Regierung mit ihrer streng monetaristischen Politik, also dem freien Spiel der Marktkräfte bei Senkung staatlicher Investitionen und Subventionen, hohem Zinsniveau, Abbau des öffentlichen Dienstes und der Sozialleistungen, dazu Druck auf die Lohnabschlüsse, weder die Inflation dauerhaft bremsen noch die horrende Arbeitslosigkeit (inzwischen offiziell 3 Mio.) beseitigen und so unter

Alternative bei den Kapitalisten, aber auch auf Seiten der Arbeiter. Der Sieg der Tories vor 2 Jahren war weniger ein Erfolg der Rechten, als vielmehr durch die Abstinenz traditioneller Labourwähler zustandegekommen. Hatte doch gerade die Arbeiterklasse mit „ihrer" Partei hauptsächlich schlechte Erfahrungen gemacht: Wilson und Callaghan betrieben den Versuch der Bindung der Gewerkschaften durch Lohnleitlinien und die Einschränkung des Streikrechts, die versprochenen Investitionskontrollen über sogenannte Planungsabkommen blieben aus; man unterwarf sich dem Diktat des IWF, der selbst eine sozialdemokratische Politik mit hohen Staatsausgaben verbot, wie Tony Benn anmerkt. Die „ehrenwerten und hart arbeitenden" Minister und Abgeordneten fühlten sich an kein Wahlprogramm gebunden; bis zur Reform des innerparteilichen Wahlverfahrens vom Januar dieses Jahres entschieden sie allein auch über den Parteivorsitzenden und damit über den Autor der Wahlplattform.

Genau diesen Kurs aber verfolgt ein Denis Healey (weshalb auch Foot über dessen Wahl nicht gerade glücklich ist, obwohl er andererseits für den Fall eines Siegs von Tony Benn mit Rücktritt

pitalismus besser zu handhaben als die Tories", hat Benn das vor seiner in der „Kampagne für Demokratie in der Labour Party" zusammengeschlossenen Basis gebrandmarkt.

Wird es der Partei- und Gewerkschaftslinken gelingen, einerseits die teilweise arg verknöcherten Strukturen all der vielen Berufsgewerkschaften und die damit einhergehenden ständischen Elemente (z.B. lehnen die Bankangestellten die Verstaatlichung der Banken aus Furcht um ihre Privilegien ab) mit Hilfe eines alternativen Programms umzukrempeln, und andererseits die angestrebte Sammlungsbewegung, das Bündnis mit „der Frauenbewegung, der Bewegung der Schwarzen, der Ökologiebewegung, der Friedensbewegung, den ländlichen radikalen Bewegungen und den religiösen Bewegungen, die Monetarismus und Militarismus ablehnen", herzustellen und „diejenigen Sozialisten miteinzubeziehen, die in sektiererischer Einsamkeit isoliert worden sind"? Die Stärkung der Demokratie in der Partei, Ehrlichkeit und Optimismus allein werden das nicht bringen. Die Konkretisierung dessen, was z.B. Benn unter dem „Kampf um Demokratie – plus Analyse und einem richtigen Sinn für Mo-

mittels ihres Eigentums an den Produktionsmitteln den Nutzen aus der kollektiven Anstrengung anderer ziehen und eine unerträgliche Macht über das Leben anderer ausüben können. Gemeinschaftseigentum kann verschiedenen Formen annehmen – öffentliche Unternehmen, Arbeiterkooperativen, kommunale Genossenschaften und Eigentum, das auf einem Kapitalfonds der Arbeiter beruht. Unser langfristiges Ziel ist es, durch diese einzelnen Formen das Privateigentum durch kolektives Eigentum zu ersetzen.

Planung der Ressourcen: Die Basis der kapitalistischen Ökonomie ist das freie Streben der Konzerne und Banken nach dem höchst privaten Profit, und die Arbeiter werden als ersetzbare und willkürlich abschiebbare Kräfte behandelt. Wir glauben, daß die Allgemeinheit ein Recht hat, ihre Ressourcen nach ihren Bedürfnissen einzusetzen und zu verplanen, indem sie sowohl unsere Interessen als Verbraucher als auch unsere Rechte als Produzenten berücksichtigt. Wir treten für die gesellschaftliche Kontrolle der Produktion ein und nicht für die Anarchie des Marktes.

Eine demokratische Wirtschaft: Unsere großen Kapitalgesellschaften er-

rechtzuerhalten und das traditionelle Rollenverhältnis zu stärken, tritt Labour für wirkliche Rechte der Frauen ein. Wir wollen die gleichen Rechte und den gleichen Status zwischen Frauen und Männern vervollständigen – in der Beschäftigung, in der Bezahlung, in der Kindererziehung und in der Besteuerung. Diese Forderung verlangt positive Aktionen, um immer noch bestehende Ungleichheiten zu beseitigen und die sozialen Verhaltensweisen zu überwinden, die sie verstärken.

Ein besseres Leben: Wir glauben, daß ein größerer Teil der gesellschaftlichen Ressourcen für die Verbesserung der Lebensqualität im weitesten Sinne und die Erhaltung der Umwelt, für bessere Freizeiteinrichtungen und zur Unterstützung von Kunst und Kultur verwendet werden sollte.

Internationale Zusammenarbeit in der Entwicklungshilfe: Im Gegensatz zum aggressiven Nationalismus der Außenpolitik der Tories und der Pfennigfuchserei ihres Hilfsprogramms ist die Labour Party für die internationale Zusammenarbeit zwischen unabhängigen Ländern, für die Unterstützung der Entwicklung und eine massive Übertragung von Hilfsquellen an die dritte Welt.

Auseinandersetzung in der KPI nach der Wahlniederlage im Süden

mah.Hannover. Seit der Niederlage, die die KPI im Juni 1981 in den meisten süditalienischen Städten bei den Kommunalwahlen und in Sizilien bei den Regionalwahlen einstecken mußte, findet in der Partei eine heftige Debatte über deren Ursachen statt. Ein zunächst angepeilter Versuch, die Köpfe von örtlichen Kadern rollen zu lassen, wurde nicht ernsthaft weiterverfolgt; vielmehr geht die Auseinandersetzung um die Politik der KPI im Süden und deren Strategie einer „linken Alternative". Die Debatte findet statt unter dem Druck der von der PSI angedrohten vorgezogenen politischen Wahlen, die jetzt der KPI höchst ungelegen kommen müssen.

Um das Ausmaß der Stimmenverschiebungen einschätzen zu können, hier noch mal zwei exemplarische Ergebnisse (auf die wichtigsten Parteien begrenzt) in Bari (Hauptstadt von Apulien) und in der Region Sizilien:

Bari	Kommunalwahlen 76 %	Parlam.-wahlen 79 %	Kommunalwahlen 81 %
PCI	24,78	22,43	15,92
PSI	12,59	11,18	23,30
DC	38,02	37,87	33,35
MSI*	10,43	10,36	6,41

* Faschisten

Sizilien	Regionalwahlen 76 %	Parlam.-wahlen 79 %	Regionalwahlen 81 %
PCI	26,82	21,07	20,6
PSI	10,25	10,03	14,3
DC	40,84	43,71	41,4
MSI*	10,87	8,01	8,5

* Faschisten

Interessant am Wahlergebnis ist, daß nicht nur die KPI sondern auch die DC eine Niederlage erlitten hat; Stimmen hat die DC offensichtlich nach links verloren (an die PSI und die kleinen Parteien der liberalen Mitte), da die Faschisten ebenfalls kräftige Einbußen einstecken mußten. Die Verluste der DC in Sizilien werden teilweise durch Stimmen aus der MSI ausgeglichen.

Ein zentraler Punkt in der Debatte über die Fehler der KPI im Süden ist die Einschätzung der Jahre 1975 bis 1980: Es sind die Jahre, in denen die KPI eine Politik der „nationalen Solidarität mit allen demokratischen Kräften" – einschließlich der DC – auch auf örtlicher Ebene verfolgt. Die Umsetzung dieser Politik bestand gerade im Süden jedoch oft im prinzipienlosen Paktieren mit der DC; eine DC, die im Süditalien vom Großteil der fortschrittlichen Kräfte als der Inbegriff von Mafia, Unterdrückung und Korruption gesehen wird – zu Recht. Diese spezifische Rolle der DC im Süden wurde unter der Parole der „nationalen Solidarität" zugedeckt. Das ging Hand in Hand damit, daß die „larghe intese" (breite Zusammenarbeit) zwar auf Parteiebene, aber nicht als Aktionseinheit unter den katholischen und kommunistisch-sozialistischen Massen des Südens praktiziert wurden. „Man hat also nicht verstanden, daß das Einverständnis über das Programm und später unserer Teilnahme an der Regierung (der Region Sizilien, d. Verf.) nicht ein Ende der Klassenauseinandersetzungen bedeutete und nicht eine Einstellung der Massenkämpfe erforderte, sondern vielmehr ihre Intensivierung, um die Widersprüche in dem von der DC beherrschten gesellschaftlichen Block zum Ausbruch zu bringen." (P. La Torre in Rinascita vom 17.7.81)

Die KPI hat die Kämpfe der süditalienischen Massen in diesen Jahren nicht zu den eigenen gemacht, besonders die Kämpfe derjenigen gesellschaftlichen Kräfte, die nicht zu den traditionellen Komponenten der KPI gehören (Arbeiter aus Großbetrieben und Landarbeiter): der Arbeitslosen, der Jugendlichen, der kleinbürgerlichen Intellektuellen, der Beschäftigten aus dem Dienstleistungssektor. Sie hat sich damit sowohl als „Regierungskraft" wie auch als „alternative Kraft" disqualifiziert. Nachdem die KPI Anfang der 80er Jahre die Linie der Zusammenarbeit mit der DC verließ und auf harten Oppositionskurs ging, war es genauso schwer, diese neue Politik unter den Massen zu verankern. Im Süden mehr als in Norditalien kamen die strategischen Schwächen dieser Politik zum Tragen: Dem Volk im Süden erscheint die KPI in erster Linie als die Partei, die – wie die Gewerkschaften – die Interessen der Arbeiterklasse aus den Großbetrieben vertritt: Verteidigung der Arbeitsplätze, der Löhne, des Inflationsausgleichs (Scala mobile). Die „Industrialisierung des Südens", wie sie verstanden und betrieben wurde (Hinstellen von Tochterwerken norditalienischer Firmen in Süditalien), hat sich so als untauglich erwiesen: die kleinen Betriebe gehen pleite, die Infrastrukturen brechen zusammen, die Landwirtschaft verkommt und gerät in noch stärkere Abhängigkeit von der Großindustrie, die Arbeitslosigkeit steigt besonders unter den Jugendlichen. Die Auseinandersetzung um eine alternative Wirtschaftsentwicklung, um Wirtschaftsprogramme und Investitionskontrolle unter Beteiligung der Gewerkschaften wird zwar auf hoher Ebene in der KPI geführt, allerdings oft an den Forderungen und an den Kämpfen der Massen vorbei. Der Gefahr der Spaltung zwischen Arbeiterklasse im Norden und „emarginierten" (an den Rand gedrängten, d. Red.) Massen im Süden kann die KPI bisher politisch wenig entgegensetzen. Die Antwort der Massen im Süden war einerseits ein erheblicher Wahlboykott und andererseits eine Stärkung derjenigen, die zwar weniger Strategien, jedoch mehr konkrete Tatsachen und kleine unmittelbare Verbesserungen – wenn auch auf örtlicher Ebene – anbieten: die PSI. Besonders stark scheint die PSI in den Orten gewonnen zu haben, wo die wirtschaftlichen sozialen Veränderungen durch eine chaotische Industrialisierung und „Modernisierung" des Südens am größten waren. Sie hat die Massen von kleinen Selbständigen, Intellektuellen, Kaufleuten, Angestellten angezogen, die zwar die Macht der DC endlich aus den Angeln heben wollen, einer unklaren „linken Alternative" unter KPI-Führung jedoch die Effizienz einer jetzt schon regierenden PSI vorziehen. Nicht gewählt haben wahrscheinlich diejenigen Arbeitslosen und Jugendlichen, die sich von keiner der bestehenden Parteien eine reelle Umwälzung versprechen.

Insofern stehen die Wahlergebnisse nur oberflächlich gesehen in Widerspruch zu den guten Volksabstimmungsergebnissen gegen das Abtreibungsverbot: Die Massen im Süden lehnen das Machtmonopol der DC politisch und ideologisch zunhmend ab; eine linke Alternative, die die Kräfte der Massen in Süditalien zu mobilisieren in der Lage wäre, besteht noch nicht. Das „Protestergebnis" gegen die größte linke Partei, die KPI, ist ein Warnzeichen und wird auch von den Gewerkschaften ernst genommen (die sozialistisch-kommunistische CGIL bemüht sich gezielt seit einigen Wochen in Neapel um die Organisierung von Arbeitslosen). Die KPI hat in vielen wichtigen Städten Süditaliens jetzt Provinzialkongresse durchgeführt, die u.a. als Vorbereitung eines „Kongresses über den Mezzogiorno" auf nationaler Ebene dienen sollen.

Energieversorgung ohne Atomkraft

kvz. Die Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen und für Umweltschutz haben jetzt den Entwurf für eine Broschüre erarbeitet, die ab dem kommenden Jahr nach und nach an alle Haushalte der BRD verteilt werden soll. Unter dem Titel „Es geht auch anders!" geht es dabei vor allem um den Nachweis, daß Atomenergie unnötig und unbrauchbar ist. Die Forderungen einer geänderten Energiepolitik werden aus der Darstellung der gegenwärtigen Energieversorgung und der Kritik der bestehenden Planung entwickelt. Dabei liegt der Vorteil der jetzt vorliegenden Broschüre darin, daß nicht gegen die Entwicklung der Produktivkräfte, gegen das Wachstum der Industrieproduktion usw. polemisiert wird, wie dies gegenwärtig mancherorten als besonders radikal gilt. Sondern es geht den Verfassern – wenn auch nicht unbedingt dem Begriff, so doch dem Inhalt nach – um die Beseitigung des kapitalistischen Abenteurertums und Raubbaus an der Natur in der Energieversorgung. So wird ausdrücklich Wert darauf gelegt, daß der vorgeschlagene Weg der Energieeinsparung und der Verwendung von Energiequellen, die nicht auf Kernspaltung beruhen, technisch und wirtschaftlich machbar ist. Es wird auch gesagt, weshalb die herrschende Politik diesen Weg, für den bereits der jetzige Stand der Technik die Voraussetzungen geschaffen hat, nicht geht, welche Interessen seine Beschreibung verhindern. – Die Erstellung der Broschüre geht auf einen Beschluß der Bürgerinitiativen im November 1980 zurück. Seither hat eine 35köpfige Arbeitsgruppe an dem vorliegende Entwurf gearbeitet. Sie bittet um Stellungnahmen bis zum 15.10., ehe die ersten 500000 Exemplare der Informationsbroschüre aufgelegt werden. Die Kampagne muß aus Spenden finanziert werden; der Vorabdruck ist für 3 DM zu erhalten bei:

Bremer Bürgerinitiative gegen Atomenergieanlagen; St. Pauli Str. 10; 2800 Bremen; F: 0421/700144.

Spendenkonto: R. Röpling, Dortmund, PSchA Dtmd (BLZ 44010046) Kto.Nr. 52020-461.



Konsumentenkredite sind unerschwinglich geworden. Im zweiten Vierteljahr haben die privaten Haushalte gerade noch halb so viel aufgenommen wie 1980: 2,4 Mrd. Mark. Wie wenig dies ist, zeigt der Vergleich mit 1979: damals waren es im vergleichbaren Zeitabschnitt noch 7,4 Mrd. Mark. Als Grund geben die Banken realistischerweise die gesunkenen Einkommen an; immerhin finanziert fast die Hälfte dieser Kredite einen Autokauf. Die Zinsen für einen Ratenkredit liegen zur Zeit bei rd. 18% jährlich. – **Unterschiedliche Mietbelastungen** hat das Bundesbauministerium festgestellt. Während in ländlichen Regionen 13,8% des Einkommens für Miete weggehen, sind es in hochverdichteten Regionen vergleichsweise 15,5%. Dies obwohl letztere Wohnungen mehr als 10 Quadratmeter kleiner sind. – **Auch Mannesmann** will sich nun – nach Bosch – ein Stück der krisengeschüttelten AEG unter den Nagel reißen. Das Interesse konzentriert sich auf die AEG-Beteiligungen an Kienzle und Hartmann & Braun. AEG-Chef Heinz Dürr: „Die Zinsbelastung für unsere hohen Schulden trifft uns hart." – **Die Verhandlungen zur Verlängerung des Welttextilabkommens** sind auf 18.11. vertagt. Die EG hat die Vorschläge der Dritte-Welt-Länder als unannehmbar abgelehnt, die USA haben einen Gegenvorschlag aufgetischt. In

Die Woche im Rückblick

den nächsten Tagen wird die IG Textil wieder zu Protesten aufrufen. – **US-Präsident Reagan** hat in der Nacht zum 25.9. ein neues Sparprogramm vorgelegt. Es war notwendig geworden, weil bereits jetzt im Haushalt 1982 ein größeres Defizit abzusehen war, als Reagan noch vor kurzem verkündet hatte. Die Kürzungen bei Wohlfahrtsleistungen betragen das Doppelte jener beim Pentagon. Aber auch die Börse ist unzufrieden, Kursstürze folgten Reagans Ansprache. – **Die Internationale Atomagentur** gewährt Israel Bedenkzeit, ehe seine Mitgliedschaft beendet wird. Die Zionisten müssen eine Entschädigung für den zerstörten Reaktor an Irak zahlen und eine Kontrolle des eigenen Reaktors zulassen. – **Private Rundfunksender** sind in Zukunft in Frankreich erlaubt, wenn sie keine Werbeeinnahmen haben. – **Rund 15 Mrd. Mark an Entschädigung** zahlt die französische Regierung an die Aktionäre der verstaatlichten Konzerne. Die Zahlung liegt in allen Fällen weit über dem Börsenkurs der letzten beiden Jahre. Dennoch spricht die Wirtschaftspresse natürlich von Betrug. – **Die westdeutschen Direktinvestitionen** im Ausland sind im ersten Halbjahr nur wenig hinter dem Rekordumfang des Vorjahres zurückgeblieben. Ihr regionales Schwergewicht lag nach wie vor in den USA und den westeuropäischen Ländern. Ausländische Investitionen in der BRD kamen vor allem aus den Nachbarländern (67,3%) und Nordamerika (16,8%). Sie nahmen mehr zu als in den Jahren zuvor.

USA treten immer schärfer gegen Dritte Welt auf

frb. Bereits vor Beginn der diesjährigen Jahrestagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds war klar, daß die USA der Auseinandersetzung mit den Ländern der Dritten Welt neue Schärfe verleihen. Gezielt hatte die US-Regierung ein Papier in die Presse lanciert, wonach die Kreditvergabe durch die internationalen Institutionen erheblich eingeschränkt werden sollen. Die Entwicklungsländer sollten auf die harten Bedingungen der Kapitalmärkte verwiesen werden und sich noch mehr ausländischen Investitionen öffnen. Die Aufstockung der Sonderziehungsrechte, wodurch die Dritte Welt an relativ günstige Kredite kommen würde, hat das entscheidende Interimskomitee schon abgelehnt. Matthöfer hat dabei den Standpunkt der US-Regierung ausdrücklich unterstützt. Allerdings ist es den USA nicht gelungen, eine Verschärfung der Kreditbedingungen durchzusetzen. Die Entwicklungsländer konnten eine Reihe kleinerer Industrieländer gegen die Phalanx von USA, BRD, Japan, Großbritannien und Frankreich gewinnen. Amerikas Finanzminister hatte zuvor öffentlich eine Verschärfung der Bedingungen für einen 5,8 Mrd. $-Kredit des Währungsfonds an Indien – den größten je getätigten – verlangt. Bei einem anderen Kredit an Indien macht der neue Weltbankpräsident Clausen (zuvor Bank of Amerika) Schwierigkeiten. Das Geld soll für die Modernisierung des indischen Eisenbahnbetriebs dienen, und die Weltbank verlangt, daß Indien dazu einen IBM-Computer kauft, obwohl Indiens Regierung selbst ein billigeres System bauen will. Ohnehin wäre der IBM-Computer frühestens nach 6 Jahren einsatzbereit.

Weniger Gemeindesteuern

kvz. Die Steuereinnahmen der Gemeinden sind im 1. Halbjahr um 5,5% gegenüber dem 1. Halbjahr 1980 gesunken. Damit sind sie die Hauptbetroffenen der krisenbedingt sinkenden Steuereinnahmen. Gleichzeitig haben ihnen die Bundesländer die Zuweisungen gekürzt und bürdet ihnen das Sparpaket des Bundes neue Zahlungen z.B. bei der Sozialhilfe auf.

Finanzpoker um fortgeschrittene Reaktorlinien
Entwicklung des HTR in der BRD – Teil 2*
wif. Ende der 60er Jahre wurde bereits die Markteinführung bzw. die großtechnologische Nutzung des Hochtemperaturreaktors vorgeplant. Der THTR 300 in Schmehausen (bei Hamm) ist als Prototyp konzipiert und sollte
bereits der jetzige Stand der Technik die Voraussetzungen geschaffen hat, nicht geht, welche Interessen seine Beschreibung verhindern. – Die Erstellung der Broschüre geht auf einen Beschluß der Bürgerinitiativen im November 1980 zurück. Seither hat eine 35köpfige Arbeitsgruppe an dem vorliegende Entwurf gearbeitet. Sie bittet um Stellungnahmen bis zum 15.10., ehe die ersten 500000 Exemplare der Informationsbroschüre aufgelegt werden. Die Kampagne muß aus Spenden finanziert werden; der Vorabdruck ist für 3 DM zu erhalten bei:
Bremer Bürgerinitiative gegen Atomenergieanlagen; St. Pauli Str. 10; 2800 Bremen; F: 0421/700144.
Spendenkonto: R. Röpling, Dortmund, PSchA Dtmd (BLZ 44010046) Kto.Nr. 52020-461.
(BBC-Krupp) abgelöst, die sich dann HRB (Hochtemperaturreaktorbau) nannte. Anfang der 70er Jahre handelte sich GAC einen Auftrag nach dem anderen ein (Gulf Oil und Shell teilten sich je 50% der GAC Anteile). Es sol-
Wie wenig dies ist, zeigt der Vergleich mit 1979: damals waren es im vergleichbaren Zeitabschnitt noch 7,4 Mrd. Mark. Als Grund geben die Banken realistischerweise die gesunkenen Einkommen an; immerhin finanziert fast die Hälfte dieser Kredite einen Autokauf. Die Zinsen für einen Ratenkredit liegen zur Zeit bei rd. 18% jährlich. – Unterschiedliche Mietbelastungen hat das Bundesbauministerium festgestellt. Während in ländlichen Regionen 13,8% des Einkommens für Miete weggehen, sind es in hochverdichteten Regionen vergleichsweise 15,5%. Dies obwohl letztere Wohnungen mehr als 10 Quadratmeter kleiner sind. – Auch Mannesmann will sich nun – nach Bosch – ein Stück der krisengeschüttelten AEG unter den Nagel reißen. Das Interesse konzentriert sich auf die AEG-Beteiligungen an Kienzle und
totyp ans Netz, der allerdings bis heute nicht 100%ige Leistung bringen kann, weil ständig technische Störungen auftreten.
Das Ergebnis der Klausurtagung in Dernbach war: Der HTR sollte in 3 Varianten entwickelt werden, 1. HTR mit Heliumturbine (HHT), 2. HTR als Prozeßwärmereaktor, 3. ein großer HTR (1200 MW) als Fortsetzung des THTR-Konzepts. Letzterer sollte bereits 1983/84 in Bau gehen. Das erste Projekt wurde Mitte 1981 faktisch gestoppt. Ca. 200 Mio. Fördermittel
18.11. vertagt. Die EG hat die Vorschläge der Dritte-Welt-Länder als unannehmbar abgelehnt, die USA haben einen Gegenvorschlag aufgetischt. In
Die Woche im Rückblick
den nächsten Tagen wird die IG Textil wieder zu Protesten aufrufen. – US-Präsident Reagan hat in der Nacht zum 25.9. ein neues Sparprogramm vorgelegt. Es war notwendig geworden, weil bereits jetzt im Haushalt 1982 ein größeres Defizit abzusehen war, als Reagan noch vor kurzem verkündet hatte. Die Kürzungen bei Wohlfahrtsleistungen betragen das Doppelte jener beim Pentagon. Aber auch die Börse ist unzufrieden, Kursstürze folgten Reagans Ansprache. – Die Internationale
würden. Die Hersteller reden allerdings nur vom Haltbarkeitsproblem.
Die aktuelle Debatte
Der HTR-900, als Nachfolgeprojekt des THTR 300 geplant, ist gestorben. Es will ihn keiner haben. Die EVUs, die zur Zeit ein geringes Interesse am HTR zeigen, es sei denn sie bekommen ihn hoch subventioniert, haben vorgerechnet, daß die Stromerzeugungskosten 50% höher als beim Biblis-Typ sind (Anlagekosten: Biblis B ca. 2 Pf/kW und HRT ca. 3 Pf/kW). Ur-
eigenen Reaktors zulassen. – Private Rundfunksender sind in Zukunft in Frankreich erlaubt, wenn sie keine Werbeeinnahmen haben. – Rund 15 Mrd. Mark an Entschädigung zahlt die französische Regierung an die Aktionäre der verstaatlichten Konzerne. Die Zahlung liegt in allen Fällen weit über dem Börsenkurs der letzten beiden Jahre. Dennoch spricht die Wirtschaftspresse natürlich von Betrug. – Die westdeutschen Direktinvestitionen im Ausland sind im ersten Halbjahr nur wenig hinter dem Rekordumfang des Vorjahres zurückgeblieben. Ihr regionales Schwergewicht lag nach wie vor in den USA und den westeuropäischen Ländern. Ausländische Investitionen in der BRD kamen vor allem aus den Nachbarländern (67,3%) und Nordamerika (16,8%). Sie nahmen mehr zu als in den Jahren zuvor.
die FAZ behauptet, sonst wären möglicherweise weniger Konstruktionsfehler unterlaufen. Aus Kostengründen z.B. wurde auf ein Containment verzichtet und stattdessen eine sogenannte Luftführungswand um den Betonbehälter herumgebaut, die aber das Gas bei einem Kühlmittelverluststörfall nicht ausreichend zurückhalten kann.
Die technische Reife wird dem HTR von allen Seiten bescheinigt, nur beweisen konnte er sie bis jetzt noch nicht (außer im Kleinstreaktor AVR). Außerdem ist die Entsorgungsfrage für
Clausen (zuvor Bank of Amerika) Schwierigkeiten. Das Geld soll für die Modernisierung des indischen Eisenbahnbetriebs dienen, und die Weltbank verlangt, daß Indien dazu einen IBM-Computer kauft, obwohl Indiens Regierung selbst ein billigeres System bauen will. Ohnehin wäre der IBM-Computer frühestens nach 6 Jahren einsatzbereit.
Weniger Gemeindesteuern
kvz. Die Steuereinnahmen der Gemeinden sind im 1. Halbjahr um 5,5% gegenüber dem 1. Halbjahr 1980 gesunken. Damit sind sie die Hauptbetroffenen der krisenbedingt sinkenden Steuereinnahmen. Gleichzeitig haben ihnen die Bundesländer die Zuweisungen gekürzt und bürdet ihnen das Sparpaket des Bundes neue Zahlungen z.B. bei der Sozialhilfe auf.

Finanzpoker um fortgeschrittene Reaktorlinien

Entwicklung des HTR in der BRD – Teil 2*

wif. Ende der 60er Jahre wurde bereits die Markteinführung bzw. die großtechnologische Nutzung des Hochtemperaturreaktors vorgeplant. Der THTR 300 in Schmehausen (bei Hamm) ist als Prototyp konzipiert und sollte bereits 1977 fertiggestellt sein. Bereits 1995 bis 2025 sollten dann insgesamt 50 HTR mit je 1200 MW gebaut werden, also 1–2 HTR pro Jahr. Diese abenteuerlichen Pläne sind zwar stark gedämpft, aber in der KFA (Kernforschungsanlage) Jülich geht man davon aus, daß der HTR und „Schnelle Brüter" bis im Jahr 2100 zusammen 120000 MW Strom produzieren sollen (ca. 100 Reaktoren). Bei der aktuellen Finanzdebatte geht es auch um den möglichen Bau einer HTR-Demonstrationsanlage, die ebenfalls bezuschußt werden soll. Zunächst aber zur Vorgeschichte.

1972 ging der THTR in Bau. In USA baute General Atomic (GAC) ebenfalls an einem Prototyp (Fort St. Vrain). GAC hatte Krupp in der Firma BBK (BBC-Krupp) abgelöst, die sich dann HRB (Hochtemperaturreaktorbau) nannte. Anfang der 70er Jahre handelte sich GAC einen Auftrag nach dem anderen ein (Gulf Oil und Shell teilten sich je 50% der GAC Anteile). Es sollen insgesamt 15 Aufträge innerhalb 1–2 Jahren gewesen sein, davon 10 allein in USA. Die Euphorie war grenzenlos und das technische Abenteuertum genauso. Die westdeutsche HRB/BBC hatte 3 Aufträge in Sicht. Es handelte sich um einen HTR mit 1160 MW, der in Kirchgartshausen (bei Mannheim) als auch in Schmehausen (neben dem THTR) in 2 Exemplaren geplant war. Wesentliche Konstruktionsteile waren jedoch technisch unhaltbar. 1975 brach das Geschäft zusammen, der Großteil der Aufträge mußte abgelöst werden und mehrere Mio. $ gezahlt werden.

1976 wurden auf einer Klausurtagung in Dernbach jetzt neue „rein westdeutsche" Pläne geschmiedet. Im gleichen Jahr ging bereits der US-Prototyp ans Netz, der allerdings bis heute nicht 100%ige Leistung bringen kann, weil ständig technische Störungen auftreten.

Das Ergebnis der Klausurtagung in Dernbach war: Der HTR sollte in 3 Varianten entwickelt werden, 1. HTR mit Heliumturbine (HHT), 2. HTR als Prozeßwärmereaktor, 3. ein großer HTR (1200 MW) als Fortsetzung des THTR-Konzepts. Letzterer sollte bereits 1983/84 in Bau gehen. Das erste Projekt wurde Mitte 1981 faktisch gestoppt. Ca. 200 Mio. Fördermittel wurden in das Projekt gepumpt, genutzt hat dies vor allem den Herstellern. BBC etwa hat auf dem Sektor Gasturbinen davon beachtlich profitiert.

Das zweite Projekt genießt nach wie vor große Beachtung und wird gefördert. Das Projekt sieht vor, daß Wärme mit hoher Temperatur (950°C) über Wärmetauscher (Röhrenspaltofen) direkt auf das Prozeßgas übertragen wird. Dies wirft jedoch große technische Probleme auf. Insbesondere Probleme der Materialbelastung und damit der Haltbarkeit über längere Zeiträume. Das Prozeßgas muß dabei vor radioaktiver Verunreinigung durch das primäre Kühlmittel Helium, in dem u.a. Tritium (radioaktiver Wasserstoff) enthalten ist, geschützt werden. Das BMFT geht davon aus, daß noch ca. 10 Jahre zur Lösung benötigt würden. Die Hersteller reden allerdings nur vom Haltbarkeitsproblem.

Die aktuelle Debatte

Der HTR-900, als Nachfolgeprojekt des THTR 300 geplant, ist gestorben. Es will ihn keiner haben. Die EVUs, die zur Zeit ein geringes Interesse am HTR zeigen, es sei denn sie bekommen ihn hoch subventioniert, haben vorgerechnet, daß die Stromerzeugungskosten 50% höher als beim Biblis-Typ sind (Anlagekosten: Biblis B ca. 2 Pf/kW und HRT ca. 3 Pf/kW). Ursprünglich sollte er aber auch an die Kohlevergasungsanlage RUHR 100 angeschlossen werden, aber weder der Wirtschaftsminister noch ein Betreiberkonsortium (HRG) zeigen große Interesse. Die Hersteller spekulieren jetzt auf kleinere HTR, damit vielleicht doch noch Steuermittel sprudeln. Der THTR ist kein Forschungsreaktor, wie die FAZ behauptet, sonst wären möglicherweise weniger Konstruktionsfehler unterlaufen. Aus Kostengründen z.B. wurde auf ein Containment verzichtet und stattdessen eine sogenannte Luftführungswand um den Betonbehälter herumgebaut, die aber das Gas bei einem Kühlmittelverluststörfall nicht ausreichend zurückhalten kann.

Die technische Reife wird dem HTR von allen Seiten bescheinigt, nur beweisen konnte er sie bis jetzt noch nicht (außer im Kleinstreaktor AVR). Außerdem ist die Entsorgungsfrage für den THTR völlig ungelöst. Die weitere Finanzierung des THTR soll über größere Darlehensaufnahme erfolgen, abgesichert durch Bundesbürgschaften; ein gutes Geschäft.

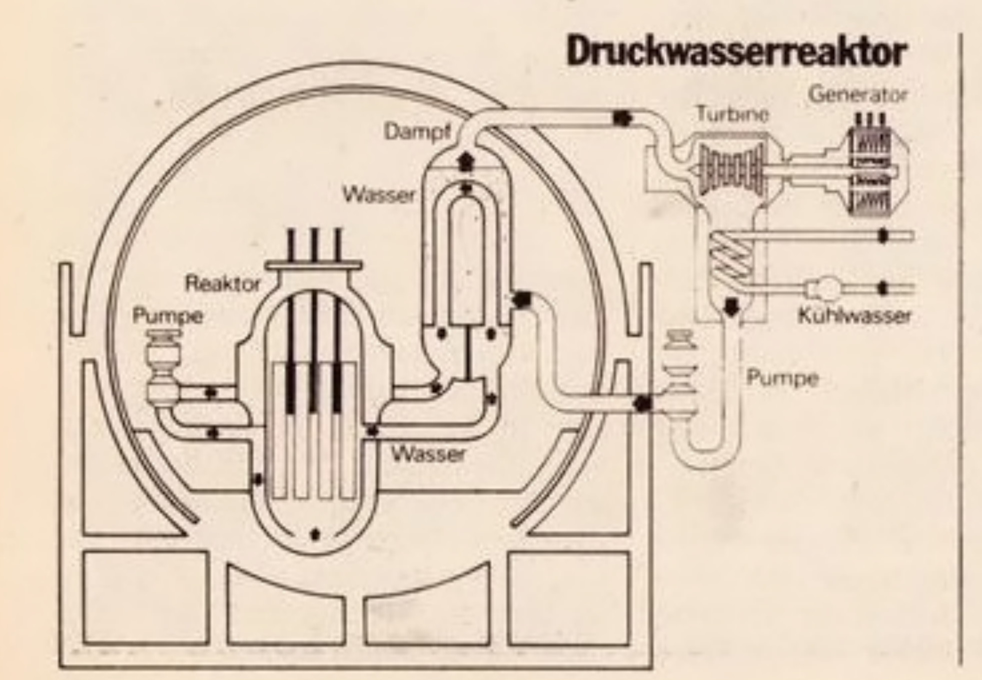
* *Der 1. Teil des Artikels ist in der KVZ Nr. 38 erschienen. Ein Teil über den Schnellen Brüter folgt.*

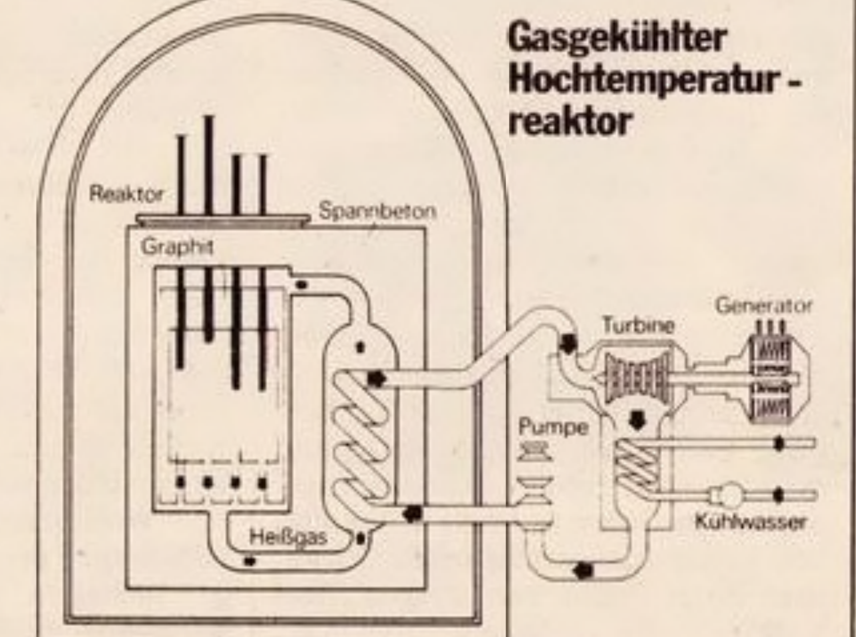
Unterschiede zwischen Druckwasserreaktoren und Hochtemperaturreaktor

Druckwasserreaktor (DWR): Der Druckwasserreaktor gehört zu den wassergekühlten Reaktoren. Im primären Kreislauf wird der Reaktorkern (Anordnung von metallischen Brennstäben, die Uran enthalten) von flüssigem Wasser (H_2O) von ca. 300° C bei einem Druck von ca. 150 Atmosphären (at) umspült. Der Reaktorkern befindet sich in einem Stahldruckbehälter. Das Wasser wird durch einen Wärmetauscher (Dampferzeuger) geleitet, wo es die Wärme an einen zweiten Wasserkreislauf abgibt, den Sekundärkreislauf. Der dort entstandene Dampf wird zum Antrieb einer Turbine benutzt, die einen Stromgenerator antreibt.

Hochtemperaturreaktor (HTR): Zur Kühlung des Reaktorkerns wird Helium verwendet (Helium ist ein Edelgas). Helium gibt die Wärme dann ebenfalls in einem Dampferzeuger an den Sekundärkreislauf ab. Darüber hinaus gibt es noch andere technische Möglichkeiten. Helium kann auch direkt eine Gasturbine antreiben. In einem besonderen Wärmetauscher (Röhrenspaltofen) kann das Helium die Wärme auch an ein Prozeßgas ableiten, z.B. Prozeßgas bei der Kohlevergasung. Das sind neue Anwendungsmöglichkeiten, weil Helium im HTR theoretisch bis zu 1000° C bei ca. 50 at erhitzt werden kann. Zur Neutronenmoderation muß Graphit verwendet werden. Im sog. Kugelhaufenreaktor (z.B. THTR) sind die Brennelemente Graphitkugeln (6 cm Durchmesser), die ca. 30000 bis 40000 Brennstoffteilchen enthalten. Dies hat theoretisch den Vorteil, daß der Reaktor kontinuierlich betrieben werden kann, d.h. die Kugeln werden während des Betriebs oben zugegeben und unten abgezogen. Beim DWR muß zum Wechsel der Behälter geöffnet werden (ebenso beim amerikanischen HTR).

Der Reaktordruckbehälter ist ein sog. Spannbetonbehälter (Betonbehälter verspannt mit Stahlseilen), der innen zur Gasabdichtung mit einer Stahlhaut ausgekleidet ist (Liner). Der Reaktorkern ist bei vergleichbarer Leistung etwa 10mal so groß wie beim DWR.





Zur wirtschaftlichen Lage im Herbst 1981

Die Krise dauert an

Der Falschaussage überführt sind die verharmlosenden Prognosen vom Jahresbeginn. Der offizielle Aufschwung ist jetzt um ein Jahr auf Ende 1982 verschoben. Derweil füllen sich die Fertigwarenlager, mehren sich Entlassungen und erreichen die Pleiten Rekordzahlen, nimmt die Auslastung der Sachkapazitäten weiter ab. Und in den anderen Ländern sieht es ähnlich aus. 1,5 Mio. Arbeitslose werden in der BRD erwartet, in Großbritannien sind es bereits jetzt über 3 Mio.

Von Friedemann Bleicher

Es ist mittlerweile offensichtlich, daß sich die wirtschaftliche Lage im Laufe dieses Jahres nicht mehr verbessern wird. Dieses Eingeständnis ist der harte Kern aller derzeit gehandelten Prognosen. Der Zweckoptimismus zu Jahresbeginn, etwa die Projektion der Bundesregierung, daß ,,die konjunkturellen Kräfte in der Bundesrepublik im weiteren Jahresverlauf wieder die Oberhand gewinnen", hat sich nicht bewahrheitet. Tatsache ist, daß das gesamte Wirtschaftsergebnis – gemessen am realen Sozialprodukt – im zweiten Vierteljahr den geringsten Umfang seit Beginn der jetzigen Krise erreicht hat. Allerdings war der Rückgang seit dem Einbruch im Frühjahr 1980 nicht mehr gravierend. Die Industrieproduktion zeigt ebenfalls keine Wende, die Zahl der Arbeitslosen nimmt weiter zu, und die Inflation hält mit 6,6% unvermindert an.

Die unverminderte Fortdauer der Krise bestätigen auch die neuesten Ergebnisse der Ifo-Umfrage ,,Prognose 100". Dabei wurden 430 Unternehmen, hauptsächlich Großfirmen nach ihren Beschäftigungs- und Investitionsplänen im laufenden und im kommenden Jahr befragt. Bei der letzten Erhebung Ende 1980 waren die befragten Unternehmen noch davon ausgegangen, daß sich die wirtschaftliche Tätigkeit zur Jahresmitte belebe. Nunmehr wird mit einer Belebung der Investitionen kaum vor Ende 1982 gerechnet, nachdem die Pläne in den letzten Monaten weiter nach unten revidiert worden sind.

Zinspolitik bleibt umstritten

Angesichts solch trüber Aussichten ist es kein Wunder, wenn die Wirtschaftspolitik heftig umstritten bleibt. Bis hin zu den die Gewerkschaften politisch kontrollierenden Strömungen geht es um die Zinsen und um die Bundesbankpolitik, die die Zinsen hochhält.

Theoretischer Wortführer dieser Kritik ist das ,,Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung" (DIW) in Westberlin. In seinem neuesten Bericht zur Wirtschaftslage schreibt es: ,,Die konjunkturelle Entwicklung in der westlichen Welt wird nach wie vor durch die Hochzinspolitik beeinträchtigt, die von den Notenbanken der meisten Länder verfolgt wird. Anführer dieser Politik sind die USA, die hierbei unabhängig von Außenwirtschaftsrücksichten vorgehen."

Seit längerem bilden sich in dieser Frage neue Widersprüche zwischen den USA und ihren europäischen Verbündeten, und kürzlich hat der französische Finanzminister Delors seine EG-Kollegen unumwunden zu gemeinsamem ,,Abkoppeln" von den amerikanischen Einflüssen aufgefordert. Über die Durchführung dieser Abkoppelung hat er sich allerdings nicht weiter ausgelassen. Die westdeutsche Regierung hat sich reserviert gezeigt, aber

Angesichts solch trüber Aussichten ist es kein Wunder, wenn die Wirtschaftspolitik heftig umstritten bleibt. Bis hin zu den die Gewerkschaften politisch kontrollierenden Strömungen geht es um die Zinsen und um die Bundesbankpolitik, die die Zinsen hochhält.
Theoretischer Wortführer dieser Kritik ist das ,,Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung" (DIW) in Westberlin. In seinem neuesten Bericht zur Wirtschaftslage schreibt es: ,,Die konjunkturelle Entwicklung in der westlichen Welt wird nach wie vor durch die Hochzinspolitik beeinträchtigt, die von den Notenbanken der meisten Länder verfolgt wird. Anführer dieser Politik sind die USA, die hierbei unabhängig von Außenwirtschaftsrücksichten vorgehen."
Seit längerem bilden sich in dieser Frage neue Widersprüche zwischen den USA und ihren europäischen Verbündeten, und kürzlich hat der französische Finanzminister Delors seine EG-Kollegen unumwunden zu gemeinsamem ,,Abkoppeln" von den amerikanischen Einflüssen aufgefordert. Über die Durchführung dieser Abkoppelung hat er sich allerdings nicht weiter ausgelassen. Die westdeutsche Regierung hat sich reserviert gezeigt, aber

das Thema findet weitere Behandlung. So hat nunmehr sogar der Vertreter der britischen Thatcher-Regierung auf der Jahreskonferenz des Währungsfonds kritische Worte für die amerikanische Hochzinspolitik gefunden, was die ,,Financial Times" zu deutlichem Beifall veranlaßt hat. Aber den Worten werden keine Taten folgen.

Streng gegen eine Abkoppelung sind die Spitzen des Finanzkapitals. So hat etwa Wilfried Guth, der Vorstandssprecher der Deutschen Bank in erlauchtem Bankierskreis zu Genf erklärt, die Vorschläge des französischen Finanzministers über die Schaffung einer Art ,,Zinsinsel" in Europa zur Abwehr von Rückwirkungen des hohen amerikanischen Zinsniveaus seien ,,unrealistisch und nicht machbar". Denn dazu bedürfte es neuer Kontrollinstrumente und Interventionssysteme, und dies ist in der Tat einer der Hauptschrecken der die völlige Freiheit des Geldes liebenden Bankiers. Wollten sich die westeuropäischen Länder gegenüber der US-Politik abschirmen, so wären Kontrollen und Einschränkungen des Zahlungs- und wahrscheinlich auch des Warenverkehrs mit dem Ausland unumgänglich.

Auch andere Einwände werden gebracht, ja die hohen Zinsen werden als notwendig zur Heilung der erkrankten Wirtschaft betrachtet. So etwa der als weißer Riese unter Westdeutschlands Wirtschaftsprofessoren bekannte Herbert Giersch aus Kiel. Er führt die hohen Zinsen darauf zurück, daß das Kapital gegenüber den 60er Jahren knapper geworden sei. Eine abenteuerliche These angesichts zunehmend freigesetzter Kapitalanlagen. Mindestens verwechselt Giersch hier eine *bestimmte* Form des Kapitals, nämlich Leihkapital, mit Kapital überhaupt. Aber um Zusammenhänge geht es ihm nicht, ihm geht es um eine neuerliche Untermauerung der alten Leier, daß die Wirtschaft erst dann wieder in Fahrt komme, wenn die Profite steigen. ,,Dazu müssen die Reallöhne hinter dem Anstieg der Arbeitsproduktivität zurückbleiben", sagt Giersch. So kommt man vom Zins zum Thema.

Trotz dieser reaktionären Lobeshymnen auf den amerikanischen Schirmherrn und hohe Zinsen, ist auch bei der daran geführten Kritik Wahrheit und Illusion zu unterscheiden. Man kann die Widersprüche zu den USA begrüßen und fördern, ohne die Gewerkschaften auf den Weg jener Kritik einzuschnüren.

Im Kern gehen die Theorien, die jetzt alles Heil in einem niedrigeren Zins sehen, ebenso an der Sache vorbei wie die Theorien, die als Krisenursache Nachfragemangel konstatieren.

Es ist nicht der hohe Zins, der die Unternehmen von weiteren Investitionen abgehalten hat, sondern es ist die in der Folge steigender Produktivität und höherer organischer Zusammensetzung des Kapitals gesunkene Profitrate. Daß mit der sinkenden Profitrate steigende Zinsen einhergehen, hat im wesentlichen zwei Gründe. Erstens steigen die Zinsen, wenn die Kapitalisten Investitionen vornehmen, die sie nur durch Kredit finanzieren können. Dies gilt natürlich nicht absolut, sondern in der Tendenz. Ständig hält ein Teil der Kapitalisten einen Teil seiner Erlöse zurück, um sie für später notwendige und geplante Investitionen aufzuschatzen. Er legt sie bei der Bank an, und diese verleiht das Geld weiter an Kapitalisten, die investieren, ohne das dafür notwendige Geldkapital bereits auf der Hand zu haben. Nimmt nun der Umfang dieser kreditfinanzierten Investitionen zu gegenüber dem insgesamt aufgeschatzten Geld, so steigt der Zins.

Der Zins kann in dieser Situation aber auch noch steigen, weil die Profite

jetzt alles Heil in einem niedrigeren Zins sehen, ebenso an der Sache vorbei wie die Theorien, die als Krisenursache Nachfragemangel konstatieren.
Es ist nicht der hohe Zins, der die Unternehmen von weiteren Investitionen abgehalten hat, sondern es ist die in der Folge steigender Produktivität und höherer organischer Zusammensetzung des Kapitals gesunkene Profitrate. Daß mit der sinkenden Profitrate steigende Zinsen einhergehen, hat im wesentlichen zwei Gründe. Erstens steigen die Zinsen, wenn die Kapitalisten Investitionen vornehmen, die sie nur durch Kredit finanzieren können. Dies gilt natürlich nicht absolut, sondern in der Tendenz. Ständig hält ein Teil der Kapitalisten einen Teil seiner Erlöse zurück, um sie für später notwendige und geplante Investitionen aufzuschatzen. Er legt sie bei der Bank an, und diese verleiht das Geld weiter an Kapitalisten, die investieren, ohne das dafür notwendige Geldkapital bereits auf der Hand zu haben. Nimmt nun der Umfang dieser kreditfinanzierten Investitionen zu gegenüber dem insgesamt aufgeschatzten Geld, so steigt der Zins.
Der Zins kann in dieser Situation aber auch noch steigen, weil die Profite

hoch stehen – sonst würde nicht derart akkumuliert – und die Zinsen können aus dem Zusatzprofit der neuen Investition gezahlt werden.

Entscheidender ist daher der zweite Grund für steigende Zinsen. Dies tritt nämlich dann ein, wenn die Kapitalisten fällige Rechnungen und Forderungen ihrer Lieferanten usw. nicht mehr aus ihren laufenden Erlösen bezahlen können. Dann wollen sie kurzfristigen Kredit von ihrer Bank, und entsprechend wird Druck auf den Zins ausgeübt. Er kann jetzt eine Höhe erreichen, die die Investitionen von Kapitalisten, deren Geschäft noch floriert, erschwert. Aber der Grund hierfür ist die beginnende Krise, also die insgesamt gesunkene Profitrate.

Nun kann die Zentralbank eines Landes in gewissen Grenzen den Zins auch zusätzlich nach oben treiben. Sie tut dies in der Regel, wenn die Kapitalisten über alle Maßen ins Geschäft gehen, bloß weil sie nicht ihr eigenes, sondern geliehenes Kapital riskieren. Inflation geht dann damit einher, und eine Produktionsweise, deren ein und alles die Verwertung des Werts ist, muß das selbständige Dasein des Werts im Geld sichern. Alle Kreditverhältnisse werden erschüttert, wenn das Geldzeichen seinen Wert verliert.

Freilich kann übertriebene Reaktion der Zentralbank eine zusätzliche Geldkrise hervorrufen. Aber es spricht wenig dafür, daß es sich darum gegenwärtig handelt. Gegenwärtig handelt es sich um eine wirkliche Krise, deren Ursache in Überproduktion von Kapital und gesunkener Profitrate leigt. Hohe Zinsen beschleunigen zwar den Konkurs von Unternehmen, die bereits auf Kredit arbeiten, aber im Kern folgt diese Kapitalvernichtung nicht aus zu hohen Zinsen, sondern eben aus dem Überfluß an Kapital.

Das entscheidende ist, daß ehe nicht die Profitrate wieder steigt auch nicht investiert wird, mögen die Zinsen auch noch so weit sinken. Kein Kapitalist investiert wegen niedrigerer Zinsen, wenn er nicht seinen Schnitt macht. Damit die Profitrate aber wieder steigen kann, muß bestehendes Kapital entwertet werden. Dies übersehen die Zinskritiker und lenken damit an einer Kritik der kapitalistischen Ökonomie

Inflation geht dann damit einher, und eine Produktionsweise, deren ein und alles die Verwertung des Werts ist, muß das selbständige Dasein des Werts im Geld sichern. Alle Kreditverhältnisse werden erschüttert, wenn das Geldzeichen seinen Wert verliert.
Freilich kann übertriebene Reaktion der Zentralbank eine zusätzliche Geldkrise hervorrufen. Aber es spricht wenig dafür, daß es sich darum gegenwärtig handelt. Gegenwärtig handelt es sich um eine wirkliche Krise, deren Ursache in Überproduktion von Kapital und gesunkener Profitrate leigt. Hohe Zinsen beschleunigen zwar den Konkurs von Unternehmen, die bereits auf Kredit arbeiten, aber im Kern folgt diese Kapitalvernichtung nicht aus zu hohen Zinsen, sondern eben aus dem Überfluß an Kapital.
Das entscheidende ist, daß ehe nicht die Profitrate wieder steigt auch nicht investiert wird, mögen die Zinsen auch noch so weit sinken. Kein Kapitalist investiert wegen niedrigerer Zinsen, wenn er nicht seinen Schnitt macht. Damit die Profitrate aber wieder steigen kann, muß bestehendes Kapital entwertet werden. Dies übersehen die Zinskritiker und lenken damit an einer Kritik der kapitalistischen Ökonomie

vorbei. Eine solche Kritik aber, nicht die Konstruktion von Wunschträumen, muß der Ausgangspunkt aller Antworten sein, die die Arbeiterbewegung auf die Krise zu geben hat.

Investitionen gehen zurück

Auch bürgerliche Wissenschaftler messen der Entwicklung der Investitionen für die Beurteilung der weiteren Entwicklung großes Gewicht bei. In erster Linie aber ist sie ihnen Kennzeichen für die Entwicklung der Nachfrage. Dies ist falsch. Die Entwicklung der Investitionen ist vor allem deshalb interessant, weil sie erkennen lassen, ob die Profitrate bereits wieder ein Niveau erreicht hat, das die Kapitalisten akkumulieren läßt.

So gesehen ist ein Fortdauern der Krise sicher. ,,Manche Unternehmen scheinen ursprünglich für dieses Jahr geplante Investitionsvorhaben zu reduzieren, zu strecken oder zu verschieben", schreibt die Bundesbank. Der Auftragseingang bei der Investitionsgüterindustrie hat sich weiter verringert und liegt deutlich unter dem Vorjahresstand. Die Ausgaben für Ausrüstungsinvestitionen, das sind Maschinen usw., sind im zweiten Vierteljahr saisonbereinigt um rd. 1% zurückgegangen. In konstanten Preisen gerechnet (real) lag ihr Volumen um rd. 2% unter dem vergleichbaren Vorjahresstand. Dabei muß berücksichtigt werden, daß ein großer Teil dieser Ausrüstungen bereits 1980 bestellt war aufgrund der damals noch optimistischeren Profitaussichten.

Nach wie vor allerdings bleibt der Einbruch der Investitionen weit hinter jenem der Jahre 1974/75 zurück. Neben der Nachwirkung früherer Bestellungen haben hier Rationalisierungsinvestitionen, wie öfter erwähnt, ihre Wirkung. Dazu kommt, daß in den letzten Jahren mit weit geringerer Rate akkumuliert worden war als zu Beginn der 70er Jahre. Entscheidend ist daher nicht nur die Tiefe des Einbruches, sondern auch die Breite, in der die Unternehmen erfaßt werden. Und dafür scheint symptomatisch, daß auch jene Regionen von der Krise erfaßt wurden, die bisher noch einen überdurchschnittlichen Stand der Produktion

güterindustrie hat sich weiter verringert und liegt deutlich unter dem Vorjahresstand. Die Ausgaben für Ausrüstungsinvestitionen, das sind Maschinen usw., sind im zweiten Vierteljahr saisonbereinigt um rd. 1% zurückgegangen. In konstanten Preisen gerechnet (real) lag ihr Volumen um rd. 2% unter dem vergleichbaren Vorjahresstand. Dabei muß berücksichtigt werden, daß ein großer Teil dieser Ausrüstungen bereits 1980 bestellt war aufgrund der damals noch optimistischeren Profitaussichten.
Nach wie vor allerdings bleibt der Einbruch der Investitionen weit hinter jenem der Jahre 1974/75 zurück. Neben der Nachwirkung früherer Bestellungen haben hier Rationalisierungsinvestitionen, wie öfter erwähnt, ihre Wirkung. Dazu kommt, daß in den letzten Jahren mit weit geringerer Rate akkumuliert worden war als zu Beginn der 70er Jahre. Entscheidend ist daher nicht nur die Tiefe des Einbruches, sondern auch die Breite, in der die Unternehmen erfaßt werden. Und dafür scheint symptomatisch, daß auch jene Regionen von der Krise erfaßt wurden, die bisher noch einen überdurchschnittlichen Stand der Produktion

aufzuweisen hatten. So hatten z.B. Baden-Württemberg und Hessen, zwei Bundesländer mit gewöhnlich relativ niedrigeren Arbeitslosenraten, in letzter Zeit einen überdurchschnittlichen Anstieg der Zahl an registrierten Arbeitslosen zu verzeichnen. Diese Tatsachen wiegen schwer.

Hoffnung auf Export

Die einzige positive Veränderung im westdeutschen Krisenbild ergibt sich beim Export, was die Bundesbank entgegen allen anderen Daten zu der euphorischen Behauptung veranlaßt, die Wirtschaft der BRD habe ,,in den vergangenen Monaten bemerkenswerte Fortschritte im strukturellen Anpassungsprozeß erzielt". Das dürfte aber mehr dazu gedacht sein, durch neue Erfolgsmeldungen von den nicht eingetroffenen Prophezeiungen der Vergangenheit, insbesondere aber von der steigenden Arbeitslosigkeit und den sinkenden Reallöhnen abzulenken.

Im Gegensatz zum inländischen Absatz haben sich die Auftragseingänge aus dem Ausland tatsächlich deutlich erhöht. Dies ist einerseits bemerkenswert angesichts des insgesamt stagnierenden Welthandels. Andererseits war diese Entwicklung begünstigt durch eine Abwertung der D-Mark, die inzwischen zum Stillstand gekommen ist.

Nach wie vor steht die BRD bezüglich der Lohnstückkosten im internationalen Vergleich günstig da. Aus dem Schaubild geht aber auch hervor, welch sprunghafter Einfluß von den Wechselkursen ausgeht. Auf die einheitliche Weltwährung ,,Sonderziehungsrechte" bezogen, können die BRD-Imperialisten 1981 mit deutlich sinkenden Lohnstückkosten rechnen und dies muß sich in steigendem Exportüberschuß niederschlagen.

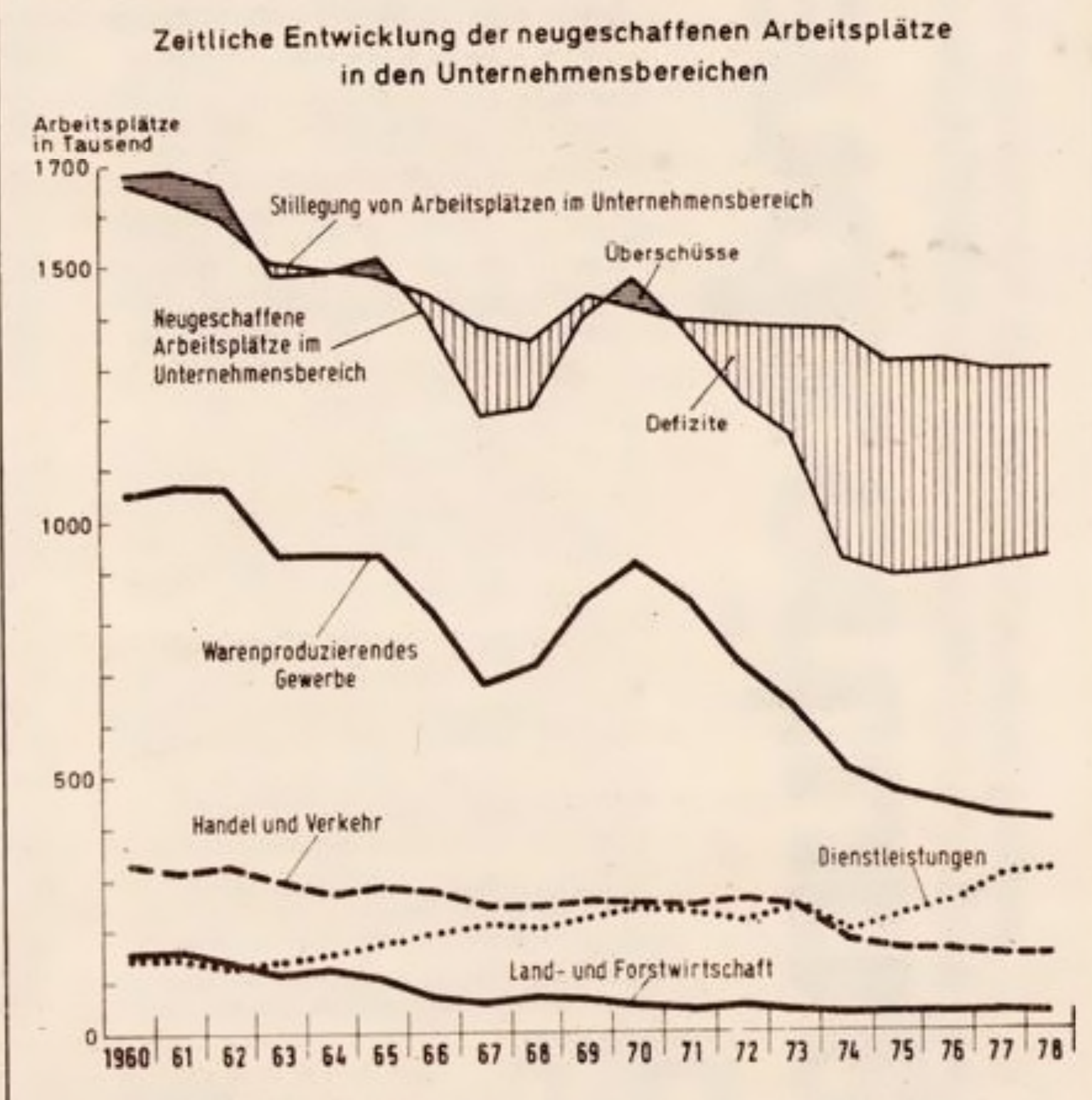
Besonders starke Exportzuwächse wurden im Handel mit den ölexportierenden Ländern erzielt. So nahmen die Lieferungen in die OPEC-Länder im Mai/Juli um 64% gegenüber dem Vorjahr zu. Dabei wurden auch andere Konkurrenten aus dem Feld geschlagen, so daß dieser Marktgewinn von Dauer sein dürfte.

Anders sieht es bereits mit dem weit überdurchschnittlichen Absatz in den USA aus. Dort nämlich ist die Produktion nach einem Aufflackern im Frühjahr wieder in Stagnation verfallen. Reagans Wirtschaftspolitik ist wenigstens zunächst zu einem zusätzlichen Krisenfaktor geworden, während in Großbritannien die Talfahrt anhält und immer mehr arbeitslos werden. In der EG geht die Zahl der registrierten Arbeitslosen jetzt auf 10 Millionen zu.

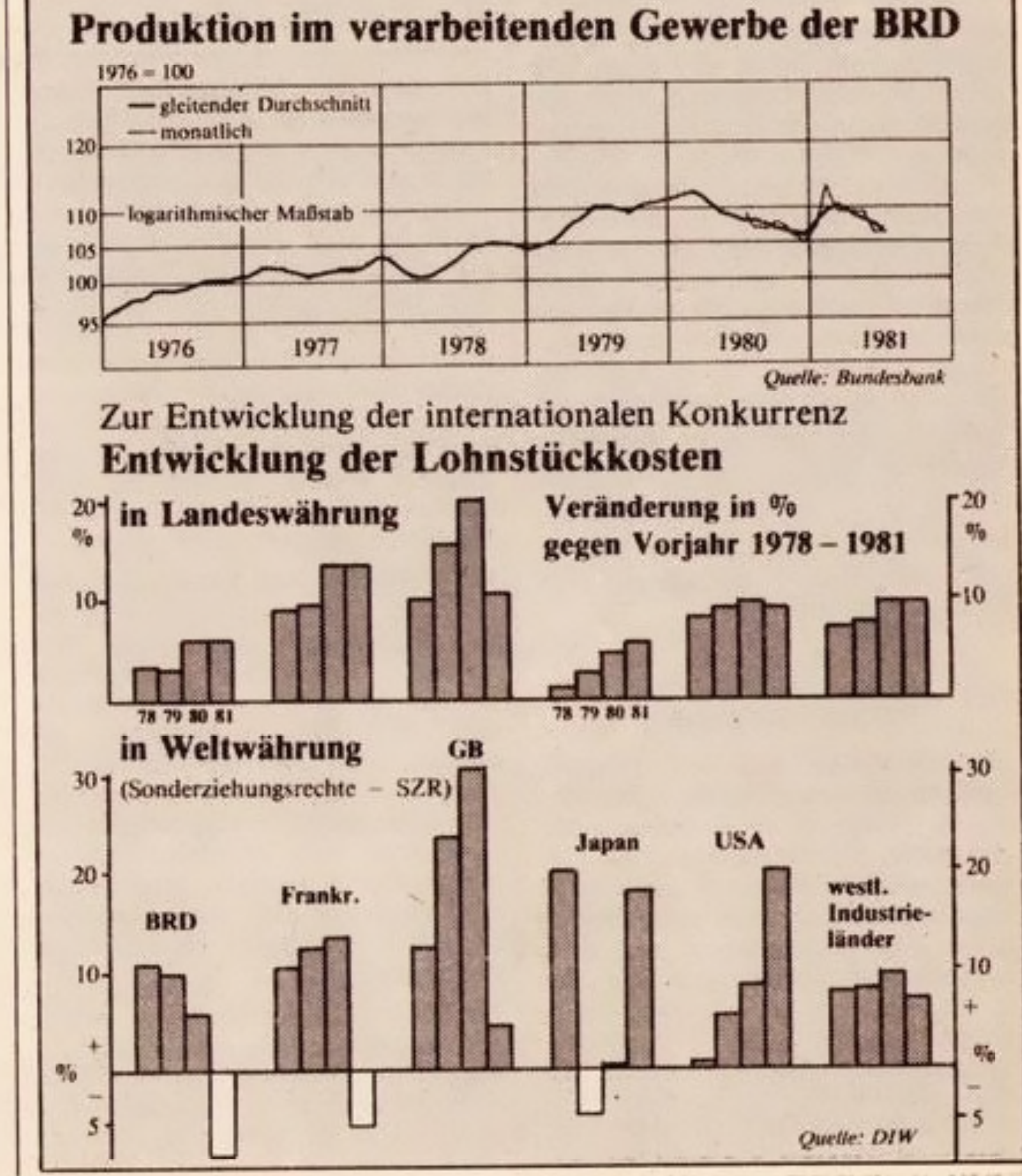
So ist es für die westdeutsche Wirtschaft überhaupt nicht gesichert, daß sie ihr Heil auf den Exportmärkten findet. Bisher wurde lediglich wieder aufgeholt, was aufgrund besonderer Umstände im letzten Jahr verloren gegangen war. Die Jubelrufe jetzt sind lediglich die den übertriebenen Klageliedern über angeblich gesunkene Wettbewerbsfähigkeit entsprechende Kehrsei-

Besonders starke Exportzuwächse wurden im Handel mit den ölexportierenden Ländern erzielt. So nahmen die Lieferungen in die OPEC-Länder im Mai/Juli um 64% gegenüber dem Vorjahr zu. Dabei wurden auch andere Konkurrenten aus dem Feld geschlagen, so daß dieser Marktgewinn von Dauer sein dürfte.
Anders sieht es bereits mit dem weit überdurchschnittlichen Absatz in den USA aus. Dort nämlich ist die Produktion nach einem Aufflackern im Frühjahr wieder in Stagnation verfallen. Reagans Wirtschaftspolitik ist wenigstens zunächst zu einem zusätzlichen Krisenfaktor geworden, während in Großbritannien die Talfahrt anhält und immer mehr arbeitslos werden. In der EG geht die Zahl der registrierten Arbeitslosen jetzt auf 10 Millionen zu.
So ist es für die westdeutsche Wirtschaft überhaupt nicht gesichert, daß sie ihr Heil auf den Exportmärkten findet. Bisher wurde lediglich wieder aufgeholt, was aufgrund besonderer Umstände im letzten Jahr verloren gegangen war. Die Jubelrufe jetzt sind lediglich die den übertriebenen Klageliedern über angeblich gesunkene Wettbewerbsfähigkeit entsprechende Kehrsei-

te. Solange sich die inneren Verhältnisse nicht entscheidend verändern, kann der Exportmarkt allenfalls einen tieferen Sturz aufhalten, jedoch keinen anhaltendenen Aufschwung bringen.



Der wesentliche Unterschied der jetzigen Krise zu den vorigen ist, daß nun stofflich zu wenig Produktionsmittel vorhanden sind, um alle Arbeitsfähigen auf dem erreichten Produktivitätsniveau zu beschäftigen. Ausgeschiedene Produktionsmittel wurden nicht wieder ersetzt. (Quelle: DIW)





Die hessischen Zeitungsverleger haben einen bundesweit ausgehandelten „Tarifvertrag für arbeitnehmerähnliche freie Journalisten an Tageszeitungen" nicht unterzeichnet. Vor dem Haus der hessischen Zeitungsverleger wurde darüber informiert und Unterschriften dagegen gesammelt.

Druckereiausrüstung an Solidarność

coi.Stockholm. Vorige Woche hat die schwedische LO die zweite komplette Offset-Druckerei im Werte von ca. 500000 DM an die polnische Solidarność verschickt. Sie soll in Wroclaw (Breslau) aufgestellt werden, die erste steht in Gdansk. Das Geld zur Anschaffung der Druckausrüstung ist durch eine intensive Sammlungskampagne in allen LO-Gewerkschaften aufgebracht worden, und LO hat diesen Monat nochmals alle Abteilungen und Betriebsgruppen aufgerufen, die Sammlung fortzusetzen, um Solidarność beim Aufbau eines schlagkräftigen Publikationswesens zu unterstützen. Die engen Beziehungen zur Solidarność brachte die schwedische LO durch die Teilnahme ihres Vorsitzenden am Gewerkschaftskongreß in Gdansk zum Ausdruck, während der stellvertretende Vorsitzende der Solidarność Kalynowsky beim LO-Kongreß zu Gast war. Dieser Kongreß beschloß die Verdoppelung der jährlichen finanziellen Mittel zur Unterstützung unterdrückter gewerkschaftlicher Organisationen auf fast 1,5 Millionen DM. Auf Wunsch von Solidarność koordiniert LO die Hilfsaktionen der westlichen Gewerkschaften.

Schweden: LO-Kongreß weiter für 6-Stunden-Tag

coi.Stockholm. Der Kongreß der schwedischen LO hält weiterhin an seinem Ziel der allgemeinen Verkürzung der werktäglichen Arbeitszeit auf sechs Stunden fest. Gleichzeitig jedoch war der Kongreß der Meinung, daß die Durchsetzung dieser Arbeitszeitverkürzung eine lange Zeit in Anspruch nehmen werde, da ein entsprechendes

schaffung der Druckausrüstung ist durch eine intensive Sammlungskampagne in allen LO-Gewerkschaften aufgebracht worden, und LO hat diesen Monat nochmals alle Abteilungen und Betriebsgruppen aufgerufen, die Sammlung fortzusetzen, um Solidarność beim Aufbau eines schlagkräftigen Publikationswesens zu unterstützen. Die engen Beziehungen zur Solidarność brachte die schwedische LO durch die Teilnahme ihres Vorsitzenden am Gewerkschaftskongreß in Gdansk zum Ausdruck, während der stellvertretende Vorsitzende der Solidarność Kalynowsky beim LO-Kongreß zu Gast war. Dieser Kongreß beschloß die Verdoppelung der jährlichen finanziellen Mittel zur Unterstützung unterdrückter gewerkschaftlicher Organisationen auf fast 1,5 Millionen DM. Auf Wunsch von Solidarność koordiniert LO die Hilfsaktionen der westlichen Gewerkschaften.

Schweden: LO-Kongreß weiter für 6-Stunden-Tag

coi.Stockholm. Der Kongreß der schwedischen LO hält weiterhin an seinem Ziel der allgemeinen Verkürzung der werktäglichen Arbeitszeit auf sechs Stunden fest. Gleichzeitig jedoch war der Kongreß der Meinung, daß die Durchsetzung dieser Arbeitszeitverkürzung eine lange Zeit in Anspruch nehmen werde, da ein entsprechendes
wirtschaftliches Wachstum Bedingung dafür sei. Als nächstes will LO für die Verkürzung der Arbeitszeit der Zwei-Schichtler eintreten.

Streik und Aussperrung bei der „Sunday Times"

kvz. Die Drucker der „Sunday Times" haben gedroht, wenn ihre Forderung nach 7,5% mehr Lohn nicht sofort akzeptiert werde, würden sie am Samstag nicht zur Arbeit erscheinen. Die Betriebsleitung kündigte die Aussperrung sämtlicher Angestellten, auch der Journalisten, an, wenn die Gewerkschaft nicht bis Freitag nachmittag schriftlich zusichere, daß die Drucker normal arbeiten werden. Die Gewerkschaft verweigerte die Zusicherung. Daraufhin wurde allen Angestellten die Aussperrungsmitteilung zugesandt. Die Gewerkschaft der Drucker hat als Antwort Streikposten bei der „Times" aufgestellt, damit diese auch nicht erscheint. Weder die „Sunday Times" noch die „Times" am Montag sind herausgekommen.

Gewerkschaftsumfrage soll verhindert werden

kvz. Vom ersten Tag ihrer Ausbildung an verteilen Lernschwestern selbständig Medikamente an Patienten. Der Unterricht über Wirkungen und Gefahren von Medikamenten, „Pharmakologie", steht aber erst am Ende des dritten Ausbildungsjahres auf dem Lehrplan. Ausbildende machen, völlig auf sich allein gestellt, Nachtwache ohne Unterstützung durch eine examinierte Schwester oder einen Arzt. Sich häufende Hinweise auf derartige Mißstände haben die ÖTV veranlaßt, eine bundesweite Umfrage durchzuführen, um zu erfahren, wo es Mängel in der theoretischen und praktischen Ausbildung von Lernschwestern und Krankenpflegern gibt. Die Württembergische Krankenhausgesellschaft hat zu verhindern versucht, daß die Gewerkschaftsfragebogen beantwortet werden, denn es gehöre „nicht zu den Aufgaben des Personal- oder Betriebsrats, entsprechendes Material für die Gewerkschaften zu sammeln", heißt es in einem Rundschreiben. Auch andere Krankenhausgesellschaften haben ähnliche Schreiben verschickt. Die Gewerkschaft wird die Befragung weiter durchführen und hält es für ein starkes Stück, daß Betriebs- und Personalratsmitglieder daran gehindert werden sollen, ihre Gewerkschaft bei der Aufdeckung von Mißständen und deren Beseitigung zu unterstützen.

Hungerstreik bei Enka abgebrochen

mfl. Die Betriebsleitung des Enka-Werks in Kassel hat der Einsetzung eines weiteren Gutachtergremiums zugestimmt. Die Treuhand AG hatte der Betriebsrat abgelehnt, weil sie für Enka schon länger tätig war. Die jetzt vorgeschlagene hessische Prüfungsgesellschaft Treuarbeit wurde von beiden Seiten anerkannt, und der Hungerstreik wurde somit abgebrochen. Der Prüfungsauftrag an die Gesellschaften soll innerhalb der nächsten drei Wochen ausgearbeitet werden. Die Prüfungsarbeiten werden voraussichtlich zwei Monate dauern. Während dieser Zeit sind Kündigungen ausgeschlossen. Die Belegschaft führt jetzt eine Sammlung für die Kollegen durch, die den Hungerstreik durchgeführt haben. Die Betriebsleitung hat sich geweigert, ihre Urlaubsgesuche für die Zeit des Hun-

Gewerkschaften zu sammeln", heißt es in einem Rundschreiben. Auch andere Krankenhausgesellschaften haben ähnliche Schreiben verschickt. Die Gewerkschaft wird die Befragung weiter durchführen und hält es für ein starkes Stück, daß Betriebs- und Personalratsmitglieder daran gehindert werden sollen, ihre Gewerkschaft bei der Aufdeckung von Mißständen und deren Beseitigung zu unterstützen.

Hungerstreik bei Enka abgebrochen

mfl. Die Betriebsleitung des Enka-Werks in Kassel hat der Einsetzung eines weiteren Gutachtergremiums zugestimmt. Die Treuhand AG hatte der Betriebsrat abgelehnt, weil sie für Enka schon länger tätig war. Die jetzt vorgeschlagene hessische Prüfungsgesellschaft Treuarbeit wurde von beiden Seiten anerkannt, und der Hungerstreik wurde somit abgebrochen. Der Prüfungsauftrag an die Gesellschaften soll innerhalb der nächsten drei Wochen ausgearbeitet werden. Die Prüfungsarbeiten werden voraussichtlich zwei Monate dauern. Während dieser Zeit sind Kündigungen ausgeschlossen. Die Belegschaft führt jetzt eine Sammlung für die Kollegen durch, die den Hungerstreik durchgeführt haben. Die Betriebsleitung hat sich geweigert, ihre Urlaubsgesuche für die Zeit des Hun-
gerstreiks zu genehmigen, und die Gewerkschaft kann aus rechtlichen Gründen keine finanzielle Unterstützung aus der Gewerkschaftskasse geben. Bisher wurden schon 2000 DM gesammelt.

Kurzmeldungen:

Der Bayrische Einzelhandelsverband hat innerhalb der Erklärungsfrist die Zustimmung für den bereits vereinbarten Manteltarifvertrag zurückgezogen. Abgelehnt wird, daß Teilzeitarbeitskräfte an allen betrieblichen Leistungen nach Maßgabe des Verhältnisses ihrer tatsächlichen Arbeitszeit zur tariflichen wöchentlichen Arbeitszeit teilhaben sollen. Die HBV hat in einem Kompromißvorschlag die Ausklammerung der betrieblichen Altersversorgung angeboten. Wenn keine Einigung zustande kommt, kündigt die HBV Streikmaßnahmen an, die auch in das Weihnachtsgeschäft fallen könnten.

Die Schließung von Ford Amsterdam darf laut Gerichtsentscheid nicht vor der Ausarbeitung einer Studie über mögliche Alternativen durchgeführt werden. An dieses Urteil ist jedoch nur die Ford-Tochter in Amsterdam gebunden, nicht aber die Muttergesellschaften in England bzw. in den USA. Die Muttergesellschaften lehnen die Übernahme von Verlusten strikt ab und stellen in Aussicht, Montageteile oder Ersatzteile nicht mehr nach Amsterdam zu liefern, um die Schließung so zu erzwingen.

Thyssen hat für mehrere Werke Entlassungen angekündigt. Im Werk Schalker Verein sollen rund 950 Beschäftigte entlassen werden, im Werk Hilden 230 und im Guß-Stahlwerk Gelsenkirchen 700 Beschäftigte.

IG Metall bereitet Tarifkampf vor

Vorstand und Beirat legen Forderungspaket vor

ped. Vorstand und Beirat der IG Metall haben erste Überlegungen zur kommenden Tarifbewegung veröffentlicht und in der Metallgewerkschaft zur Diskussion gestellt. Ausgangspunkt dieser Überlegungen: Die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen haben sich weiter verschlechtert; die kommende Tarifbewegung wird härter als die vergangene; die IGM hat ihre Handlungsfähigkeit durch die breite Einbeziehung der Mitglieder in die Auseinandersetzung Anfang des Jahres erhöht. Allen Konzepten einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik oder gar einer Lohnpause wird eine Absage erteilt. „Die Sicherung des materiellen Besitzstandes angesichts hoher Preisrisiken steht eindeutig im Mittelpunkt des Mitgliederinteresses. Aber auch die Verkürzung der Lebensarbeitszeit hat einen großen Stellenwert", heißt es seitens des Vorstandes auf einer Pressekonferenz. Wenig Zweifel wird darüber gelassen, daß der Vorstand eine tarifvertragliche Regelung anstrebt, die es ermöglicht, mit dem 60. Lebensjahr aus der Berufstätigkeit auszuscheiden, bei Fortzahlung eines 90% Entgeltes plus den entsprechenden Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen durch die Kapitalisten bis zum Eintritt des gesetzlichen Rentenalters mit 63 Jahren. Über die Notwendigkeit einer Herabsetzung des Rentenalters kann es wenig Zweifel geben. Nach einer Studie einer Berliner Forschungsgruppe hat sich die Berufstätigkeit in der Gruppe der 60- bis 64jährigen wie folgt entwickelt:

- bei Männern von ca. 75% 1970 auf 39,5% 1979,
- bei Frauen von 22,5% 1970 auf 11,4% 1979.

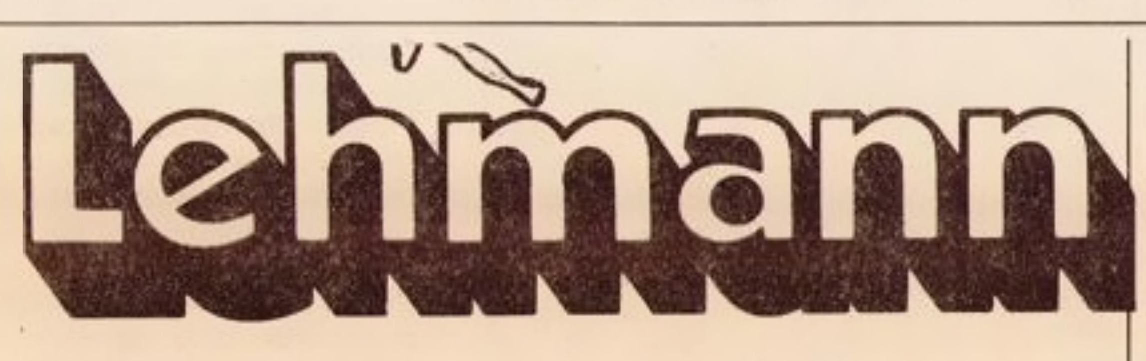
Bereits 18% der Altersgruppe von 55 bis 59 Jahre (Männer) waren 1979 frühverrentet (siehe KVZ 36, Seite 10). Nach Aussage von K.H. Janßen würden 131000 Beschäftige in der Metallindustrie im kommenden Jahr von einer entsprechenden tarifvertraglichen Regelung profitieren. Eine entsprechende Nachfragewirkung auf den Arbeitsmarkt wird sich versprochen.

Die Presse ist feundlich auf diesen Vorschlag angesprungen. Das „Handelsblatt": „Unter gewissen Voraussetzungen vernünftig: Der Prozentsatz der neben der Tarifrente noch zu verhandelnden Lohnerhöhung muß unter der für 1982 zu erwartenden Inflationsrate bleiben. Will die IGM das nicht, dann muß sie einen anderen Preis bieten, nämlich die Festschreibung der 40-Stunden-Woche über das Jahr 1983 hinaus".

Ein solcher Preis wäre hoch. Seit 1980 sinkt der Reallohn bereits und würde in der einen Variante nicht nur 1982 weiter sinken, sondern über die Steuern, deren Progression 1982 im Vergleich zu 1981 stärker wirken wird, einen zusätzlichen Schub erfahren. Andererseits wird die Verteidigung des Reallohnes in der kommenden Tarifbewegung auf keine geringeren Schwierigkeiten stoßen als zu Anfang dieses Jahres. Streik für einen Abschluß in Höhe der gegenwärtigen Inflationsrate von 6,6% und einer überproportionalen Anhebung der unteren Lohngruppen würde die politische Landschaft verändern, die Arbeiterbewegung gegen alle bürgerlichen Parteien schroff in Gegensatz stellen. Ob das ohne ein umfassenderes politisches Gesamtkonzept und nur über eine Lohnforderung überhaupt möglich ist, und ob dies der Arbeiterbewegung heute entspricht, wird abzuwarten sein.

Das Tarif-Rentner Konzept des Vorstandes setzt hingegen auf Sozialpartnerschaft, auf Zugeständnisse der Kapitalisten als Preis für ein Einlenken der Gewerkschaft auf weiteren Reallohnabbau. Immerhin, eine tarifvertragliche Rentenregelung ist gegenüber einem Beschäftigungsprogramm, wie es Bundesregierung und Bundesbankpräsident Pöhl für den Winter als Bonbon für den Reallohnverzicht offenbar präsentieren wollen, schon ein wirklicher Preis, den die Kapitalisten zahlen müßten. Ob er aber nicht zu gering ist gegenüber dem Reallohnverlust bzw. der Beibehaltung der tariflichen Wochenarbeitszeit weit in die 80er Jahre hinein, ist schwer zu beurteilen. Viel hängt davon ab, wie in den Tarifkommissionen und Betrieben, wo der Vorschlag des IGM-Vorstandes jetzt beraten wird, nach Einschätzung der Kräfte der Gewerkschaft und des Für und Widers entschieden wird. An der Schreibmaschine kann man sich über vieles aufregen, der Erhalt der Aktions- und Erfolgsfähigkeit der Gewerkschaften muß konkret und praktisch entschieden werden. Ausdrücklich heißt es seitens des IGM-Vorstandes: Bevor es zu einer korreten Entscheidung über das Konzept dieser Tarifbewegung kommt, sind in weiterer Diskussion Vor- und Nachteile, Nutzen und Risiken sorgfältig gegeneinander abzuwägen. Dem dienen verschiedene Beratungen der Tarifkommissionen im Verlaufe dieser Woche. Wir werden in der kommenden Woche darüber zu berichten haben.

tenalters mit 63 Jahren. Über die Notwendigkeit einer Herabsetzung des Rentenalters kann es wenig Zweifel geben. Nach einer Studie einer Berliner Forschungsgruppe hat sich die Berufstätigkeit in der Gruppe der 60- bis 64jährigen wie folgt entwickelt:
– bei Männern von ca. 75% 1970 auf 39,5% 1979,
– bei Frauen von 22,5% 1970 auf 11,4% 1979.
rigkeiten stoßen als zu Anfang dieses Jahres. Streik für einen Abschluß in Höhe der gegenwärtigen Inflationsrate von 6,6% und einer überproportionalen Anhebung der unteren Lohngruppen würde die politische Landschaft verändern, die Arbeiterbewegung gegen alle bürgerlichen Parteien schroff in Gegensatz stellen. Ob das ohne ein umfassenderes politisches Gesamtkonzept und nur über eine Lohnforderung
tens des IGM-Vorstandes: Bevor es zu einer korreten Entscheidung über das Konzept dieser Tarifbewegung kommt, sind in weiterer Diskussion Vor- und Nachteile, Nutzen und Risiken sorgfältig gegeneinander abzuwägen. Dem dienen verschiedene Beratungen der Tarifkommissionen im Verlaufe dieser Woche. Wir werden in der kommenden Woche darüber zu berichten haben.





Zentralorkan der Hamburger IGM-Jugend
• Solidarität mit Solidarność
2,50 DM SOLIDARITÄTSBEITRAG
Film und Informationsveranstaltung

Krise in der US-Autoindustrie

Gewerkschaft steckt einen Rückschlag nach dem anderen ein

acm. Von einer Krise der amerikanischen Automobilindustrie zu sprechen, ist schon geschmeichelt. Was sich in den letzten Jahren abspielte, kommt einem Erdrutsch gleich. Seit 1978 ist die Herstellung im PKW-Bereich um 40% gesunken, allein 1980 von 8,6 Mio. auf 6,3 Mio. Einheiten. Der Rückgang im Bereich der Nutzfahrzeuge ist nicht weniger schroff – 47% betrug er 1980. Die japanische Automobilindustrie hat die amerikanische schon seit diesem Zeitraum überflügelt, hat sich an die Weltspitze gesetzt. Nun war auch der innere Markt – traditionell groß und profitträchtig – nicht mehr sicher für die US-Konzerne, und als erster hat der Chrysler-Konzern seine Bankrott-Ambitionen beim Staat angemeldet und wurde daraufhin finanziell geliftet. Verluste wurden aber weiter gemacht. Entsprechend der Entwicklung auch auf dem Weltmarkt haben die großen Konzerne Ford, General Motors (GM) und Chrysler die Verantwortung für die Lage in der Aggressivität der japanischen Automobilindustrie gefunden. Die Erscheinung mag ihnen recht geben, aber die Ursachen, die sie benennen – zu hohe Löhne der amerikanischen Automobilarbeiter – klingen schon nach den ewigen Propagandamühlen der Kapitalisten.

Und die Wirklichkeit sieht auch anders aus. Oftmals hat die amerikanische Automobilarbeitergewerkschaft, UAW, Gegenargumente genannt: Die japanischen Arbeiter erhielten weit mehr Nebenleistungen und vor allem soziale Absicherungen, im übrigen seien sie auch unterbezahlt. Würden diese Argumente allein nicht reichen, das Reden der Kapitalisten ad absurdum zu führen, so gibt es weitere, die gerade aus der Funktion der Kapitalisten selbst herrühren.

In einem Aufsatz* in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften" zur Krise in der US-Autoindustrie und dem Verhalten der Automobilarbeitergewerkschaft UAW wird diese Seite der Entwicklung herausgearbeitet:

1. Zum einen habe die US-Automobilindustrie die Entwicklung kleinerer Modelle bis in die jüngste Zeit „verschlafen".

2. Wichtig sei zudem, daß nach der ersten Korrektur der Ölpreise 1973, die aber durch staatliche Preiskontrollen auf sehr niedrigem Niveau und unter Weltmarktniveau gehalten werden konnten, weiterhin keine Umkehr in der Produktenpalette erfolgte. „Die US-Konzerne konzentrierten Investitionen und Produktion nach wie vor auf Autos wie eh und je – lang, breit und schwer und benzinfressend. An dieser Strategie des „big car – big profit" war gut zu verdienen ... die Herstellungskosten (steigen) nicht proportional zur Größe. Kleinwagen sind nur unverhältnismäßig billiger in der Herstellung und folglich weniger gewinnträchtig: General Motors verdient an einem „Subcompact" 100 Dollar, an einem Auto der (amerikanischen) Normalgröße aber 1300 Dollar."

3. Sei die Krise aber nicht einfach auf den Absatz von Autos zurückzuführen, sondern auf die Schwächen in der Produktion selber. Die Basis dafür müsse in der kurzen Entwicklungszeit, Organisationsmängeln und innerbetrieblichen Konflikten gesucht werden. Eine Harvard-Studie kommt zu dem Ergebnis, daß „in den Differenzen von Produktivität und Qualität der entscheidende Vorsprung der japanischen vor der amerikanischen Automobilherstellung" besteht.

Diese Argumente erscheinen gerade deshalb als einleuchtend, weil die US-Kapitalisten ausgehend vom großen Binnenmarkt ihre kurzfristigen Profitinteressen gegenüber der wachsenden Konkurrenz und andersartigen Entwicklung im Weltmaßstab vorgezogen haben und von einer Beeinträchtigung des Binnenmarktes nicht im Traume ausgegangen waren. Die Wirklichkeit hat sie eingeholt – und die Folgen muß die Arbeiterklasse in der Automobilindustrie in einem unvorstellbaren Maße tragen.

Allein im Jahre 1980 sind 325000 Automobilarbeiter befristet oder unbefristet arbeitslos gewesen (Entlassung auf Zeit), das sind über 40% der noch Mitte 79 Beschäftigten. Im Juni 1980 setzte der Chrysler-Konzern 56% aller Arbeiter auf die Straße, bei Ford waren es 52%, bei GM waren es 460000 Entlassene. Noch im Dezember 1980 waren ⅓ aller amerikanischen Automobilarbeiter arbeitslos, davon 190000 auf unbestimmte, 33000 auf befristete Zeit. In der Zuliefererindustrie gingen insgesamt 750000 Arbeitsplätze verloren, weitere 100000 bei Autohändlern und Kfz-Werkstätten.

„Besonders betroffen von der Autokrise sind große Teile des Staates Michigan und der benachbarten Industriestaaten, deren Wirtschaftsstruktur stark auf die Autoindustrie zugeschnitten ist. Insbesondere die Autostadt Detroit siecht wirtschaftlich dahin; hier stieg die Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahr auf 18,5% und war damit doppelt so hoch wie im US-Durchschnitt. Allein Chrysler trug zur Arbeitslosigkeit der Stadt mit etwa 25000 Entlassungen innerhalb eines Jahres bei ... Praktisch erlebt der ganze nordöstliche Industriegürtel zwischen Chicago und der Ostküste einen rapiden Entindustrialisierungsprozeß ... Die Arbeitslosigkeit der Schwarzen in Detroit wurde 1980 auf 40%, die schwarzer Jugendlicher zwischen 16 und 19 Jahren auf 60% geschätzt."

Diese vom Kapital produzierte Lage



wurde von diesem optimal genutzt. Nicht nur, daß Betriebsschließungen und Entlassungen relativ reibungslos über die Bühne gebracht werden konnten, denn Sozialpläne hat es nicht gegeben und der einzige Schutz besteht bei Arbeitern, die über 20 Jahre Betriebszugehörigkeit haben (in manchen Fällen auch nach 10 Jahren). Sondern im gleichen Zeitraum wurden tariflich erkämpfte Errungenschaften rückgängig gemacht. Die dreijährigen Tarifverträge mit dem Inflationsindex wurden von Chrysler schon 1979 durchbrochen. Die UAW schloß weit niedriger ab als Ford und GM. Die jährlich fällige Lohnsteigerung wurde ebenso wie die Zahlung des Teuerungsausgleichs hinausgeschoben, Einschränkung des Urlaubs und der Sozialleistungen wurden vereinbart, die Geschäftsleitung bekam ein zinsloses Darlehen aus der Rentenkasse der Arbeiter. Die UAW erhielt dafür einen Sitz im Aufsichtsrat von Chrysler.

Die Verluste gingen weiter. 1980 wurde der laufende Vertrag wieder aufgehoben, Löhne und Sozialleistungen weiter gesenkt. Im Februar 1981 kam es dann zu einem absoluten Lohnstopp bis zur Tarifrunde 1982, die Dynamisierung der Betriebsrenten wurde aufgehoben. Mittlerweile haben über diese Prodzedur die Arbeiter dem Konzern einen Bonus von einer Milliarde Dollar überlassen müssen. Bei dem Auslaufen der Verträge im Herbst 1982 werden die Löhne und sonstigen Leistungen der Chrysler-Arbeiter um 18% unter denen bei Ford und GM liegen.

Die UAW hat also in den letzten Jahren nicht nur Zehntausende von Mitgliedern verloren, sondern mußte Rückzug für Rückzug druchführen – und die Lage hat sich keineswegs gebessert. Zwar verweist sie auf den Einstieg in die Mitbestimmung – was es sonst in den USA noch nie gegeben hat –; aber der eine Aufsichtsratsposten konnte bislang nichts an der Lage ändern. Und wenn Mark Stepp, einer der Vizepräsidenten der UAW äußerte: „Wenn das Management einen Betrieb schließen will, werden wir um Einsicht in die Produktivitätsdaten bitten. Und wenn wir ihnen zigen können, wie man Autos billiger bauen oder Ausschuß sparen kann, dann werden wir erwarten können, daß der Betrieb weiterläuft" (Business Week, 9.2.81), so hat sich dies in der Realität noch nicht bewahrheitet. Nicht, daß die Kapitalisten nicht die Produktivität steigern wollen, aber auf ihre Weise.

Die Gelder der Regierung und die den Arbeitern faktisch abgepreßten sind im wesentlichen zur Automatisierung und Vollautomatisierung eingesetzt worden. Über den Robotereinsatz findet eine massive Aufholbewegung statt gegenüber der Konkurrenz. Allein dadurch sollen nach Schätzungen bei GM über 20000 Arbeitsplätze auf der Strecke bleiben. Gleichzeitig wird auf eine Typenstandardisierung hingearbeitet. Ein anderer Effekt ist die Erschwerung der Kampfsituation der Arbeiterbewegung wegen der verschiedensten Ausweichmöglichkeiten für die Kapitalisten.

Was gegenüber diesen Entwicklungen der UAW geblieben ist, ist die gemeinsame Forderung mit den Automobilkapitalisten nach Einschränkung der Importe durch die Japaner. Eine teilweise recht üble Propaganda zeitigte solche Folgen, wie das Foto belegt.

Als eine positive Entwicklung kann man gegenüber dieser Richtung nur Vorschläge und Forderungen der UAW erachten, die eine Gesetzesinitiative fordern, nach der ausländische Autofirmen, die in den USA absetzen wollen, diese Autos überwiegend in den USA herstellen müssen. Sozusagen ein Programm zur Arbeitsplatzbeschaffung. Aber eine Lösung ist so auch nicht absehbar, denn die Konkurrenz wird sich weiterhin im Binnenmarkt entfalten und als Rationalisierungsschub fortsetzen. Das ganze ist ein Zirkelschluß.

Wie weit die Türen schon offen sind, zeigt auch die Offensive, die die Automobilkapitalisten in den letzten Tagen in den USA eröffnet haben: Das Modell Chrysler (Durchbrechen der Tarifverträge, Senkung der Sozialleistungen und Aussetzung des Inflationsindexes) müsse jetzt auch auf Ford und GM angewendet werden, denn für diese verschlechterten sich die Konkurrenzbedingungen ebenso, und sowieso sei das ungerecht. UAW-Vorsitzender Fraser hat eindeutig abgelehnt – aber wird dies auch noch im Herbst 1982 so sein? Solange aus diesem beschriebenen Labyrinth der kapitalistischen Logik nicht der Ausgang gesucht wird, d.h. sich von der Vorstellung der Vereinbarkeit der Interessen des Kapitals und der Arbeiterbewegung abgewendet wird, wird die amerikanische Arbeiterklasse bluten müssen. Und das ist auch ein – zweifelsohne trauriger – Anschauungsunterricht für das, was sich in Westdeutschland – noch im kleineren – abspielen wird, wenn sich die Krise vertieft.

*Zitate aus: Dombois/Sengenberger, Die Automobilarbeitergewerkschaft UAW und die Krise in der US-Autoindustrie, Gewerkschaftliche Monatshefte Nr. 8/81.

DDR: Gegen geringe Arbeitsproduktivität
zentrale Datenbank für die gesamte
technischen Entwicklungsstand loh-

Und die Wirklichkeit sieht auch anders aus. Oftmals hat die amerikanische Automobilarbeitergewerkschaft, UAW, Gegenargumente genannt: Die japanischen Arbeiter erhielten weit mehr Nebenleistungen und vor allem soziale Absicherungen, im übrigen seien sie auch unterbezahlt. Würden diese Argumente allein nicht reichen, das Reden der Kapitalisten ad absurdum zu führen, so gibt es weitere, die gerade aus der Funktion der Kapitalisten selbst herrühren.

In einem Aufsatz* in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften" zur Krise in der US-Autoindustrie und dem Verhalten der Automobilarbeitergewerkschaft UAW wird diese Seite der Entwicklung herausgearbeitet:

1. Zum einen habe die US-Automobilindustrie die Entwicklung kleinerer Modelle bis in die jüngste Zeit „verschlafen".

2. Wichtig sei zudem, daß nach der ersten Korrektur der Ölpreise 1973, die aber durch staatliche Preiskontrollen auf sehr niedrigem Niveau und unter Weltmarktniveau gehalten werden

interessen gegenüber der wachsenden Konkurrenz und andersartigen Entwicklung im Weltmaßstab vorgezogen haben und von einer Beeinträchtigung des Binnenmarktes nicht im Traume ausgegangen waren. Die Wirklichkeit hat sie eingeholt – und die Folgen muß die Arbeiterklasse in der Automobilindustrie in einem unvorstellbaren Maße tragen.

Allein im Jahre 1980 sind 325000 Automobilarbeiter befristet oder unbefristet arbeitslos gewesen (Entlassung auf Zeit), das sind über 40% der noch Mitte 79 Beschäftigten. Im Juni 1980 setzte der Chrysler-Konzern 56% aller Arbeiter auf die Straße, bei Ford waren es 52%, bei GM waren es 460000 Entlassene. Noch im Dezember 1980 waren ⅓ aller amerikanischen Automobilarbeiter arbeitslos, davon 190000 auf unbestimmte, 33000 auf befristete Zeit. In der Zuliefererindustrie gingen insgesamt 750000 Arbeitsplätze verloren, weitere 100000 bei Autohändlern und Kfz-Werkstätten.

„Besonders betroffen von der Autokrise sind große Teile des Staates Michigan und der benachbarten Indu-



wurde von diesem optimal genutzt. Nicht nur, daß Betriebsschließungen und Entlassungen relativ reibungslos über die Bühne gebracht werden konnten, denn Sozialpläne hat es nicht gegeben und der einzige Schutz besteht bei Arbeitern, die über 20 Jahre Betriebszugehörigkeit haben (in manchen Fällen auch nach 10 Jahren). Sondern im gleichen Zeitraum wurden tariflich erkämpfte Errungenschaften rückgängig gemacht. Die dreijährigen Tarifverträge mit dem Inflationsindex wurden von Chrysler schon 1979 durchbrochen. Die UAW schloß weit niedriger ab als Ford und GM. Die jährlich fällige Lohnsteigerung wurde ebenso wie die Zahlung des Teuerungsausgleichs hinausgeschoben, Einschränkung des Ur-

bessert. Zwar verweist sie auf den Einstieg in die Mitbestimmung – was es sonst in den USA noch nie gegeben hat –; aber der eine Aufsichtsratsposten konnte bislang nichts an der Lage ändern. Und wenn Mark Stepp, einer der Vizepräsidenten der UAW äußerte: „Wenn das Management einen Betrieb schließen will, werden wir um Einsicht in die Produktivitätsdaten bitten. Und wenn wir ihnen zigen können, wie man Autos billiger bauen oder Ausschuß sparen kann, dann werden wir erwarten können, daß der Betrieb weiterläuft" (Business Week, 9.2.81), so hat sich dies in der Realität noch nicht bewahrheitet. Nicht, daß die Kapitalisten nicht die Produktivität steigern wollen, aber auf ihre Weise.

in den USA eröffnet haben: Das Modell Chrysler (Durchbrechen der Tarifverträge, Senkung der Sozialleistungen und Aussetzung des Inflationsindexes) müsse jetzt auch auf Ford und GM angewendet werden, denn für diese verschlechterten sich die Konkurrenzbedingungen ebenso, und sowieso sei das ungerecht. UAW-Vorsitzender Fraser hat eindeutig abgelehnt – aber wird dies auch noch im Herbst 1982 so sein? Solange aus diesem beschriebenen Labyrinth der kapitalistischen Logik nicht der Ausgang gesucht wird, d.h. sich von der Vorstellung der Vereinbarkeit der Interessen des Kapitals und der Arbeiterbewegung abgewendet wird, wird die amerikanische Arbeiterklasse bluten müssen. Und das ist auch ein – zweifelsohne trauriger – Anschauungsunterricht für das, was sich in Westdeutschland – noch im kleineren – abspielen wird, wenn sich die Krise vertieft.

*Zitate aus: Dombois/Sengenberger, Die Automobilarbeitergewerkschaft UAW und die Krise in der US-Autoindustrie, Gewerkschaftliche Monatshefte Nr. 8/81.

DDR: Gegen geringe Arbeitsproduktivität setzt die Bürokratie auf Roboter

kmh.Hamburg. Die Wirtschaftsplaner in der DDR haben das Stichwort ‚Mikroelektronik' entdeckt. Während der Fünfjahresplan ursprünglich bis 1985 die Installation von 9000 Industrierobotern vorsah, soll jetzt der Einsatz vervierfacht werden: 40000–50000 lautete die neue Linie.

Worum es geht, schreibt das SED-ZK-Mitglied Gerhard Trautenhahn im Funktionärsorgan „Einheit": möglichst hoher Veredelungsgrad der Produktion durch den optimalen Einsatz der heutigen wissenschaftlichen Erkenntnisse und Technologien. Erreicht werden soll das durch intensive Zusammenarbeit mit den ‚sozialistischen' Bruderstaaten und eigene Anstrengungen.

Allein 25% der bis 1985 erreichten Zunahme der *Arbeitsproduktivität* soll durch Mikroelektronik erreicht werden. Gleichzeitig soll die ‚Silizium-Intelligenz' Tausende von *Arbeitskräften freisetzen* und in großem Umfang *Material- und Energieeinsparungen* bescheren.

Diese Hoffnungen sind verständlich, wenn man sich die nebenstehenden Zahlen anschaut. Sie zeigen das gleiche unveränderte Bild, wie es schon seit der Industrialisierung der SU in den 30er Jahren für zentralbürokratisch gelenkte Wirtschaften typisch ist:

– Trotz höherem Materialeinsatz und höherem Energieverbrauch wird 30% weniger produziert.

– Dabei muß für vergleichbare Produktionskapazitäten doppelt so viel investiert werden wie in der BRD.

– Die Sache ist auch nicht allein typisch für die Industrie. Auch in der Landwirtschaft liegt der Ertrag pro Fläche 25% niedriger als in der BRD, und das obwohl in den Agrargroßbetrieben der DDR mehr Arbeiter die gleiche Fläche bewirtschaften als in der BRD mit ihren vielen Kleinbetrieben.

Trotz hoher Investitionen Zurückhängen der Produktivität

Zusammengefaßt kann man feststellen, daß die Arbeitsproduktivität wesentlich geringer ist. Das weiß die DDR-Bürokratie auch. Ursache aber für die geringe Arbeitsproduktivität sind nicht mangelnde Investitionen und aufgrunddessen veraltete Maschinen, was z.B. die Ursache für die geringere Produktivität der britischen Wirtschaft ist. Im Gegenteil, die Investitionen sind hoch, wenn auch nicht immer auf dem gleichen technischen Niveau. Bekannt sind vielmehr Stockungen in der Produktion aufgrund systematischer Versorgungsprobleme, hoher Energie- und Materialverbrauch und schlechte Produktionsqualität, also hoher Ausschuß und geringe Haltbarkeit. Erklären kann man sich die aus der bürokratischen Planung, die nicht nur das Engagement des Arbeiters tötet, sondern auch keine Eigeninitiative auf den unteren Stufen der Hierarchie zuläßt. Offensichtlich ist die schematische Konzentration von Produktionsanlagen und die Bildung von möglichst großen Betrieben weder in der Landwirtschaft noch in der Industrie eine effektive Wirtschaftsorganisation. (In der DDR arbeiten 91% aller Industriebeschäftigten in 129 Kombinaten.)

Diesen Problemen will die Bürokratie also nun durch Großeinsatz von Robotern begegnen. In fünf Jahren will sie eine grundlegende und durchgängige Erneuerung der technischen Basis ganzer Industriebetriebe und Kombinate durchführen. Abgesehen davon, daß diese Modernisierung vom Weltmarkt auch diktiert wird, weil sonst die DDR im internationalen Handel noch weniger konkurrenzfähig wird, schauen aus diesem Ruchzuckverfahren auch schon wieder die Schwächen der zentralbürokratischen Planung hervor. Nicht die wirtschaftliche Initiative der einzelnen Produktionseinheiten und ihrer Rechnungsführung ist die Basis, sondern ein großer Umwälzungsplan. In Karl-Marx-Stadt soll am dortigen Forschungsinstitut des Werkzeugmaschinenbaus eine *zentrale Datenbank* für die gesamte Volkswirtschaft installiert werden. Dort werden die Roboterfachleute alle technisch-ökonomischen Parameter speichern, die die Entwicklung, die Produktion und die Anwendung der Industrieroboter betreffen.

Das Ergebnis dieser Roboterisierung wird sicherlich eine Steigerung der Produktivität sein. Eine andere Frage ist, ob dadurch etwas an der relativen Effektivität der Investitionen geändert wird. Eine schematische Umstellung auf Roboter kann nämlich im einzelnen Betrieb oder in einer einzelnen Produktionsabteilung durchaus auch zur *Steigerung* der notwendigen Arbeitszeit pro Produkt führen, wenn die Kosten für die technische Umstellung in keinem Verhältnis zur erreichten Einsparung stehen. Das wiederum hängt davon ab, ob eine korrekte Rechnungsführung in diesem Bereich existiert und zur Grundlage von Investitionsentscheidungen gemacht wird. Dann wird man nämlich auch häufig dazu kommen, daß elektronische Einrichtungen erst ab einem bestimmten technischen Entwicklungsstand lohnend sind und wird gegebenenfalls mit der Enführung solange warten, bis die wissenschaftliche Entwicklung soweit gediehen ist.

Dieses Problem wird natürlich auch gesehen: Die Leitlinien für den Automaten-Einsatz sprechen davon, daß die Aufstellung von Robotern komplex, sorgfältig und zielgerichtet vorzubereiten sei. Man könne nicht einfach die neue auf die alte Technik aufpropfen. Erforderlich seien anspruchsvolle, in den einzelnen Kombinaten zu erarbeitende Einsatzkonzeptionen und spezialisierte Einsatzzentren.

Zwei Punkte meine ich, sprechen jedoch dagegen, daß das Produktivitätsproblem gelöst wird: Erstens ist eine materialistische Rechnungsführung gar nicht möglich ohne einen Maßstab, der den tatsächlichen Wert der Produkte, also die in ihnen enthaltene gesellschaftliche Arbeitszeit, wirklich mißt. Dazu ist aber das gegenwärtige Preissystem nicht in der Lage.

Zweitens wissen wir aus der Elektronisierung in den kapitalistischen Betrieben der BRD mittlerweile, in welchem Umfang diese Entwicklung Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Angestellten hat, und es sind daraus heftige gewerkschaftliche Auseinandersetzungen entstanden. Solange die Arbeiter und Angestellten weder Herren der Produktion sind, noch Möglichkeiten haben, über eigene Organisationen zumindestens über gewerkschaftliche Kämpfe ihre Interessen tendenziell zu Geltung zu bringen, wird ihre Initiative auch nicht entfaltet werden können.

Damit aber müssen sich die Probleme der DDR-Wirtschaft zwangsläufig erneut reproduzieren, wenn auch auf höherem technischen Niveau.

Vergleich einiger Wirtschaftszahlen zur Einschätzung der Produktivität
(Quelle: Fischer Weltalmanach '81)

	BRD	DDR
Produkten pro Arbeitsstunde	32,6 DM	16,0 M
Materialeinsatz pro 1000 DM/M Produktionswert	628,0 DM	680,0 M
Primärenergieverbrauch pro Person	6,1 t SKE	7,1 t SKE
Bruttosozialprodukt pro Person (1978) (1 DM = 1 M)	9600 $	5660 $
Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung	42,4%	53,9%
Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft an der Zahl der Erwerbstätigen insgesamt	9%	12%
Kartoffeln/ha	295 dz	187 dz
Getreide/ha	44,8 dz	38,5 dz

Wie weiter im Kampf gegen die Schließung von VDM und Adler?

Diskussion in der Gewerkschaft

ulw.Frankfurt. Adler und VDM sind nur ein Teil einer ganzen Serie von Betriebsstillegungen und Massenentlassungen im Rhein-Main-Gebiet. Zu den 1600 geplanten Entlassungen bei Adler und 1700 bei VDM kommen noch 50 bei Curta (im Besitz der Höchst-Tochter Cassela), 500 bei Kalle in Wiesbaden (ebenfalls Höchst AG) und 500 bei Dunlop. Im öffentlichen Dienst droht allein in der Stadt Frankfurt der Abbau von 1000 Arbeitsplätzen, und im Bereich Handel, Banken und Versicherungen sind, einer Untersuchung der DAG zufolge, 3000 Arbeitsplätze von Rationalisierungsmaßnahmen akut bedroht. Für die Gewerkschaften stellt sich damit ziemlich schlagartig die Frage nach Strategien gegen Betriebsstillegungen und Massenentlassungen.

Darum ging es auf einer Diskussionsveranstaltung, die der Club Voltaire am Montag durchführte. An der Diskussion nahmen Teil: Gunter Schwarz von der Kreisverwaltung der IG Metall, Franz Stein, Betriebsratsvorsitzender von Adler, und Ulrike Ackermann von der Bürgerinitiative für VDM.

Innerhalb der IGM und anderer Gewerkschaften hatte sich eine erhebliche Opposition angestaut gegen die Art und Weise der Unterstützung des Kampfes bei Adler und VDM durch die Ortsverwaltung. Diese Kritik machte sich zunächst Luft in Vorwürfen wie ,,zu spät", ,,schlechte Information der Funktionäre und Mitglieder", ,,schlechte Mobilisierung" u.ä. Für diese Kritik gibt es zahlreiche Anhaltspunkte.

Der Versuch, praktische Vorschläge für das weitere Vorgehen zu sammeln, führte zum einen zu Forderungen nach Betriebsbesetzungen und anderen, für sich allein etwas aktionistisch anmutenden Maßnahmen. Franz Stein machte darauf aufmerksam, daß die Belegschaften nicht einfach geschlossen für Betriebsbesetzungen seien. Viele hätte halt die Sorge, daß sie damit nur den Sozialplan gefährdeten. Dies beruht vor allem darauf, daß nicht geklärt ist, mit welchem Ziel und mit welchen Erfolgsaussichten eine Besetzung geführt werden könnte.

Andere sahen die Antworten auf allgemeinerer Ebene: 35-Stunden-Woche, Herabsetzung des Rentenalters, staatliche Beschäftigungsprogramme. Ein Personalrat aus dem öffentlichen Dienst entwickelte Überlegungen, druch kommunale Projekte (Fernwärme-Netze) die Beschäftigung für die Betriebe zu sichern, statt hunderte von Millionen Mark in Prestigeobjekte zu stecken.

Ein Problem bei der Beurteilung der jetzt entstandenen Lage liegt in der Einschätzung, was daran auf die bisherige Politik der Gewerkschaft und Betriebsräte zurückzuführen ist und was anderen Umständen geschuldet ist, etwa der Tatsache, daß die Illusionen, auf denen diese Politik beruhte, doch von vielen oder der Mehrheit geteilt wurden.

Die Diskussion zeigte, daß eigentlich niemand über ein geschlossenes Konzept verfügt, welches sowohl den betroffenen Belegschaften eine Perspektive bietet, auch insgesamt eine breite Front gegen Massenentlassungen und Arbeitslosigkeit zu schaffen in der Lage ist. Zur Zeit erscheint es fraglich, ob die Überwindung dieses Mangels für die Belegschaften von VDM und Adler noch rechtzeitig kommt.

DGB-Jugend Westberlin unterstützt Friedensbewegung und Hausbesetzer

bni.Westberlin. Auf der 12. Landesbezirksjugendkonferenz des DGB-Berlin haben 44 Delegierte der 15 Einzelgewerkschaften über ein Paket von 67 Anträgen beschlossen. In seiner Begrüßungsrede ging der Vorsitzende des LJA (Landesbezirksjugendausschuß) Detlef Prinz auf die Friedens- und Wohnungspolitik ein, da seiner Einschätzung nach diese Themen die bestimmenden sein werden. Er sagte, der DGB soll die größte Friedensbewegung werden, daß man beide Supermächte gleichmäßig kritisieren und beide zur

– Konsequenter Abbau des Rüstungsexports mit dem Ziel eines Verbots.
– Erarbeitung und Erprobung von Alternativen zur Rüstungsproduktion in den betroffenen Betrieben unter Beteiligung der Gewerkschaften.
– Schaffung eines Abrüstungsamtes und eines entsprechenden Bundestagsausschusses mit weitreichenden Kontrollmöglichkeiten, insbesondere für Rüstungsproduktion, -export, Einhaltung konkret vereinbarter Abrüstungsschritte und für die Ausrüstung der

ADLER-Betriebsrat gegen jede Spaltung

Es bleiben 1600 Entlassungen in Frankfurt und 3000 insgesamt

jot.Frankfurt. Daß VW-Wolfsburg, mit 98,4% Besitzanteil an Triumph/Adler Nürnberg die Betriebsstätte ADLER-Werke Frankfurt aufrechtzuerhalten erkärt hat, geht eindeutig auf das Konto der Belegschaft des Werkes und der Unterstützung der 8000 auf der Kundgebung auf dem Römerberg versammelten Beschäftigten. Der VW-Vorstand teilte dem anreisenden Oberbürgermeister Frankfurts, Wallmann, den Beschluß mit; zu verhandeln brauchte er nichts mehr. 1005 Beschäftigte halten das Frankfurter Werk, 1600 werden bis Ende 1982 abgebaut. In diesen Fällen kommt der seit 1978 geltende Sozialplan zur Anwendung. Nur, so berichtet ein Adler-Beschäftigter, Norbert H.: ,,Ich will die 50000 DM Abfindung nicht ... Die Rechnung geht nicht auf, wenn das Geld nur drei Jahre reicht, und danach ist es aus."

Eines allerdings bleibt als Erfolg zu verbuchen: Das Frankfurter Werk bleibt bestehen. Darin liegt aber nur ein halber Erfolg. Nach wie vor sollen 3000 Arbeitsplätze abgebaut werden, nur jetzt auf die anderen Werke mit verteilt. Die Vertrauensleute der IGM bei den Adler-Werken haben sich für ein Treffen der Vertrauensleute aller betroffenen Werke von Triumph-Adler ausgesprochen. Tatsächlich bestand anfangs Unsicherheit über die Frage, ob man die 1005 Arbeitsplätze nicht mit weiteren Kampfmaßnahmen gefährde. ,,Unüberlegte Handlungen könnten die Stillegung des Werkes provozieren oder, z.B. bei Besetzung, die Kündigung des vereinbarten Sozialplans zur Folge haben", gab der Betriebsratsvorsitzende Stein zu bedenken. Der Betriebsrat einigte sich. Bei einer Reduzierung der Belegschaft auf 1005 bleiben die Betriebskosten fast gleich. Das bedeutet für 1005 Arbeitsplätze den Tod auf Raten, also muß weitergekämpft werden. Der Betriebsrat erklärte sich gegen die vorgeschlagene Regelung der Belegschaftsreduzierung, wandte sich gegen jeden weiteren Versuch von Spaltung und bedankte sich noch einmal bei der Kirche und dem Vereinsring im Gallus-Viertel für deren Unterstützung. Die Kirche hatte inzwischen mit der Caritas usw. einen Sozialdienst – auch für Ausländer – eingerichtet, um alle aus der gegenwärtigen Lage resultierenden Fragen zu klären und zu beraten. Die katholische und evangelische Kirche stellten zu diesem Zweck ihre Räume zur Sprechstunden-Beratung zur Verfügung. Dagegen erklärte die CDU im Gallus in Hinblick auf den hohen Ausländeranteil der Adler-Werke: Deutsche helfen Deutschen. Diese Hilfe hätte bis zur Zeit noch niemand beansprucht.

Am Mittwoch, dem 30.9.81, ist ordentliche Betriebsversammlung bei den ADLER-Werken, zu der auch die Kirche eingeladen ist. Erwartet wird eine Erklärung des Werks-Vorstandes zu den gestellten Fragen.



Erste Demonstration der ADLER-Beschäftigten gegen die verkündete Stillegung. Der Verlauf der Auseinandersetzung bei ADLER und auch bei VDM kann auf den Betriebsversammlungen der anderen großen Betriebe Frankfurts bekannt gemacht werden und zur Unterstützung der Initiative VDM-Heddernheim und für ADLER/TRIUMPH-Gallus aufgefordert werden. Material liegt in der IGM Ortsverwaltung Ffm zur Verfügung.

VDM-Kapitalisten lehnen Alternativplan ab

ulw.Frankfurt. Der Alternativplan, den Betriebsrat und IG Metall ausgearbeitet hatten, und demzufolge auch unter marktwirtschaftlichen Bedingungen eine gewinnbringende Produktion

soll, darüber herrscht Unklarheit.
Die Ortsverwaltung der IGM äußerte sich am folgenden Tag so: Da es nicht länger um betriebswirtschaftliche Fragen gehe, sollten nun die Politiker

teilnehmern machte die Forderung nach Werksbesetzung die Runde. Die Kundgebungsredner der IG Metall gaben dem reichlich Nahrung. Der 2. Bevollmächtigte der IG Metall, Otto, er-

Innerhalb der IGM und anderer Gewerkschaften hatte sich eine erhebliche Opposition angestaut gegen die Art und Weise der Unterstützung des Kampfes bei Adler und VDM durch die Ortsverwaltung. Diese Kritik machte sich zunächst Luft in Vorwürfen wie ,,zu spät", ,,schlechte Information der Funktionäre und Mitglieder", ,,schlechte Mobilisierung" u.ä. Für diese Kritik gibt es zahlreiche Anhaltspunkte.
Der Versuch, praktische Vorschläge für das weitere Vorgehen zu sammeln, führte zum einen zu Forderungen nach

wa der Tatsache, daß die Illusionen, auf denen diese Politik beruhte, doch von vielen oder der Mehrheit geteilt wurden.
Die Diskussion zeigte, daß eigentlich niemand über ein geschlossenes Konzept verfügt, welches sowohl den betroffenen Belegschaften eine Perspektive bietet, auch insgesamt eine breite Front gegen Massenentlassungen und Arbeitslosigkeit zu schaffen in der Lage ist. Zur Zeit erscheint es fraglich, ob die Überwindung dieses Mangels für die Belegschaften von VDM und Adler noch rechtzeitig kommt.

DGB-Jugend Westberlin unterstützt Friedensbewegung und Hausbesetzer

bni.Westberlin. Auf der 12. Landesbezirksjugendkonferenz des DGB-Berlin haben 44 Delegierte der 15 Einzelgewerkschaften über ein Paket von 67 Anträgen beschlossen. In seiner Begrüßungsrede ging der Vorsitzende des LJA (Landesbezirksjugendausschuß) Detlef Prinz auf die Friedens- und Wohnungspolitik ein, da seiner Einschätzung nach diese Themen die bestimmenden sein werden. Er sagte, der DGB soll die größte Friedensbewegung werden, daß man beide Supermächte gleichmäßig kritisieren und beide zur Abrüstung auffordern solle. Zur Wohnungspolitik sagte Prinz, daß das Hausbesetzerproblem nicht mit dem Polizeiknüppel gelöst werden kann, sondern eine politische Lösung gefunden werden muß. Man müsse mit der ,,Neuen Heimat" diskutieren.

In den späteren Diskussionen über die Anträge stellte sich heraus, daß es in der Gewerkschaftsjugend eine breite Unterstützung für die Friedensbewegung gibt. Das DGB-Verbot für die Teilnahme an der Demonstration am 10.10. in Bonn wurde einhellig kritisiert und die DGB-Führung wurde aufgefordert, diesen Beschluß zurückzunehmen.

Der Antrag vom Landesbezirksjugendausschuß, der später beschlossen wurde, faßte die Beschlüsse der Einzelgewerkschaften zusammen. In ihm wurde gefordert:

– *Sofortiger Beginn von Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung in Europa ohne Vorbedingungen und mit dem Ziel, keine weitere Stationierung atomarer Waffen in Ost und West zuzulassen.*
– *Sofortige Ratifizierung von SALT II.*
– *Erarbeitung konkreter Abrüstungsmaßnahmen in Ost und West mit dem Ziel, eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu schaffen.*
– *Keine Stationierung der Neutronenbombe in Europa.*
– *Rücknahme des Nato-,,Nachrüstungsbeschlusses".*
– *Keine Beteiligung der Bundeswehr an einer internationalen Eingreiftruppe.*
– *Keine Beteiligung der BRD an der Entwicklung neuer Waffensysteme.*
– *Konsequenter Abbau des Rüstungsexports mit dem Ziel eines Verbots.*
– *Erarbeitung und Erprobung von Alternativen zur Rüstungsproduktion in den betroffenen Betrieben unter Beteiligung der Gewerkschaften.*
– *Schaffung eines Abrüstungsamtes und eines entsprechenden Bundestagsausschusses mit weitreichenden Kontrollmöglichkeiten, insbesondere für Rüstungsproduktion, -export, Einhaltung konkret vereinbarter Abrüstungsschritte und für die Ausrüstung der Bundeswehr.*
– *Parallel dazu schrittweise Senkung des Verteidigungshaushaltes und Umverteilung zugunsten der Entwicklungshilfe und von sozialen und Friedensdiensten.*
– *Ausbau der Friedensforschung und Einführung des Faches ,,Friedenserziehung" in den allgemeinbildenden Schulen.*

Auch das Wohnungsproblem wurde ausgiebig diskutiert. Der Antrag der HBV war der weitgehendste. In ihm wurden folgende Forderungen aufgestellt:

– *Keine Kriminalisierung von Instandbesetzern*
– *Freilassung aller in diesem Zusammenhang unschuldig Verhafteten*
– *Amnestie für alle in diesem Zusammenhang bereits unschuldig Verurteilten*
– *Keine weiteren Räumungen von instandbesetzten Häusern*
– *Sofortige Maßnahmen, die Hausbesitzer zur Instandsetzung und Wiedervermietung leestehenden Wohnraums zwingen*
– *Verstärkte Förderung des Sozialwohnungsbaus*
– *Verhinderung von übertriebenen Luxussanierungen*
– *Keine Einführung des weißen Kreises.*

Ursprünglich hieß es in diesem Antrag ,,Freilassung aller in diesem Zusammenhang Verhafteten" und ,,Amnestie für alle in diesem Zusammenhang bereits Verurteilten". Das ,,unschuldig" wurde nach längerer Diskussion eingefügt, da die Gefahr bestand, daß der Beschluß sonst nicht angenommen würde.

betroffenen Werke von Triumph-Adler ausgesprochen. Tatsächlich bestand anfangs Unsicherheit über die Frage, ob man die 1005 Arbeitsplätze nicht mit weiteren Kampfmaßnahmen gefährde. ,,Unüberlegte Handlungen könnten die Stillegung des Werkes provozieren oder, z.B. bei Besetzung, die Kündigung des vereinbarten Sozialplans zur Folge haben", gab der Betriebsratsvorsitzende Stein zu bedenken. Der Betriebsrat einigte sich. Bei einer Reduzierung der Belegschaft auf 1005 bleiben die Betriebskosten fast gleich. Das bedeutet für 1005 Arbeitsplätze den Tod auf Raten, also muß weitergekämpft werden. Der Betriebsrat erklärte sich gegen die vorgeschlagene Regelung der Belegschaftsreduzierung, wandte sich gegen jeden weiteren Versuch von Spaltung und bedankte sich noch einmal bei der Kirche und dem Vereinsring im Gallus-Viertel für deren Unterstützung. Die Kirche



Erste Demonstration der ADLER-Beschäftigten gegen die verkündete Stillegung. Der Verlauf der Auseinandersetzung bei ADLER und auch bei VDM kann auf den Betriebsversammlungen der anderen großen Betriebe Frankfurts bekannt gemacht werden und zur Unterstützung der Initiative VDM-Heddernheim und für ADLER/TRIUMPH-Gallus aufgefordert werden. Material liegt in der IGM Ortsverwaltung Ffm zur Verfügung.

hatte inzwischen mit der Caritas usw. einen Sozialdienst – auch für Ausländer – eingerichtet, um alle aus der gegenwärtigen Lage resultierenden Fragen zu klären und zu beraten. Die katholische und evangelische Kirche stellten zu diesem Zweck ihre Räume zur Sprechstunden-Beratung zur Verfügung. Dagegen erklärte die CDU im Gallus in Hinblick auf den hohen Ausländeranteil der Adler-Werke: Deutsche helfen Deutschen. Diese Hilfe hätte bis zur Zeit noch niemand beansprucht.
Am Mittwoch, dem 30.9.81, ist ordentliche Betriebsversammlung bei den ADLER-Werken, zu der auch die Kirche eingeladen ist. Erwartet wird eine Erklärung des Werks-Vorstandes zu den gestellten Fragen.

VDM-Kapitalisten lehnen Alternativplan ab

ulw.Frankfurt. Der Alternativplan, den Betriebsrat und IG Metall ausgearbeitet hatten, und demzufolge auch unter marktwirtschaftlichen Bedingungen eine gewinnbringende Produktion möglich sei, wenn durch Teilverkäufe des riesigen VDM-Geländes die notwendigen Investitionen finanziert würden, ist vom Vorstand am 23. September auf einer Sitzung mit dem Betriebsrat abgelehnt worden. Die Vorschläge des Betriebsrates stellten keine ,,vertretbaren Lösungen" dar. Das Werk soll jetzt endgültig zum 31. März 1982 geschlossen werden. Den Betriebsrat fordert der Vorstand auf, in Verhandlungen über einen Sozialplan zu treten.

Am Mittag gab der Betriebsrat der Belegschaft das Verhandlungsergebnis bekannt. Erbitterung über die Kaltschnäuzigkeit der Kapitalisten machte sich breit. Einige Hundert demonstrierten durch den Stadtteil. Andere blieben am Tor, aus Angst, die Kapitalisten könnten, um weiteren Kampfmaßnahmen das Wasser abzugraben, die Belegschaft aussperren. Der Vorstand hatte nämlich nach der mehrstündigen Torblockade am 14. September (siehe KVZ 38, S.3) angedroht, er könne sich gezwungen sehen, das Werk sehr kurzfristig zu schließen. Am Nachmittag beteiligte sich dann die Mehrheit der Belegschaft an einer Demonstration durch den Stadtteil. Während einerseits zahlreiche Illusionen zerplatzten, stellt sich die Frage, wie jetzt weiterzukämpfen sei und welche Erfolgsaussichten bestehen, für die Belegschaft, den Betriebsrat und die Gewerkschaft als ziemliches Problem heraus.

Die Durchsetzung des Alternativplans zwecks Erhaltung aller Arbeitsplätze bleibt zwar das Ziel, aber wie dies jetzt noch durchgesetzt werden soll, darüber herrscht Unklarheit.

Die Ortsverwaltung der IGM äußerte sich am folgenden Tag so: Da es nicht länger um betriebswirtschaftliche Fragen gehe, sollten nun die Politiker angesprochen werden. Hinter den Entlassungen stecke System. Das Management versage gleich reihenweise, und die Politiker müßten zeigen, wer im Endeffekt unser Land regiert. Wie das aussehen könnte, präzisierte der 2. Bevollmächtigte der IGM Frankfurt auf einer Kundgebung am Montag: Er forderte ein Enteignungsgesetz, wie es dem Grundgesetz und der Hessischen Landesverfassung entspreche.

Daß also Eingriffe in die Eigentumsrechte der Kapitalisten notwendig sind, ist vielen in den letzten Wochen bewußt geworden. Auch daß der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit bisher bestenfalls übertüncht gewesen sei, so der Frankfurter DGB-Vorsitzende.

Das Problem liegt für die Belegschaft aber vor allem im Konkreten. Es drückt sich z.B. darin aus, daß an einer Demonstration am Montag, an der insgesamt um die 500 Menschen teilnahmen, nur noch ein kleiner Teil der Belegschaft beteiligt war. Das liegt zum Teil sicherlich daran, daß unterschiedliche Teile der Belegschaft unterschiedlich betroffen sind (gelernte und ungelernte Arbeiter). Ausschlaggebend scheint aber die Befürchtung zu sein, daß Kampfaktionen nur dazu führen, daß schließlich noch nicht mal ein Sozialplan herauskommt und das Werk noch früher geschlossen wird.

Die Demonstration am Montag diente auch der Vorbereitung der Betriebsversammlung, wo der Vorstandsvorsitzende von VDM, Dr. Karus, den Stillegungsbeschluß nochmals begründen sollte. Unter den Demonstrationsteilnehmern machte die Forderung nach Werksbesetzung die Runde. Die Kundgebungsredner der IG Metall gaben dem reichlich Nahrung. Der 2. Bevollmächtigte der IG Metall, Otto, erwartete eine ,,interessante Betriebsversammlung"; und Günther Schwarz vom IG Metall-Kreisvorstand: ,,Hier zeigt sich brutal und kapitalistisch: Es zählen nicht Menschen und ihre Schicksale, sondern nur Profit und Gewinn. Ist das die soziale Marktwirtschaft? Es ist die Unmenschlichkeit dieses Wirtschaftssystems. Und wer so handelt, braucht sich nicht zu wundern, wenn Arbeitnehmer eines Tages die Betriebe besetzen."

Diese Äußerungen ließen bei vielen die Hoffnung aufkommen, die Ortsverwaltung würde sich zu einer aktiven Förderung einer schärferen Gangart gegenüber den Kapitalisten entschließen. Die Betriebsversammlung hat dies nicht bestätigt. Der Vorstand begründete seine Schließungsabsichten mit den bekannten Argumenten, der Betreibsrat hielt ihm seine Forderungen entgegen. Zahlreiche Redner forderten Aktionen, denn der soziale Friede sei von Vorstandsseite längst gebrochen. In einer Abstimmung spricht sich die Belegschaft geschlossen für den Erhalt des Werkes aus und fordert von der IG Metall die sofortige Durchführung von Kampfmaßnahmen.

Der 2. Bevollmächtigte der Ortsverwaltung der IG Metall setzt dem ein Ende: Man könne die Tür nicht ganz zuschlagen. Besetzung ,,und all dies" sei irreal. Selbst wenn diese Auffassung von Teilen der Belegschaft geteilt wird, liegt das Problem aber darin, daß die Perspektiven und Möglichkeiten eines solchen Kampfes nicht geklärt wurden.

Diskussionsbeitrag zur Fernsehserie ,,Der unvergessene Krieg''

Großer Vaterländischer Krieg oder imperialistische Allianzpolitik?

Den nachfolgenden Diskussionsbeitrag veröffentlichen wir, obwohl wir der Auffassung sind, daß sein Ausgangspunkt, die umstandslose Interpretation des 2. Weltkrieges als einem ,,imperialistischen Krieg'' ganz analog zum 1. Weltkrieg, keinesfalls zutrifft. Ganz unabhängig von der konkreten Politik der Sowjetunion war jedenfalls der Faschismus die Weltgefahr Nr. 1, und man müßte die Sowjetunion, wenn schon, gerade von der Seite kritisieren, daß sie das Zustandekommen der antifaschistischen Kriegskoalition aufs schwerste behindert bzw. sich zeitweise sogar zum Alliierten der Faschisten gemacht hat. Vgl. dazu H.G. Schmierer, Stellung zum drohenden Krieg und Kampf dagegen, in Kommunismus und Klassenkampf 6/81. – Im übrigen: so groß ist die Tatsachenangst der Linken auch nicht; aus unserem Polen-Buch z.B. hätte der Autor auch fast alle angeführten Dokumente und Tatsachen zitieren können. – *Gerd Koenen*

HB.Bremen. Anläßlich der Ausstrahlung der fünfzehnteiligen Fernsehserie ,,Der unvergessene Krieg'' erscheint es notwendig, die Rolle der Sowjetunion im zweiten Weltkrieg etwas näher zu betrachten. Denn über die Rolle, die die SU bei der Entfesselung des zweiten Weltkrieges am 1.9.1939 im Bündnis mit dem faschistischen Deutschland bis zum Angriff der deutschen Truppen auf die SU am 22.6.1941 gespielt hat, konnte man in den ersten beiden Folgen der Serie wenig erfahren. Man erfuhr:

Ein Abkommen der SU mit England und Frankreich zur Garantie der Souveränität Polens scheiterte im September 1939, weil der SU von der polnischen Regierung keine Durchmarschrechte gewährt wurden. Der SU blieb nichts anderes, als mit Hitler einen Nichtangriffspakt zu schließen, um Zeit zu gewinnen. Nachdem die faschistischen Truppen den westlichen Teil Polens besetzt hatten, befreite die SU den östlichen Teil. Auch die baltischen Staaten wurden befreit. Der Krieg mit Finnland wurde der SU durch die Weigerung Finnlands, militärstrategisch wichtige Gebiete abzutreten, aufgezwungen. Dann folgte überraschend im Juni 1941 der Überfall auf die friedliebende Sowjetunion. Der große gerechte vaterländische Verteidigungskrieg der SU beginnt.

Diese Darstellung der Vorgeschichte des ,,großen vaterländischen Krieges'' entspricht ziemlich genau der sowjetischen und der DDR-Geschichtsschreibung und einem in der bundesrepublikanischen Linken gepflegten Geschichtsbild. Mit den historischen Tatsachen hat es wenig zu tun. Nicht zur Diskussion stehen hier die Rolle des deutschen Faschismus als aggressivster imperialistischer Macht und die Englands und Frankreichs als imperialistische Konkurrenten. Deren sogenannte Apeasementpolitik bis zum Angriff Hitlers auf Frankreich im Mai 1940 zielte darauf ab, sich den deutschen Imperialismus von Hals zu halten und ihren kolonialen Besitz durch Zugeständnisse auf Kosten vor allem der osteuropäischen Völker zu sichern. Zur Diskussion steht hier die Rolle der SU, die sie in diesem imperialistischen Krieg gespielt hat.

Für die Einschätzung eines Krieges, ob gerecht oder ungerecht, erscheint mir immer noch gültig, was Lenin 1918 ausführte: ,,Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik. Man muß die Politik vor dem Krieg, die Politik, die zum Krieg geführt und ihn herbeigeführt hat, studieren.'' Und: ,,Der Charakter eines Krieges hängt nicht davon ab, wer der Angreifer ist und in wessen Land der ,Feind' steht, sondern davon, welche Klasse den Krieg führt, welche Politik durch diesen Krieg fortgesetzt wird.'' Zu der Frage, welche Klasse nach der Aufgabe der noch unter Lenin konzipierten Neuen Ökonomischen Politik, der Zwangskollektivierung und der Beseitigung der demokratischen Rechte in Staat und Partei in der SU, die Politik schon ab ca. 1928 diktierte, kann hier nicht Stellung genommen werden. Es kommt in der Außenpolitik dieser Klasse bei der Entfesselung des zweiten Weltkrieges allerdings sehr deutlich zum Ausdruck, daß diese Politik mit Internationalismus, der auf Souveränität der Völker und unterdrückten Nationen gegenüber dem Imperialismus zielt, absolut nichts mehr zu tun hat.

sachen hat es wenig zu tun. Nicht zur Diskussion stehen hier die Rolle des deutschen Faschismus als aggressivster imperialistischer Macht und die Englands und Frankreichs als imperialistische Konkurrenten. Deren sogenannte Apeasementpolitik bis zum Angriff Hitlers auf Frankreich im Mai 1940 zielte darauf ab, sich den deutschen Imperialismus von Hals zu halten und ihren kolonialen Besitz durch Zugeständnisse auf Kosten vor allem der osteuropäischen Völker zu sichern. Zur Diskussion steht hier die Rolle der SU, die sie in diesem imperialistischen Krieg gespielt hat.
Für die Einschätzung eines Krieges, ob gerecht oder ungerecht, erscheint mir immer noch gültig, was Lenin 1918 ausführte: ,,Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik. Man muß die Politik vor dem Krieg, die Politik, die zum Krieg geführt und ihn herbeigeführt hat, studieren.'' Und: ,,Der Charakter eines Krieges hängt nicht davon ab, wer der Angreifer ist und in wessen Land der ,Feind' steht, sondern davon, welche Klasse den Krieg führt, welche Politik durch diesen Krieg fortgesetzt wird.'' Zu der Frage, welche Klasse nach der Aufgabe der noch unter Lenin konzipierten Neuen Ökono-

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom 24.9.1939 bestand nicht nur aus der gegenseitigen Verpflichtung des Nichtangriffs, auch für den Fall einer kriegerischen Verwickelung einer der beiden Seiten. In einem geheimen Zusatzprotokoll verständigten sich beide Seiten über ,,die Frage der Abgrenzung der beiderseitigen Interessenssphären in Europa''. Sie kamen überein, den polnischen Staat auszulöschen und beiderseitig zu besetzen. Für die baltischen Staaten wurde festgelegt: ,,Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland und Litauen) gehörenden Gebieten bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessensphären Deutschlands und der UdSSR.'' Und ,,hinsichtlich des Südostens Europas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont''. (1)

Es ging der SU also keineswegs um die Verteidigung der Souveränität Polens und der baltischen Staaten, sondern um die Erweiterung ihrer Interessensphären, um nackte völkerrechtliche Annektion. Man muß dabei bedenken, daß die baltischen Staaten sich nach der russischen Revolution unter der leninschen Politik des Rechts auf Selbstbestimmung und Lostrennung aus dem zaristischen Völkergefängnis konstituiert hatten.

Als am 17.9.1939 sowjetische Truppen den östlichen Teil Polens besetzten, erklärt die Sowjetunion: ,,Der polnisch-deutsche Krieg hat die innere Unhaltbarkeit des polnischen Staates erwiesen ... Die polnische Regierung ist zerfallen und bekundet keinerlei Lebenszeichen. Das bedeutet, daß der polnische Staat und seine Regierung tatsächlich aufgehört haben zu existieren. Dadurch haben die Verträge ihre Gültigkeit verloren, die zwischen der Sowjetunion und Polen bestanden ... Die Sowjetregierung kann sich auch nicht gleichgültig dazu verhalten, daß die mit ihr blutsmäßig verwandten Ukrainer und Weißrussen, die auf dem Territorium Polens leben und der Willkür des Schicksals ausgeliefert sind, schutzlos bleiben. Angesichts dieser Sachlage hat die Sowjetregierung ... Befehl (erteilt), die Grenze zu überschreiten und das Leben und Eigentum der Bevölkerung ... unter ihren Schutz zu nehmen. (2)

Am 28.9.1939 werden die Grenzen Deutschlands und der SU auf polnischem Gebiet in einem Grenz- und Freundschaftsvertrag (!) ,,endgültig'' festgelegt. Polen ist als Staat von der Landkarte verschwunden. In einem wiederum geheimen Zusatzprotokoll wird festgelegt, daß ,,das Gebiet des li-

union, wenn schon, gerade von der Seite kritisieren, daß sie das Zustandekommen der antifaschistischen Kriegskoalition aufs schwerste behindert bzw. sich zeitweise sogar zum Alliierten der Faschisten gemacht hat. Vgl. dazu H.G. Schmierer, Stellung zum drohenden Krieg und Kampf dagegen, in Kommunismus und Klassenkampf 6/81. – Im übrigen: so groß ist die Tatsachenangst der Linken auch nicht; aus unserem Polen-Buch z.B. hätte der Autor auch fast alle angeführten Dokumente und Tatsachen zitieren können. – Gerd Koenen
ren. Dadurch haben die Verträge ihre Gültigkeit verloren, die zwischen der Sowjetunion und Polen bestanden ... Die Sowjetregierung kann sich auch nicht gleichgültig dazu verhalten, daß die mit ihr blutsmäßig verwandten Ukrainer und Weißrussen, die auf dem Territorium Polens leben und der Willkür des Schicksals ausgeliefert sind, schutzlos bleiben. Angesichts dieser Sachlage hat die Sowjetregierung ... Befehl (erteilt), die Grenze zu überschreiten und das Leben und Eigentum der Bevölkerung ... unter ihren Schutz zu nehmen. (2)
Am 28.9.1939 werden die Grenzen Deutschlands und der SU auf polnischem Gebiet in einem Grenz- und Freundschaftsvertrag (!) ,,endgültig'' festgelegt. Polen ist als Staat von der Landkarte verschwunden. In einem wiederum geheimen Zusatzprotokoll wird festgelegt, daß ,,das Gebiet des li-

tauischen Staates in die Interessensphäre der UdSSR fällt''. (3) Molotow erklärt, der polnische Staat habe ein für alle mal aufgehört zu existieren.

Estland, Litauen und Lettland werden bis zum Oktober 1939 in einen Beistandspakt mit der SU gezwungen, am 25.6.1940 werden diese Staaten besetzt und schon am 21.7.1940 findet sie sich als 14.–16. Republiken im Sowjetreich wieder.

Am 1.7.1940 besetzt die SU mit aus dem ehemaligen Zarenbesitz hergeleiteten Gebietsansprüchen und mit dem deutschen Faschismus vertraglich vereinbart die rumänischen Gebiete Bessarabien und die Bukowina. Auch diese Gebiete werden ins sowjetische Vaterland integriert. Der deutsche Faschismus seinerseits nutzt die Ruhe an der Ostfront, um im April 1940 in Dänemark und Norwegen einzufallen. Im Mai 1940 werden Holland, Belgien, Luxemburg und Frankreich angegriffen. Frankreich wird in seinem nördlichen Teil besetzt. Im südlichen Teil wird die mit dem Faschismus kollaborierende Vichy-Regierung installiert. Die Sowjetunion sendet Hitler Glückwünsche zu seinem großartigen Sieg über Frankreich und beeilt sich, die Vichy-Regierung im Gegensatz zur Exilregierung de Gaulles anzuerkennen. Genauso war die SU im Falle der vom deutschen Faschismus eingesetzten Regierung der Rest-Slowakei verfahren. Während der Zeit des Hitler-Stalin-Paktes werden die historischen Tatsachen auch in der Hinsicht auf den Kopf gestellt, daß jetzt England und Frankreich zu den kriegstreibenden Mächten werden und Hitler zur friedensstiftenden Kraft. Molotow im Oktober 1939: ,,Heute nimmt Deutschland im Rahmen der europäischen Großmächte die Position eines Staates ein, der danach strebt, den Krieg so früh wie möglich zu beenden und den Frieden wieder herzustellen, während Großbritannien und Frankreich, die noch gestern gegen die Aggression gewettert haben, heute für die Fortsetzung des Krieges und gegen einen Friedensschluß sind. Die Rollen wechseln, wie Sie sehen.'' (4)

Der sowjetisch-finnische Krieg ab Oktober 1939 schließlich rundet sowjetische Gebietsansprüche am karelischen Meerbusen ab, die die SU zu ihrer angeblichen Verteidigung benötigt. Im Osten wird mit Japan über den Verkauf der chinesischen (!) Eisenbahn und einen Grenzvertrag mit dem von Japan besetzten Mandschukuo verhandelt. Die Kurillen-Inseln und die Insel Sachalin werden von der SU, wiederum hergeleitet aus zaristischen Gebietsansprüchen, beansprucht. Die Einverleibung dieser Inseln gelingt der SU allerdings erst 1945, wiederum in einem Geheimvertrag, dieses Mal mit den USA und England abgesichert. Dieses sind Tatsachen, die die imperialistische Politik des deutschen Faschismus in nichts aufpolieren, aber die Rolle der SU vor dem faschistischen Überfall bereits als eine Macht in der internationalen Politik erkennen lassen, die an der Entfesselung des imperialistischen Weltkrieges von Anfang an beteiligt ist. Und zwar als eine Macht, die Souveränität und Unabhängigkeit der Völker mit Füßen tritt.

Im Osten wird mit Japan über den Verkauf der chinesischen (!) Eisenbahn und einen Grenzvertrag mit dem von Japan besetzten Mandschukuo verhandelt. Die Kurillen-Inseln und die Insel Sachalin werden von der SU, wiederum hergeleitet aus zaristischen Gebietsansprüchen, beansprucht. Die Einverleibung dieser Inseln gelingt der SU allerdings erst 1945, wiederum in einem Geheimvertrag, dieses Mal mit den USA und England abgesichert. Dieses sind Tatsachen, die die imperialistische Politik des deutschen Faschismus in nichts aufpolieren, aber die Rolle der SU vor dem faschistischen Überfall bereits als eine Macht in der internationalen Politik erkennen lassen, die an der Entfesselung des imperialistischen Weltkrieges von Anfang an beteiligt ist. Und zwar als eine Macht, die Souveränität und Unabhängigkeit der Völker mit Füßen tritt.

Der Hitler-Stalin-Pakt war für die SU unter Stalin also keineswegs ein durch die internationalen Verhältnisse zum Erhalt des Friedens diktiertes Bündnis. Es war vielmehr Ausdruck beiderseitiger Großmachtinteressen. Für den deutschen Faschismus war dieser Pakt geradezu Voraussetzung für die Entfesselung des zweiten Weltkrieges, konnte im Schatten dieses Paktes doch ein für Deutschland nicht zu gewinnender Zweifrontenkrieg vermieden werden. Für die SU war dieses Bündnis in Form einer deutschen Schutzmacht im Westen das Glacis, das es ihr ermöglichte, ihren Machtbereich nach Westen auszudehnen. Dieses Bündnis und die unter diesem Bündnis betriebene Politik war ihrem Charakter nach durch und durch imperialistisch.

In diesem Licht besehen, erscheint die Weigerung der polnischen Regierung, noch vor Kriegsausbruch der SU Durchmarschrechte, das heißt faktisch Besatzungsrechte, zu garantieren, als durchaus verständlich und im Interesse der Souveränität Polens. Beweist doch die SU im Bündnis mit Hitler, wie sie mit der Souveränität dieses und anderer Staaten umzugehen gedachte. Das Verlangen nach Durchmarschrechten im Westen der SU, woran letztlich ein Bündnis der SU mit England und Frankreich gegenüber dem Faschismus scheiterte, erweist sich als taktische Variante einer Politik, die im Bündnis mit dem deutschen Faschismus erfolgreicher verwirklicht werden konnte.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem kriegführenden Deutschland und der SU nehmen bis 1941 einen ungeahnten Aufschwung. Im Wirtschaftsabkommen vom 11.2.1940 werden sowjetische Lieferungen im Werte von ca. 430 Millionen Rubel (vor allem Getreide, Erdöl und für die Kriegsführung wichtige Erze) vereinbart. Am 10.1.1941 werden diese Lieferungen erneut gesteigert und sollten auf ca. 630 Millionen Rubel bis zum August 1942 anwachsen. Die SU blieb gegenüber dem deutschen Faschismus bis zum Angriff im Juni 1941 ein treuer Vertragspartner.

Es kann hier nicht im einzelnen erörtert werden, was Hitler veranlaßte, die SU anzugreifen. Nur soviel: 1. Im südosteuropäischen Raum war es zu Interessenzusammenstößen der beiden Großmächte vor allem über den Einfluß in Bulgarien und Jugoslawien gekommen. 2. Der Krieg im Westen war ins Stocken geraten, weil ein entscheidender Schlag gegen England nicht geführt werden konnte. Beides veranlaßte Hitler, jetzt den Erfolg im Osten zu suchen, um gestützt auf die Beherrschung ganz Osteuropas England in die Knie zu zwingen und seine Weltherrschaftspläne zu verwirklichen. Dieses war das Ende der Koalition Deutschland-Sowjetunion. Die SU mußte sich nun selber des Angriffs seines bisherigen Bündnispartners erwehren und neue Bündnispartner suchen. An die Stelle des Hitler-Stalin-Paktes trat der Pakt der ,,großen Drei'', die Allianz USA-England-Sowjetunion.

Trotz der zeitweiligen, bis an die Grenze der Vernichtung des sowjetischen Staates gehenden Niederlage, sollten sich die Ziele der sowjetischen Politik nicht mehr ändern. Alle noch unter dem Hitler-Stalin-Pakt vollzogenen Annektionen blieben Ziel und Voraussetzung für die Teilnahme der SU in der neuen Allianz mit den imperialistischen Mächten USA und Großbritannien. Mit der sich abzeichnenden Niederlage des Faschismus kamen neue, erweiterte imperialistische Zielsetzungen hinzu. Sie spiegeln sich wieder in den Absprachen zwischen Stalin und Churchill zur Aufteilung ganz Südosteuropas in Interessenssphären. Hiernach wurde Rumänien zu 90%, Ungarn und Jugoslawien zu jeweils 50% und Bulgarien zu 75% der UdSSR zugeschriebenen, während Griechenland zu 90% in den britischen Einflußbereich fiel. (5) Die Annektion polnischen Gebietes blieb bestehen. Der neue polnische Staat wurde auf Kosten des deutschen ,,Verlierers'' entschädigt, was zur Flucht und Vertreibung großer Teile der deutschen Bevölkerung aus diesen Gebieten führte.

Die bisher in der Fernsehserie erkenntliche Darstellung versucht diese imperialistische Politik der SU mit dem Leiden und Opfer der Völker, und gerade auch der Völker der SU, zu verdunkeln. Gleichzeitig wird der faschistische Angriff, der bekanntlich über die Gerechtigkeit des Krieges von seiten der SU nicht das geringste aussagt, weidlich ausgeschlachtet. Die SU versucht, sich selber das Mäntelchen des Völkerbefreiers vom Faschismus umzuhängen. Aber haben nicht auch im ersten Weltkrieg die imperialistischen Mächte ihren, wenn auch unfreiwilligen Beitrag zur Befreiung vom monarchistischen Militarismus geleistet, ohne daß damit ihre Ziele weniger imperialistisch geworden wären? Die historischen Dokumente und Ergebnisse des zweiten Weltkrieges sprechen eine andere Sprache als die der Völkerbefreiung. Es wäre gut, wenn sich auch die bundesrepublikanische ,,Linke'' dem Studium dieser Dokumente ein wenig mehr zuwenden würde, statt ein liebgewonnenes Geschichtsbild immer wieder aufs neue herzuleiern. Siehe dazu auch die Vorbesprechung zu dieser Serie in der KVZ Nr. 36, wo es heißt: ,,So entspricht es halt den Tatsachen, daß die Verteidigung der SU im Interesse der Arbeiterklasse lag, daß der Sieg der Roten Armee von historischer Bedeutung für die Zerschlagung des Faschismus und die Rettung vor der Unterwerfung und Vernichtung ganzer Völker war.'' Aber offensichtlich gibt es so etwas wie eine linke Angst, sich mit geschichtlichen Dokumenten und Einschätzungen vertraut zu machen, wenn sie von bürgerlicher Seite stammen. Als ob die Linke sich nicht immer schon auf Dokumente gestützt hätte, die der bürgerliche oder imperialistische Konkurrenzkampf ans Tageslicht bringt. Und immerhin ist es heute die SU, die als Hauptkraft an der Vorbereitung eines neuen Weltkrieges beteiligt ist. Was man von der deutschen Bourgeoisie, auch ohne sie zu beschönigen, einfach mangels Masse nicht sagen kann.

Anmerkungen:

(1) Hans-Adolf Jacobsen, Der Weg zur Teilung der Welt, 1977, Koblenz/Bonn, Seite 27
(2) Alexander Fischer, Sowjetische Außenpolitik 1917–1945, Stuttgart 1973, Seite 94
(3) Jacobsen, a.a.O., Seite 32
(4) Jacobsen, a.a.O., Seite 42
(5) siehe, Konferenzen und Verträge (Vertrags-Ploetz), Teil II, 4. Band 1914–1959, Würzburg 1959

An Literatur zur Außenpolitik der SU und zum zweiten Weltkrieg kann empfohlen werden:
1. Andreas Hillgruber, Sowjetische Außenpolitik im zweiten Weltkrieg, Düsseldorf 1959
2. Der oben erwähnte Jacobsen, wegen der Vielzahl der Dokumente
3. Walther Hofer, Die Entfesselung des zweiten Weltkrieges, Frankfurt/M. 1960, Fischer-Taschenbuch 323

Politik nicht mehr ändern. Alle noch unter dem Hitler-Stalin-Pakt vollzogenen Annektionen blieben Ziel und Voraussetzung für die Teilnahme der SU in der neuen Allianz mit den imperialistischen Mächten USA und Großbritannien. Mit der sich abzeichnenden Niederlage des Faschismus kamen neue, erweiterte imperialistische Zielsetzungen hinzu. Sie spiegeln sich wieder in den Absprachen zwischen Stalin und Churchill zur Aufteilung ganz Südosteuropas in Interessenssphären. Hiernach wurde Rumänien zu 90%, Ungarn und Jugoslawien zu jeweils 50% und Bulgarien zu 75% der UdSSR zugeschriebenen, während Griechenland zu 90% in den britischen Einflußbereich fiel. (5) Die Annektion polnischen Gebietes blieb bestehen. Der neue polnische Staat wurde auf Kosten des deutschen ,,Verlierers'' entschädigt, was zur Flucht und Vertreibung großer Teile der deutschen Bevölkerung aus diesen Gebieten führte.
Die bisher in der Fernsehserie erkenntliche Darstellung versucht diese imperialistische Politik der SU mit dem
die der bürgerliche oder imperialistische Konkurrenzkampf ans Tageslicht bringt. Und immerhin ist es heute die SU, die als Hauptkraft an der Vorbereitung eines neuen Weltkrieges beteiligt ist. Was man von der deutschen Bourgeoisie, auch ohne sie zu beschönigen, einfach mangels Masse nicht sagen kann.
Anmerkungen:
(1) Hans-Adolf Jacobsen, Der Weg zur Teilung der Welt, 1977, Koblenz/Bonn, Seite 27
(2) Alexander Fischer, Sowjetische Außenpolitik 1917–1945, Stuttgart 1973, Seite 94
(3) Jacobsen, a.a.O., Seite 32
(4) Jacobsen, a.a.O., Seite 42
(5) siehe, Konferenzen und Verträge (Vertrags-Ploetz), Teil II, 4. Band 1914–1959, Würzburg 1959
An Literatur zur Außenpolitik der SU und zum zweiten Weltkrieg kann empfohlen werden:
1. Andreas Hillgruber, Sowjetische Außenpolitik im zweiten Weltkrieg, Düsseldorf 1959
2. Der oben erwähnte Jacobsen, wegen der Vielzahl der Dokumente
3. Walther Hofer, Die Entfesselung des zweiten Weltkrieges, Frankfurt/M. 1960, Fischer-Taschenbuch 323



Die Teilung Osteuropas durch den ,,Nichtangriffs-'' Vertrag von 1939 zwischen Hitler-Deutschland und der Sowjetunion, entsprechend den geheimen Zusatzprotokollen

Staatsmonopol als Hüter der Demokratie?

Überlegungen zur Situation des Rundfunks in Westdeutschland

Vorbemerkung: Der nachfolgende Beitrag erreichte uns, ohne daß der Autor von dem vorangegangenen Artikel in KVZ 39/81 Kenntnis gehabt hätte. Er stellt also keine Antwort darauf dar.

mat.Sidney. Staatliches Rundfunkmonopol – ja oder nein? Man kann diese Frage prinzipiell angehen und muß das sogar, schließlich betrifft sie grundlegende demokratische Rechte des Volkes beim Zugang zu Information und bei der Meinungsbildung. Man kann sie auch empirisch betrachten, d.h. ausgehend von verschiedenen Erfahrungen mit dem Informationswesen, wovon Rundfunk und Fernsehen ja nur ein Teil sind. Erfahrungen ersetzen nicht die theoretische Analyse, sie sind aber eine gute Grundlage dafür. Ein längerer Aufenthalt in Australien hat mir Gelegenheit gegeben, ein Rundfunksystem zu erleben, das für die Debatte in der BRD einige nützliche Aspekte enthält und das ich deshalb hier kurz beschreiben will.

Auf die historischen Unterschiede zwischen beiden Ländern will ich nicht ausführlich eingehen. Nur so viel sei gesagt, daß das westdeutsche Rundfunkmonopol wesentlich Ergebnis alliierter Machtausübung nach dem 2. Weltkrieg ist, die eine demokratische Kontrolle durch das Volk von vornherein ausgeschaltet hat, während in einem Siedlerland wie Australien die Staatsgewalt noch einen längeren Weg zurückzulegen hat, bis sie sich in *allen* Lebensbereichen kontrollierend eingenistet hat.

Einige Bemerkungen zur technischen Seite der Informationsvermittlung sind aber nützlich. Dem Rundfunk als Informationsmedium ging die Presse voran. Das Pressemonopol wurde herausgebildet auf sozusagen klassisch kapitalistische Weise. Fortschritte im Druckwesen und der Farbreproduktion gingen mit steigendem Kapitalbedarf für die Massenpresse einher, und der dadurch erzwungene Konzentrationsprozeß brachte das Monopol der großen Pressekonzerne hervor, die damit die Presse sozusagen automatisch zur Presse des großen Kapitals machten. Ein staatliches Pressemonopol erübrigte sich damit, und die historischen Bedingungen schlossen auch unter alliierter Herrschaft seine direkte Errichtung aus (alliierte Presselizenzen wurden an gesellschaftliche Gruppen wie Parteien und Gewerkschaften vergeben).

Erst in jüngster Zeit hat die Entwicklung der Satz- und Drucktechnik

funkmonopol wesentlich Ergebnis alliierter Machtausübung nach dem 2. Weltkrieg ist, die eine demokratische Kontrolle durch das Volk von vornherein ausgeschaltet hat, während in einem Siedlerland wie Australien die Staatsgewalt noch einen längeren Weg zurückzulegen hat, bis sie sich in *allen* Lebensbereichen kontrollierend eingenistet hat.

Einige Bemerkungen zur technischen Seite der Informationsvermittlung sind aber nützlich. Dem Rundfunk als Informationsmedium ging die Presse voran. Das Pressemonopol wurde herausgebildet auf sozusagen klassisch kapitalistische Weise. Fortschritte im Druckwesen und der Farbreproduktion gingen mit steigendem Kapitalbedarf für die Massenpresse einher, und der dadurch erzwungene Konzentrationsprozeß brachte das Monopol der großen Pressekonzerne hervor, die damit die Presse sozusagen automatisch zur Presse des großen Kapitals machten. Ein staatliches Pressemonopol erübrigte sich damit, und die historischen Bedingungen schlossen auch unter alliierter Herrschaft seine direkte Errichtung aus (alliierte Presselizenzen wurden an gesellschaftliche Gruppen wie Parteien und Gewerkschaften vergeben).

Erst in jüngster Zeit hat die Entwicklung der Satz- und Drucktechnik

zu bedeutender Senkung der im Zeitungsdruck notwendigen Kapitalmengen geführt, was seinen Niederschlag im Entstehen einer vielfältigen „alternativen“ Presse und damit einer wenigstens tendenziellen Untergrabung des faktischen Pressemonopols gefunden hat. Die Rundfunktechnik macht seit einigen Jahren eine ähnliche Entwicklung durch. Kapital und Personalaufwand für die Betreibung eines Rundfunksenders sinken, und es ist heute möglich, mit einer Handvoll Leuten und einer kommerziell käuflichen preiswerten Anlage einen Sender 24 Stunden am Tag zu betreiben.

Als technische Besonderheit stellt sich dabei, daß das Verbreitungsmedium, die elektromagnetischen Wellen, im Prinzip jedermann zugänglich sind, woraus die Notwendigkeit der Aufteilung des Frequenzbandes und die Überwachung der Senderqualität folgt. Eine Besonderheit des Mediums ist, daß die Qualität der Übertragung mit abnehmender Wellenlänge ebenso zunimmt, wie die Senderrreichweite abnimmt. Mit der Einführung von UKW ergibt sich damit prinzipiell die Möglichkeit der Errichtung von Stationen, die Sendungen guter Qualität für eine relativ kleine Region ohne störende Nebenwirkungen auf benachbarte Sender garantieren. In der Praxis der BRD wird diese Möglichkeit wenig genutzt; unter der Regie des Staatsmonopols sind die zahlreich notwendigen Regionalsender meistens nichts weiter als Repetierstationen zentraler Programme zur Abdeckung des Staatsgebiets. Den gesellschaftlichen Möglichkeiten des UKW legt das enge Fesseln an; denn von ihnen her stellt sich UKW als ideales Medium dar für schnelle regionale oder kommunale Informations- und Meinungsbildung, zumal wenn über Telefonleitungen direkte Verbindung mit den Hörern hergestellt ist.

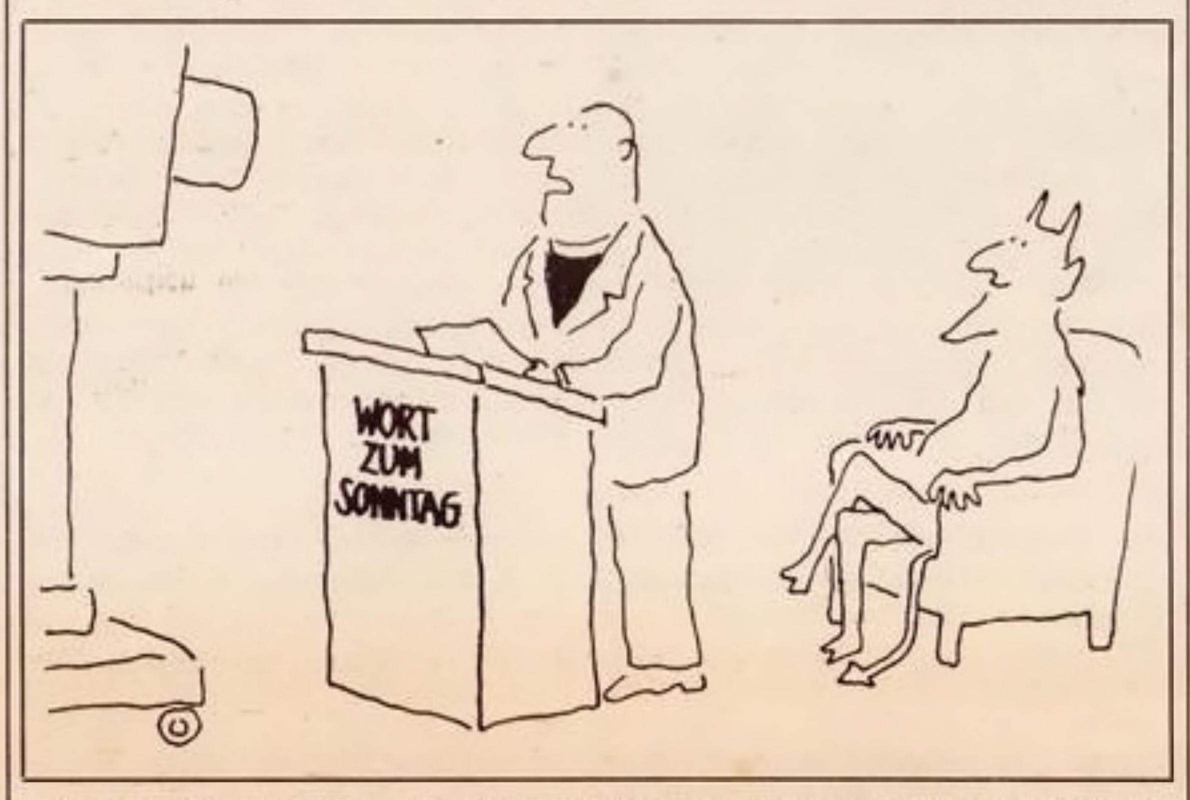
Damit aber zur Situation in Australien. In den australischen Großstädten Sydney, Melbourne, Adelaide, Brisbaine und Perth gibt es insgesamt wohl über 45 Rundfunksender. In Sydney allein sind es 18, davon 11 auf Mittelwelle und 7 auf UKW. Die meisten von ihnen sind Aktiengesellschaften, an denen die großen Pressekonzerne die entscheidenden Anteile halten. Außerdem gibt es eine staatliche Senderkette mit mehreren Programmen. Der Gewerkschaftsbund betreibt in jeder Großstadt einen eigenen Sender, die Kirchen sind durch je einen Sender in jeder Stadt vertreten. Ein Sender in Sydney wird von einer Universität betrieben und strahlt überwiegend Wissenschafts- und Unterrichtsprogramme aus. Schließlich gibt es noch mehrere Sender, die von Trägergemeinschaften betrieben werden und mit ehrenamtlichen Mitarbeitern arbeiten. Bei ihnen reicht das Spektrum von 24 Stunden klassischer Musik über 24 Stunden Nachrichten und Unterhaltung und 40

zur Abdeckung des Staatsgebiets. Den gesellschaftlichen Möglichkeiten des UKW legt das enge Fesseln an; denn von ihnen her stellt sich UKW als ideales Medium dar für schnelle regionale oder kommunale Informations- und Meinungsbildung, zumal wenn über Telefonleitungen direkte Verbindung mit den Hörern hergestellt ist.

Damit aber zur Situation in Australien. In den australischen Großstädten Sydney, Melbourne, Adelaide, Brisbaine und Perth gibt es insgesamt wohl über 45 Rundfunksender. In Sydney allein sind es 18, davon 11 auf Mittelwelle und 7 auf UKW. Die meisten von ihnen sind Aktiengesellschaften, an denen die großen Pressekonzerne die entscheidenden Anteile halten. Außerdem gibt es eine staatliche Senderkette mit mehreren Programmen. Der Gewerkschaftsbund betreibt in jeder Großstadt einen eigenen Sender, die Kirchen sind durch je einen Sender in jeder Stadt vertreten. Ein Sender in Sydney wird von einer Universität betrieben und strahlt überwiegend Wissenschafts- und Unterrichtsprogramme aus. Schließlich gibt es noch mehrere Sender, die von Trägergemeinschaften betrieben werden und mit ehrenamtlichen Mitarbeitern arbeiten. Bei ihnen reicht das Spektrum von 24 Stunden klassischer Musik über 24 Stunden Nachrichten und Unterhaltung und 40

Sprachen für Einwanderer bis zu Programmen mit fortschrittlicher politischer Zielsetzung, bei denen befreundete politische Gruppen wie die National-Irische Vereinigung, die Vereinigung der Palästinenser oder Organisationen der Aboriginals regelmäßige Sendezeiten erhalten. Alle Sender operieren unter Lizenzen, die ihre Reichweite beschränken, in der Regel auf 50 km, manchmal auch weniger. 50 km Reichweite bedeuten aber in Sydney eine potentielle Hörerschaft von mindestens einer Million.

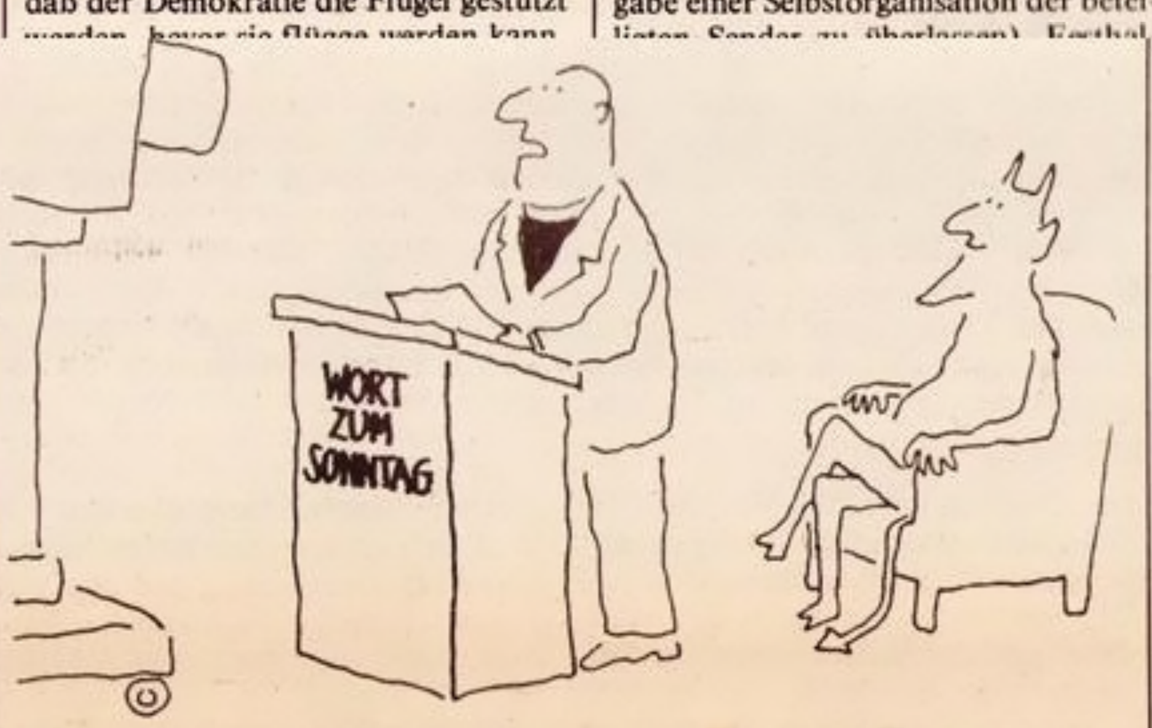
Was ein solches Rundfunkwesen für die demokratische und die Arbeiterbewegung bedeuten kann, liegt auf der Hand. Die Erfahrung zeigt, daß ein großer Teil der Werktätigen seine politische Bildung und Information nicht aus der Tagespresse zieht, sondern aus dem Morgenmagazin des Radios bei der Fahrt zur Arbeit im Auto und anschließend am Arbeitsplatz. Da macht es einen Unterschied, ob der Kommentar zum Staatshaushalt aus dem unter staatlicher Proporzüberwachung angerührten Morgenbrei kommt oder vom Sender der Gewerkschaften. Es ist auch nicht gleichgültig, ob man über eine kurzfristig angesetzte Aktion über ein Flugblatt erfährt, das man zu sehen bekommt oder auch nicht, oder aus einem unabhängigen Radiosender. Für die Entwicklung der Demokratie auf kommunaler Ebene ist der Rundfunk, wo er den Organisationen der Massen



„Im Interesse der Programmausgewogenheit geben wir nun auch der Gegenseite Gelegenheit, ihren Standpunkt vorzutragen.“

direkt zur Verfügung steht, eines der wirksamsten Mittel. Die Aufhebung des Staatsmonopols und die Zulassung von Sendern privater Trägergesellschaften sowie gesellschaftlicher Organisationen sind ein wesentlicher Schritt dahin.

Natürlich hat das australische System, da es unter kapitalistischen Verhältnissen operiert, Nachteile. Ein besonderes Rundfunkgesetz sorgt dafür, daß der Demokratie die Flügel gestutzt


„Im Interesse der Programmausgewogenheit geben wir nun auch der Gegenseite Gelegenheit, ihren Standpunkt vorzutragen.“

direkt zur Verfügung steht, eines der wirksamsten Mittel. Die Aufhebung des Staatsmonopols und die Zulassung von Sendern privater Trägergesellschaften sowie gesellschaftlicher Organisationen sind ein wesentlicher Schritt dahin.

Natürlich hat das australische System, da es unter kapitalistischen Verhältnissen operiert, Nachteile. Ein besonderes Rundfunkgesetz sorgt dafür, daß der Demokratie die Flügel gestutzt

werden, bevor sie flügge werden kann. Das ändert nichts an den prinzipiellen Vorteilen. Eine Gefahr ist zweifellos das Sinken des Programmniveaus bei Sendern, die im Besitz der Pressekonzerne sind. Dem kann in gewissem Umfang durch entsprechende Gesetzgebung abgeholfen werden. Zum Beispiel sind die australischen kommerziellen Stationen erst kürzlich durch Gesetz gezwungen worden, für die Produktion von Jugendsendungen Geld bereitzustellen. Vorher hatten sie einfach billige US-Sendungen ausgestrahlt; jetzt gibt es immerhin kind- und jugendgemäße bildende Programme, was einem Bedürfnis der Massen entspricht. Eine andere Gefahr ist die Möglichkeit der Ghettobildung, wenn der Kampf um die Berichterstattung der kommerziellen Sender aufgegeben wird, weil es ja andere fortschrittliche Sender gibt. Das ist aber keine Frage des Prinzips, sondern der aktuellen Politik.

Kernstück der australischen Rundfunkpolitik ist das Lizenzgesetz. Es sieht die jährliche Erneuerung der Lizenzen vor, verbunden mit einem öffentlichen Anhörungsverfahren, bei dem eine besondere Behörde eventuell eingegangene Beschwerden von Parteien, Kirchen usw. überprüft. Diese Anhörungen sind das australische Gegenstück des bundesdeutschen Proporz-Rundfunkrates; sie bedeuten ständige Bedrohung durch Lizenzentzug. Was daraus folgt, ist aber auch klar: Um den Rundfunk zu einem Instrument der Demokratie des Volkes zu machen, müssen gesellschaftliche Organisationen und gemeinnützige Trägergesellschaften das Recht zum Betreiben eigener Sender erhalten. Beschränkungen der Lizenzvergabe finden nicht statt, stattdessen gibt es ein dem bestehenden Pressegesetz entsprechendes Rundfunkgesetz, das die Beachtung journalistischer Sorgfaltspflicht überwacht und die Freiheit der Berichterstattung garantiert. Dem Staat fällt nur die technische Überwachung des Sendeablaufs zu, also die Kontrolle der Frequenzaufteilung und -trennung (man könnte sogar daran denken, diese Aufgabe einer Selbstorganisation der betei-

der Lizenzvergabe finden nicht statt, stattdessen gibt es ein dem bestehenden Pressegesetz entsprechendes Rundfunkgesetz, das die Beachtung journalistischer Sorgfaltspflicht überwacht und die Freiheit der Berichterstattung garantiert. Dem Staat fällt nur die technische Überwachung des Sendeablaufs zu, also die Kontrolle der Frequenzaufteilung und -trennung (man könnte sogar daran denken, diese Aufgabe einer Selbstorganisation der betei-

ligten Sender zu überlassen). Festhalten am staatlichen Rundfunkmonopol vermag vielleicht die kapitalistischen Pressekonzerne vom Rundfunk fernzuhalten; es verschließt ihn aber auch dem direkten Zugang der Massen und hindert damit die Entfaltung der Demokratie im Informationswesen.

„Boot“

geh. Mit „halber Kraft voraus“ läuft „Das Boot“ mittlerweile in die 3. Woche. Wie über ein mißratenes Kind sind die Kritker darüberhergefallen: „Setzt auf Action und Effekte“, „gemäßigter Tiefgang“, „U-Boot ohne Tiefgang“, allen voran Buchheim, der Autor der literarischen Vorlage: „Was habt ihr aus meinem Boot gemacht?“

Warum droht dieser zu „Deutschlands größtem“, „teuerstem“, zum „nationalen Ereignis“ hochgeputschte Film zu stranden?

Tatsächlich ist der Film wohl ein Actionfilm. Besessen vom optischen und akustischen Inferno, blitzt und kracht es einem Großteil des Films. Nun ist Krieg ja Action – aber eben nicht nur. Buchheim sagt, das wesentliche im Krieg sei Warten. Dies bringe der Film nicht heraus. Richtig, das nervenzerreißende Warten, Humus für die Angst während der Wasserbombenangriffe, das stille ohnmächtige Ringen ist ebenso wie die körperliche und geistige Erschöpfung durch Monotonie, das Starren nach Schiffen und Flugzeugen und in entzündete Augen auf „Gammelfahrt“ nicht im Film zusehen.

Dann ist da der völlig fehlende Reflex auf die historische Situation. In kurzen Momenten wird in der Art des Schulfunks der 50er Jahre Distanz zu Führer, Göring, Dönitz und Faschismus gemimt. Das ist zumindest fraglich, war doch die U-Boot-Waffe die Renommierwaffe der Nazis schlechthin. Selbst dies hingenommen, fällt auf, daß die Rolle der „Freibeuter der Meere“ stark geschönt wurde, auch gegenüber der Romanvorlage, z.B. in der Szene der Nicht-Rettung der Besatzung des torpedierten Tankers. Der Torpedoangriff auf den neutralen spanischen Passagierdampfer gleich ganz weggelassen.

Dann ist der Film eigentlich nicht spannend. Die einzelnen Szenen haben in sich schon eine gewisse Spannung. Der Handlungsstrang des Films bleibt aber völlig an der Oberfläche: Schiff läuft aus, sucht Geleitzug, greift an, wird selbst gejagt, gerät auf Grund, wird notdürftig repariert, läuft wieder in den Hafen ein und dort noch versenkt. Warum wird in der Schlußszene nur Auge und Ohr gerührt? Warum berührt der Tod des „Alten“ nicht, der doch im ganzen Film als ein Pfundskerl geschildert wird? Die handelnden Subjekte entwickeln sich nicht – von ihnen geht also keine Spannung aus. Insofern geht auch vom Film keine Spannung aus. Das Schicksal der Helden ist sinnlos, deshalb berührt es nicht. Insofern legt der Film auch die Schwäche des Buches frei; seine Stärken: Darstellung der Auseinandersetzung mit der Natur, mit den Gewalten,

mus gemimt. Das ist zumindest fraglich, war doch die U-Boot-Waffe die Renommierwaffe der Nazis schlechthin. Selbst dies hingenommen, fällt auf, daß die Rolle der „Freibeuter der Meere“ stark geschönt wurde, auch gegenüber der Romanvorlage, z.B. in der Szene der Nicht-Rettung der Besatzung des torpedierten Tankers. Der Torpedoangriff auf den neutralen spanischen Passagierdampfer gleich ganz weggelassen.

Dann ist der Film eigentlich nicht spannend. Die einzelnen Szenen haben in sich schon eine gewisse Spannung. Der Handlungsstrang des Films bleibt aber völlig an der Oberfläche: Schiff läuft aus, sucht Geleitzug, greift an, wird selbst gejagt, gerät auf Grund, wird notdürftig repariert, läuft wieder in den Hafen ein und dort noch versenkt. Warum wird in der Schlußszene nur Auge und Ohr gerührt? Warum berührt der Tod des „Alten“ nicht, der doch im ganzen Film als ein Pfundskerl geschildert wird? Die handelnden Subjekte entwickeln sich nicht – von ihnen geht also keine Spannung aus. Insofern geht auch vom Film keine Spannung aus. Das Schicksal der Helden ist sinnlos, deshalb berührt es nicht. Insofern legt der Film auch die Schwäche des Buches frei; seine Stärken: Darstellung der Auseinandersetzung mit der Natur, mit den Gewalten,

der Langeweile, der Zermürbung und der Angst finden sich aber im Film nicht wieder. Kameramann, Filmarchitekt, Effektspezialist haben unter der Regie des Abschreibungsmillionen schweren U-Boot-Modells einen gelungenen Film für den U-Boot-Simulator gedreht.

Fernsehvorschau

„Strumpet City“

heißt eine Serie bei der ARD, die uns so ziemlich entgangen ist und daher jetzt schon in der 8. Folge. Genossen haben uns darauf aufmerksam gemacht, daß es dabei um den irischen Befreiungskampf wie die erbitterten Kämpfe der Arbeiter in Dublin geht. In der achten Folge wird der große Streik weitergehen, ein Arbeiter stirbt und die Familie muß ihre ganzen Ersparnisse opfern, um ihn nur zu beerdigen, und Gewerkschaftsführer Larkin (Peter O'Toole) wird sich verkleidet zu einem Geheimtreffen der Streikführer schleichen und dabei verhaftet werden.

Montag, 5.10., 20.15, ARD

„Allah ist mit den Standhaften“

Peter Scholl-Latour, der schon im „Spiegel“ über seinen Zug mit den Kämpfern der Widerstandsbewegung „Hezb-i-Islami“ durch die befreiten Landgebiete Afghanistans berichtet hatte, liefert hier seinen Fernsehfilm nach. Man kann von dem alten Fremdenlegionär und Kriegsberichter halten, was man will – dumm ist er nicht. Man kann durchaus eine realistische Darstellung der Lage in diesem zu wenig gewürdigten nationalen Befreiungskrieg erwarten.

Donnerstag, 8.10., 21.20 Uhr, ZDF

„Der Untertan“

Als letzter Film in der Staudte-Reihe wird die Verfilmung des Romans von Heinrich Mann gezeigt, 1951 gedreht. Ein Stück Vergangenheitsbewältigung im Stil des deutschen Films dieser Jahre, für den gerade Wolfgang Staudte mit seiner holzschnittartigen Darstellungsweise steht. Es geht um die Heranzucht eines jungen Bourgeois im wilhelminischen Deutschland, Diederich Heßling, Sohn eines Papierfabrikanten, der sich als Schüler schon im Denunziantentum gegen einen sozialdemokratischen Arbeiter übt; als Korpsstudent ein Mädchen verführt, um ihm dann zu erklären, moralisch gefallen, wie sie nun sei, könne er sie selbstverständlich nicht mehr heiraten (tatsächlich hatte sie sich als schlechte Partie erwiesen); und der dann, charakterschwach und erfolgreich, seine Laufbahn als kaiserlicher Fabrikant fortsetzt, eine reine Charaktermaske seiner Klasse.

Freitag, 9.10., 20.15 Uhr, ARD